# Die Presse Eupen-Malmedys

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von

ALFRED STOMMEN
aus Jülich.

1 9 3 9

DISSERTATIONS-VERLAG G. H. NOLTE DÜSSELDORF

Referent: Prof. Dr. Karl d'Ester

Korreferent: Dozent Dr. Ulrich Crämer

Tag der mündlichen Prüfung: 1. August 1939.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

# I. EINLEITUNG

## Gestellte Aufgabe.

Wenn es an sich schon sehr reizvoll ist und reiche wissenschaftliche Ausbeute verspricht, die Geschichte und das Wesen der Presse eines bestimmten Gebietes zu erforschen, so muß dieser Versuch besonders lohnend sein, wenn es sich dabei um ein Gebiet handelt, das solche geschichtliche, geographische und sprachliche Besonderheiten aufweist wie das ehemals deutsche Land: Eupen-Malmedy.

Das Wort des griechischen Philosophen, daß der Kampf, die Reibung, der Vater aller Dinge sei, läßt sich mit besonderer Bedeutung gerade auf die Entstehung des Pressewesens und auf seine Weiterentwicklung anwenden. Die Zeitung ist die stärkste, schlagkräftigste und kämpferischste Gestaltwerdung der öffentlichen Meinung. Da aber in dem gewählten Gebiete die Meinungen aus Gründen der Verschiedenheit und Gegensätzlichkeit, aus Gründen, die in der geschichtlichen Entwicklung liegen, besonders leicht gegeneinander aufstehen, so muß auch die Presse als erste Trägerin dieser Meinungen eine besondere und eigene Form finden.

Diese Form in ihrer geschichtlichen Entwicklung zu suchen und aufzuzeigen, soll die Aufgabe dieser Arbeit sein.

## Geographische und geschichtliche Bedingtheiten.

Wenn heute der Namen der beiden ehemals deutschen Kreisstädte Eupen und Malmedy als das Wort Eupen-Malmedy ein feststehender Begriff geworden ist, so ist das lediglich eine rein äußerliche Folge der Abtretung der Gebiete aufgrund des Versailler Vertrages. In Wirklichkeit bestehen zwischen den beiden Gebieten solche landschaftlichen und geschichtlichen Unterschiede, daß man sie unter anderen Umständen nicht in einem Begriff zusammenfassen würde.

Sie liegen im nordwestlichen Teile des Rheinischen Schiefergebirges. Auf der Wasserscheide im Hohen Venn grenzen sie aneinander. Eupen erstreckt sich auf der nach Norden sanft und wellig abfallenden Fläche, Malmedy liegt auf der südlichen Hochfläche und ist den rauhen Stürmen des Hohen Venn preisgegeben. Während Eupen in seinen Tälern wie Höhen von Norden aus Aachen und von Westen aus Lüttich her leicht zu erreichen ist, bleibt Malmedy durch die verkehrsfeindliche Eigenart des Hohen Venn und seiner Moore bedeutend abgeschlossener. Von Eupen läßt sich Malmedy nur durch eine Landstraße, die im Winter allerdings kaum zu benutzen ist, und auf langwierigen Umwegen mit der Bahn Luxemburg-Aachen erreichen. Und wie die Kreise landschaftlich sich unterscheiden, so unterliegt auch ihre geschichtliche Entwicklung anderen Bedingungen.

Älteste Spuren aus dem Neolithikum lassen darauf schließen, daß das Gebiet zu den Zeiten der Urgeschichte ebenso besiedelt war wie die übrigen Teile des Rheinischen Schiefergebirges. Späterhin werden keltische Siedler von den von Osten andringenden Germanen verdrängt. Die Römer und gallische Untertanen besiedelten das Land in der Nähe ihrer großen, zum Teil heute noch erkennbaren Straßen.

Zu Anfang des 5. Jahrhunderts verließen die Römer und Gallier das Land und Franken ließen sich in der Nähe der alten Römerstraßen nieder. Das Gebiet blieb seit der endgültigen Vereinigung Lotharingiens mit dem ostfränkischen Reiche durch Heinrich I. 923—25 fast 1000 Jahre im Deutschen Staatsverbande. Nach dem Untergange der Lotharinger und nachdem die Versuche gescheitert waren, ein Herzogtum Lothringen aufzurichten, lösten sich nach und nach einige größere zusammenhängende Teile aus dem planlosen Durcheinander. Drei der mächtigsten, Jülich, Luxemburg, Limburg begrenzten das Gebiet Eupen-Malmedy und suchten hier Fuß zu fassen.

Die Klöster Stablo und Malmedy sind eine Gründung des Königs Sigebert III. von Austrasien. Sigebert wollte um 644 ein Kloster in Cugnon in den Ardennen gründen. Der Plan wurde indessen fallen gelassen und die Klöster Stablo und Malmedy begründet. Die Gründungsurkunde trägt kein Datum, ist aber zwischen 648 und 652 anzusetzen. Die Abtei Stablo bestand bis zur Auflösung durch die Franzosen 1802. Hierzu gehörte auch der Ort St. Vith. Urkundlich erscheint der Name zum ersten Mal in einem Einkünfteverzeichnis des Abtes von Stablo-Malmedy 1130/31.

Die eigentliche Grundherrschaft über St. Vith hatte die Abtei Malmedy. Bis ins 16. Jahrhundert hinein ernannte der Malmedyer Gerichtshof die Schöffen und der Malmedyer Abt den Meyer von St. Vith bis ins 18. Jahrhundert.

In der Zeit der Franzosenherrschaft war St. Vith Mittelpunkt eines Kantons und eines Gerichtsbezirks. Die 1815 darauf folgende Preußische Regierung machte die Stadt zum Hauptort eines Kreises, der aber schon 1820 durch königliche Kabinettsordre aufgelöst und mit dem Kreise Malmedy zusammengelegt wurde.

Malmedy und der größte Teil des späteren Kreises Malmedy gehörte durch die Jahrhunderte ständig zur reichsunmittelbaren Abtei Malmedy-Stablo und unterstand dem Fürstabt von Stablo. Am 29. November 1792 floh der Fürstabt vor der französischen Revolution. Am 2. März 1793 verfügte der Nationalkonvent trotz des Protestes der Bevölkerung eine Vereinigung der Fürstabtei Malmedy-Stablo mit Frankreich. Das Dekret konnte aber nicht in Kraft treten, da die Franzosen von den Kaiserlichen Truppen gleich darauf in der Schlacht bei Aldenhoven geschlagen und weit über Malmedy hinaus zurückgetrieben wurden. Unter dem Geläut der Glocken heftete der Magistrat den kaiserlichen Adler und das Wappen des Abtes wieder an den Obelisken auf dem Marktplatz in Malmedy.

Nach der Schlacht bei Fleurus am 18. Juni 1794 räumten die Kaiserlichen jedoch wieder die wiedereroberten Gebiete der Niederlande und das gesamte linke Rheinufer. Am 1. Oktober 1795 verfügte der Nationalkonvent die Angliederung der Österreichischen Niederlande, des Fürstentums Lüttich und der Fürstabtei Malmedy-Stablo. Malmedy-Stablo kam mit St. Vith und

Eupen zum Departement Ourthe, dessen Hauptteil das Stift Lüttich bildete. Die Abtei wurde aufgelöst.

Die Leistungen der Französischen Verwaltung waren unbedeutend und wenig nachhaltend. Die preußische Kirchen- und Schulkommission mußte 1816 nach der Übernahme feststellen: „Die Lehrer stehen fast allgemein auf sehr niedriger Bildungsstufe, sind sogar zum größten Teil ganz unwissend." Das wesentlichste Vermächtnis der Franzosen jedoch war die französische Sprache für Malmedy, die das Wallonische zurückdrängte und sich als gehobene Umgangssprache hielt.

Die Geschichte des Kreises Eupen ist aufs engste mit dem Geschick des Herzogtums Limburg verbunden. Limburg, in Personalunion mit dem Herzogtum Brabant verbunden, hatte im hohen Mittelalter engste Beziehungen zu den eigentlichen rheinischen Kernländern. Diese Beziehungen wurden auch nicht durch seinen Anfall an Burgund gestört, denn die Habsburger verstanden, Burgund mit ins Reich hineinzuziehen. Bei der Reichskreiseinteilung auf dem Reichstag zu Köln im Jahre 1512 wurden die Länder der burgundischen Herrschaft als burgundischer Kreis aufs neue mit dem Reiche verbunden. Das Gebiet des Kreises Eupen bildete im Gegensatz zu den Gebieten von „Übermaas" den deutschen Teil der Provinz Limburg. Eine aus freien Reichsherrlichkeiten gebildete Schranke trennte das Gebiet von den anderen Teilen des Herzogtums. Eine Folge davon war eine eigene Selbstverwaltung in Eupen durch vier Schöffenbänke, die erst 1778 auf Druck der österreichischen Regierung in Brüssel mit den übrigen limburgischen Körperschaften vereinigt wurde. Die Bänke (in Eupen und Walhorn) hatten sehr großen Einfluß. Sie unterlagen ihrerseits dem Einflusse Aachens und seines Marienstifts.

Zur Zeit der französischen Revolution und Napoleons teilte Eupen das Geschick Malmedys und begrüßte mit ihm in gleicher Begeisterung die Befreier. Der Wiener Kongreß 1814 bestimmte die Grenzen zwischen dem neugegründeten Königreich der Niederlande und Preußen im allgemeinen nach dem Laufe der Maas, an die man allerdings, obschon man dadurch der natürlichen Sprachgrenze weniger Gewalt angetan hätte, die Preußen nicht angrenzen lassen wollte. Stablo wurde von Malmedy getrennt, wobei man sich auf alte kirchliche Grenzen berief, die einmal innerhalb der Abtei Malmedy-Stablo Malmedy zur Diezöse Köln und Stablo zur Diezöse Lüttich geschlagen hatten. Die Niederlande erhielten also das Gebiet Stablos und den Herzogenwald südlich von Eupen, während Malmedy und Eupen am 5. April 1815 an das Königreich Preußen fielen.

Die an die Niederlande gefallenen Gebiete, zum größten Teile deutschsprachig, bildeten hier im Departement Limburg eine Provinz des Königreichs der Niederlande. Limburg schloß sich 1830 der Revolution an und schlug sich zu Belgien. Die in diesem Gebiete lebenden „Altdeutschbelgier" kämpfen dort seit der Gründung des Königreiches Belgien um die Gleichberechtigung der deutschen Sprache und um die Belange der deutschen Kultur. Bei der belgischen Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1831 wurde die deutsche Sprache feierlich neben Französisch und Flämisch zur dritten Landessprache erklärt. Bis zur Abtretung eines Teiles von Limburg an Holland im Jahre 1839 hatte die deutsche Sprache auch eine wirkliche Bedeutung, sie wurde

etwa von 250 000 Menschen gesprochen. Nach der Abtretung jedoch verblieben Belgien „nur noch" 20 deutschsprechende Gemeinden mit mindestens doppelt sovielen Ortschaften. Seit 1840 wurde in Belgien die dritte, die deutsche Landessprache unterschlagen. Die bis dahin laut Verfassung erfolgende Veröffentlichung der Gesetze und königlicher Erlasse in deutscher Sprache für die deutschsprechenden Gebiete unterblieb. Gleich darauf nahmen die deutschsprechenden Bewohner den Kampf um die Erhaltung der deutschen Sprache auf, der, nachdem er im Weltkriege aus begreiflichen Gründen fast eingeschlafen war, durch die Eingliederung Eupen-Malmedys eine besondere Belebung erfuhr. Sein Hauptträger ist heute der Gründer des „Bundes der Altdeutschbelgier", der Lütticher Literaturprofessor Bischoff.

## II. DIE PRESSE EUPENS

### Das Korrespondenzblatt des Kreises Eupen. (Eupener Zeitung).

Wenige Jahre erst war das Eupener Land unter dem Namen eines preußischen Kreises Eupen unter preußischer Verwaltung, als sich der in der napoleonischen Zeit zusammengebrochene Handel und Wandel wieder zu rühren begann. Besonders für die erste Eupener Industrie, für die Tuchfabrikation, kamen bessere Zeiten. Diese günstige Entwicklung machte sich der Eupener Bürger Johann Heeren zu Nutze. Er beschloß eine Zeitung herauszugeben. Am Freitag, den 12. Januar 1827 brachte er seinen Plan zur Ausführung. Er war sich über die Schwierigkeiten, die die Ausführung dieses Planes mit sich brachten, wohl bewußt. Es gab in Eupen selbst, und vielleicht auf dem Lande noch mehr, viele Leute, die weder lesen noch schreiben konnten, war doch die allgemeine Schulpflicht unter der limburgischen und französischen Verwaltung unbekannt gewesen und erst 1825 von den Preußen eingeführt worden. Diejenigen, die an einem Schulunterricht teilgenommen hatten, hatten nur das Französische kennen gelernt. Die zweite Schwierigkeit bestand in der 1819 in Deutschland eingeführten Zensur, die dem gesamten Pressewesen strengste Fesseln anlegte. Jede Zeitungsnummer mußte vor ihrem Erscheinen dem Landrat zur Durchsicht vorgelegt werden. Bestehende Blätter, die bereits über einen festen Stamm von Beziehern verfügten, konnten sich dabei noch einigermaßen halten. Ein neues Blatt dagegen war darauf angewiesen, sich mit den Behörden freundschaftlich zu stellen, das heißt, es mußte sich als amtliches Anzeigenblatt der Behörde zur Verfügung stellen. Andererseits war das Risiko Heerens auch nicht allzugroß, da er das Blatt selbst auf einer hölzernen Handdruckpresse herstellte. Er hatte weiter keine Ausgaben als für Papier, Druckerschwärze und die Abnutzung seiner Werkzeuge. Angestellte hat Heeren zu Anfang nicht gehalten. Die hölzerne Druckpresse wurde 50 Jahre lang in Betrieb gehalten. So erschien denn am 12. Januar 1827 das erste „Korrespondenzblatt des Kreises Eupen." Es hatte die Größe eines gewöhnlichen Schulheftes. Es war einspaltig auf 4 Seiten gedruckt und hatte als Inhalt zwei amtliche Bekanntmachungen. Eine behandelt das Auftreten des Milzbrandes im Weiler Gemehret und verfügt die Gegen- und Vorsichtsmaßnahmen, die andere

bezieht sich auf die Instandhaltung der Vizinalwege und deren Seitengräben. Es erscheint ohne jegliches Geleitwort oder eine Ankündigung. Es kostet im Jahresbezug 20 Silbergroschen. Der Landrat Bernhard von Scheibler zeigte sich dem Blatte gewogen und verlieh ihm gleich einen amtlichen Charakter. Gleich in der zweiten Nummer des Blattes forderte er die ihm unterstellten Bürgermeister des Kreises durch folgende Bekanntmachung zum Bezug auf:

„In der zuletzt hier Statt gehabten Versammlung habe ich Sie davon benachrichtigt, daß mit dem Anfange dieses Jahres für den Kreis Eupen wöchentlich ein Korrespondenzblatt zur Verbreitung amtlicher Bekanntmachungen und Nachrichten von öffentlichem allgemeinem Interesse hier erscheinen werde, und Sie eingeladen, das Aufkommen und Bestehen dieses Blattes nicht nur durch eigenes Halten desselben für die Gemeinden und öffentlichen Anstalten, sondern auch durch Empfehlung und Subscription zu Privatabonnements zu unterstützen.

Nachdem das erste Stück des Korrespondenzblattes erschienen und Ihnen bereits zugestellt worden ist, wiederhole ich meine obige Einladung unter dem Bemerken, daß Ihnen künftig von gedachtem Blatte die in dem hiebei folgenden Nachweise verzeichneten Exemplare für die dabei genannten Behörden und Beamten Ihrer Gemeinde werden übersandt werden, deren schleunige Austheilung Sie besorgen lassen wollen.

Das Interesse, welches das Korrespondenzblatt für die Bewohner des Kreises hat, indem es die, das Publikum betreffenden Verfügungen der Behörden zur öffentlichen Kenntnis bringt, und die Geringfügigkeit des Preises — 20 Sgr. für den Jahrgang — berechtigen zu der Erwartung, daß, besonders bei gehöriger Empfehlung Ihrerseits, dasselbe fleißig werde gehalten werden.

Bei dieser Gelegenheit eröffne ich Ihnen zugleich, daß künftig alle Verkäufe, Verpachtungen und Verdinge von einigem Belange, welche für die Gemeinden und öffentlichen Anstalten gehalten werden, durch das Korrespondenzblatt bekannt zu machen, und daß Ihre desfallsigen Bekanntmachungen mir jedesmal Dienstags einzureichen sind, in sofern sie in das am nächstfolgenden Freitage heraus kommende Blatt aufgenommen werden sollen."

Nachdem Johann Heeren das Blatt sechs Jahre lang geführt hatte, starb er am 8. Januar 1834 im Alter von 78 Jahren. Seiner Witwe hinterließ er den kleinen Druckereibetrieb. Diese machte in der nächsten Nummer folgendes bekannt:

„Dem geehrten Publikum widme ich hiemit die ergebene Anzeige, daß die hoh. Staatsbehörden mir die Konzession zur Fortsetzung meines Druckereigeschäftes, wie es durch meinen sel. Mann geführt worden, zu ertheilen geruht haben, mit dem Bemerken, daß mein Sohn Heinr. Heeren demselben als Geschäftsführer nach wie vor vorstehen, und daß von jetzt ab die Firma Wittib Joh. Heeren angenommen werden wird.

Anna Jos. verwitwete Heeren, geb. Nahl."

Die neue Firma bemüht sich, die Zeitung auszubauen. Es erscheint im Februar die erste „Vermischte Nachricht", daß nämlich drei Wölfe an der Klouse gesehen worden seien. 1840 tauchen die ersten Geschäftsanzeigen

auf. Das erste Bild ist die Darstellung einer Brille in einem Inserat, ebenfalls 1840. Einige Zeit später sucht jemand eine gesetzte Frau zur Führung seines Haushalts, neben dem Text ist zur Bekräftigung des Inhalts eine „gesetzte" Frau in Form einer hingesetzten wirklich abgebildet. Von da an sind Bilder nicht mehr selten.

Am 4. September 1840 trat der Drucker Eberhard Ludwig Tilgenkamp in die Firma ein, während die Witwe Heeren ausschied. Tilgenkamp stammte aus Jülich und war auf seiner Wanderschaft in den Betrieb Heerens gekommen. Am 17. Januar 1837 heiratete er die Tochter des Hauses Anna Barbara Heeren. Die Witwe machte am 4. Sept. 1840 folgende Bekanntmachung:

„Das bisher unter meiner Firma bestandene Buchdruckergeschäft habe ich unter heutigem Datum meinem Sohne und Schwiegersohne übertragen.

Eupen, den 4. September 1840.

Wwe. Joh. Heeren."

Die neuen Firmeninhaber melden folgendes:

„Von einer Königl. Wohll. Regierung mit der dazu erforderlichen Konzession versehen, beehren wir uns, ein geehrtes Publikum ergebenst in Kenntnis zu setzen, daß unsere Mutter und Schwiegermutter ihre seither unter der Firma Wwe. Joh. Heeren bestandene Buchdruckerei auf uns übertragen hat und diese von heute ab die Firma E. L. Tilgenkamp und J. H. Heeren annehmen wird.

Eupen, den 4. September 1840.

Joh. Heinr. Heeren und Eberhard Ludw. Tilgenkamp."

Inzwischen vollzog sich auch im Äußeren des Blattes ein erheblicher Fortschritt. Die Verwendung verschiedener Typen, eine größere Erfahrung in der Stellung des Satzes ergaben einen klareren und übersichtlicheren Umbruch. Der Umfang nahm zu durch zwar noch unregelmäßig aber doch häufiger herausgegebene Beilagen. Den eigentlichen Inhalt aber bildeten doch immer noch die amtlichen Bekanntmachungen und die Anzeigen.

Bis zum 1. Juli 1847 führten Heeren und Tilgenkamp das Geschäft gemeinsam, dann aber schied Heeren aus. Der nunmehr alleinige Inhaber E. L. Tilgenkamp wendet sich an seine Bezieher mit folgender Bekanntmachung:

„Von einem Kön. Hohen Oberpräsidenten ist mir auf mein dasiges Gesuch gestattet worden; außer den bis jetzt aufgenommenen amtlichen und Privatnachrichten in dem Korrespondenzblatt des Kreises Eupen auch noch der Belehrung und Unterhaltung gewidmete Gegenstände auf zu nehmen. Die seither unter der Firma J. H. Heeren und E. L. Tilgenkamp bestandene Buchdruckerei werde ich von heute ab auf meinem alleinigen Namen führen.

Eupen, den 1. Juli 1847.

Eberhard Ludw. Tilgenkamp."

Ab 1. Juni 1848 erschien die Zeitung dann wöchentlich zweimal. Außerdem vergrößerte er das Format auf 18 mal 23 cm. An Unterhaltungsstoff mangelt es nun nicht mehr. Der Jahresbezug kostet von nun an 1 Taler und 8 Silbergroschen. Das Revolutionsjahr 1848 brachte die ersehnte Presse-

freiheit. Tilgenkamp öffnete die Spalten nun auch der Kritik an öffentlichen und privaten Vorgängen. Und die Eupener Kampfhähne benutzten die Spalten ihres Kreisblattes zur Austragung ihrer persönlichen Streitigkeiten. Nur ein Beispiel, allerdings ein besonders drastisches sei angeführt:

„Sag ens Aristokrat, wuröm leppste (läufst du) e Saundeg (Sonntag) mit vöel Schandal (Lärm) ut gen Kirch erut, wie der Här Dreyling kallde (predigte) va sech te bee (vom Beten), ich meint, du hätts ouch genuch Plagge op gene Kopp (Plagge, eigentlich Ausschlag, gemeint ist hier: du hättest auch genug Dreck am Stecken) dat dich dat Bee (das Beten) niet schäe (schaden) köß." Die in der nächsten Nummer folgende Antwort lautete: „Ich schlage dem anonymen Einsender des Inserates vor, daß wir beide uns mit haarscharf geschliffenen Kämmen auf neutralen Gebiet treffen, um zu sehen, wem denn von uns beiden die meisten Plaggen vom Kopfe fallen."

Jetzt ändert sich in den nächsten 25 Jahren fast garnichts mehr an der Zeitung. Lediglich im Jahre 1850 wird das Format auf 26 mal 36 cm vergrößert. Am 5. November 1874 starb Eberhard Ludwig Tilgenkamp im Alter von 65 Jahren. Das Geschäft ging nun auf Julius Tilgenkamp, den ältesten seiner 5 Söhne über. Dieser schaffte 1876 die alte hölzerne Handpresse ab und besorgte von nun an den Druck auf einer Pariser Marinoni-Schnellpresse. Bald erreichte die Zeitung ihr heutiges Berliner Format. Am 15. Juni 1907 starb auch Julius Tilgenkamp und der heutige Inhaber Gustav Tilgenkamp wurde sein Nachfolger. Der amtliche Charakter wurde auch unter ihm bis zum Jahre 1921 beibehalten, bis die belgische Diktatur Baltias der Zeitung das Recht nahm, sich amtliches Kreisblatt zu nennen. Sie kaufte von dem ehemaligen Verlage der „Eupener Zeitung" das Recht sich „Eupener Zeitung" zu nennen. Sie führt aber im Untertitel den Zusatz „Korrespondenzblatt des Kreises Eupen. Von 1827—1921 Amtliches Kreisblatt für den Kreis Eupen. Älteste und gelesenste deutschsprachige Tageszeitung in Belgien". Vom Jahre 1908 ab erschien das Korrespondenzblatt dreimal wöchentlich; der Betrieb wurde erweitert durch die Aufstellung einer modernen Zeitungsdruckmaschine der Firma Albert & Co. A.-G. in Frankenthal. Der Krieg mit seinen vielen Berichten und Bekanntmachungen verlangte noch weiteren Ausbau. Ab 1917 erschien sie viermal wöchentlich. Die Setzerarbeiten ließen sich nicht mehr mit der Hand bewältigen, der „eiserne Kollege" wie die Setzer eine Setzmaschine nennen, hielt in Form einer Typografsetzmaschine seinen Einzug. 1921 kam eine zweite Schnellpresse hinzu in die alten Räume, in denen vor fast 100 Jahren Johann Heeren seine Handpresse betätigte. Von nun an erschien die Zeitung täglich. Es folgt eine Liste der preußischen Landräte, die ihre Bekanntmachungen im Korrespondenzblatt des Kreises Eupen veröffentlichten:

Bernhard von Scheibler 1827—1837
Eugen. K. Th. Aug. von Reimann 1838—1849
Amandus von Harenne 1849—1866
Robert Freiherr von der Heydt 1866—1861
Alfred Sternikel 1871—1883
Alfred Gülcher 1884—1909

Walther The Losen 1909—1914
während des Krieges verschiedene Assessoren.
Landrat von Kesseler 1918—1919 wenige Monate.

## Der Volksfreund.
## Der Wahrheitsfreund.

Daß die großdeutsche Bewegung an den Eupenern nicht so ohne weiteres vorüberging, ist ohne Mühe zu verstehen, wenn man bedenkt wie gerade die Bewohner Eupen-Malmedys, und davon gerade die Eupener, gewohnt waren, freiheitlich und selbständig zu denken. Allein, daß es eine Bewegung gab, die nicht mit der straffen, beamtenmäßigen preußischen Herrschaft so recht einverstanden war, die einfach etwas anderes wollte als die Regierung, mochte unter den Hitzköpfen der Bevölkerung ein kleines Feuer entfachen. So wurde denn auch am 2. April 1848 in Eupen und Bütgenbach die schwarz-rotgoldene Fahne am Rathausturme gehißt. Am 29. März ward sogar in Eupen für die Märzgefallenen ein Trauergottesdienst abgehalten und der Stadtrat übermittelte den Berlinern „eine in den kräftigsten Worten abgefaßte Dankadresse."

Es lag im Wesen der Sache, daß die öffentliche Meinung einen Ausdruck finden mußte. So wurde denn in der letzten Woche des Jahres 1848 oder in der ersten Woche des Jahres 1849 am Samstag von dem Volksschullehrer Hegener ein neues Wochenblatt herausgebracht. Es betitelte sich: „Der Volksfreund, Wochenblatt für den Kreis Eupen." Das Blatt hatte das Format 24 mal 34 cm. Es war zweispaltig gedruckt. Meist bestand es nur aus einem Bogen zu 4 Seiten. Die erste Seite brachte politische Nachrichten aus aller Welt ohne allerdings außer dürftigen Ergänzungen irgendwie Stellung zu nehmen. Lediglich in der Auswahl der Nachrichten scheint Hegener seine Absichten zu verfolgen. Zu einem Leitartikel schwingt er sich höchst selten auf. Er verfolgt hauptsächlich den Kampf und die Erfolge der Bewegung.

Die zweite Seite setzte sich aus der Fortsetzung des Inhalts der ersten und aus örtlichen Nachrichten zusammen. Auch hier verfolgte er seine Politik sehr vorsichtig und gemäßigt.

Die dritte Seite bestand aus einem neutralen Feuilleton und die vierte bemühte sich, die dürftigen Anzeigen so unterzubringen, daß keine weißen Stellen entstanden.

Hegener führte das Blatt sehr ungeschickt. Er war mehr als Redner als schriftstellerisch begabt.

Seine rednerische Tätigkeit war es auch, die ihn zum Liebling des Volkes gemacht hatte. Die sozialen Zustände in Eupen ließen sehr zu wünschen übrig. In drei-vier Hinterhöfen saßen die kinderreichen Weberfamilien zusammen, und in den ohnehin schon zu engen Zimmern mußte ein mächtiger Webstuhl den Lebensunterhalt erwerben helfen. Diese Leute besuchte Hegener. Er versammelte sie bald in größeren Versammlungen und predigte ihnen seine demokratischen Gedanken. Für diese Kreise war auch das Blatt gedacht. Ehe es aber an Mangel an Anzeigen einging, führte sein Herausgeber durch den Abdruck einer satirischen Artikelserie, betitelt:

Demokratisches A-B-C Buch oder Fibel für Landeskinder", selbst das Ende seines Blattes herbei. Die Geistlichkeit der Stadt, die bisher nur argwöhnisch seinem wachsenden Einfluß zugeschaut hatte, fühlte sich jetzt zu Gegenmaßnahmen bewogen. Sie gründete ein neues Blatt, das in Format und Aufmachung dem „Volksfreund" vollkommen glich, den „Wahrheitsfreund". Sie forderte in scharfen Aufsätzen Hegener heraus, bis es ihr schließlich gelang, seiner gerichtlich habhaft zu werden. Hegener wurde Ende 1849 verhaftet. Bald aber mußte man ihn wieder aus dem Gefängnis freilassen. Das Volk bejubelte ihn als Freiheitsmartyrer und Helden, brachte ihm einen Fackelzug dar, veranstaltete eine Geldsammlung, mit deren Erlös er sich in Verviers einen Tabakladen kaufte.

Der „Wahrheitsfreund" hielt sich noch einige Zeit. Der Ortsdechant machte eine Art religiöses Sonntagsblatt aus ihm. Er brachte jetzt anstatt des politischen Leitartikels das Evangelium des Sonntags mit passender Nutzanwendung fürs öffentliche Leben. Aber auch hier fehlten bald die notwendigen Anzeigen. Die letzten Nummern im August 1850 zeigen nur wenige Bekanntmachungen der katholischen Vereine. Mit der letzten Nummer am 22. August 1850 verschied auch der Wahrheitsfreund. Der erste Pressekampf in Eupen hatte sein Ende gefunden. Er sollte nur ein Auftakt sein.

**Eupener Zeitung.**
**Eupener Bürgerzeitung.**
**Bürgerzeitung.**
**Eupener Nachrichten.**

19 Jahre lang war nach dem Ende des „Volksfreundes" und des „Wahrheitsfreundes" das „Korrespondenzblatt des Kreises Eupen" die einzige Zeitung in Eupen.

Am 25. Juli 1869 jedoch gab Jakob Wehren ein neues Blatt heraus. Er nannte es: „Eupener Zeitung, Organ für Politik, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft". Es erschien zweimal wöchentlich, Mittwochs und Samstags im Druck und Verlag von Jakob Wehren und kostete für Eupen 12½ Silbergroschen, durch die Post oder durch Boten bezogen 15 Silbergroschen pro Quartal.

Das Programm der ersten Nummer vom 25. Juli 1869 lautet: „Unter vorstehendem Titel wird mit der Hälfte des dritten Quartals des Jahres der Unterzeichnete ein neues Blatt herausgeben, welches als ein unserer Stadt und unserer Zeit angepaßtes Organ für Politik, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft den Gang der Ereignisse und deren Zusammenhang von dem Standpunkte der katholischen Kirche aus ins Auge fassen und seinen Lesern vorzuhalten bestrebt sein wird.

Seine bündige politische-religiöse Übersicht wird die bemerkenswertensten politischen und religiösen Ereignisse registrieren. Leitartikel verschiedensten Inhalts werden unsere lokalen Verhältnisse, ihre Geschichte, ihr Streben in der Gegenwart zur Begründung einer besseren Zukunft allseitig besprechen, den Mitteilungen, welche den Handel, die verschiedenen

Gewerbe, den Ackerbau, die materiellen Interessen überhaupt betreffen, werden seine Spalten geöffnet sein. Ebenso werden die Gemeinde und Vereinsangelegenheiten besondere Berücksichtigung erfahren. Da wir Christentum, das heißt Wahrheit, Liebe und Gesetzlichkeit, keineswegs aber Leidenschaft, Parteizwecke und Sonderinteressen auf unsere Fahne geschrieben haben, wird jegliche gehässige Politik grundsätzlich ausgeschlossen sein und das Blatt ein Sprechsaal sein für alle diejenigen, welche im oben angegebenen Sinne gemeinnützige Angelegenheiten zur Sprache bringen wollen. Auch die Preis- und Marktverhältnisse werden eine gebührende Stelle finden. Der Preis dieses Blattes, das wöchentlich 2 mal und im Format dieser Probenummer 28 mal 40 dreispaltig erscheinen soll, beträgt 12½ Silbergroschen pro Quartal. Die Inserate werden die vierspaltige Zeile (Garmond) oder deren Raum mit 1 Silbergroschen berechnet. Jahresabonnenten haben 15 Zeilen kostenfrei. Nur dürfen die Inserate der Tendenz dieser Blattes nie widersprechen noch persönliche Angriffe enthalten. Indem ich schließlich noch hinzufügen möchte, daß ich auch bemüht sein werde, wenn der Raum es gestatte, im Feuilleton hübsche, belehrende Novellen und Charakterschilderungen, sowie historische Beschreibungen zu bringen, erlaube ich mir, zum Abonnenten einzuladen.

Eupen im Juli 1869.

Jak. Wehren."

Mit diesem Aufruf ließ Wehren zwei Probenummern herausgehen. Samstags und Mittwochs. Dann fand eine große Katholikenversammlung im Saale Thonnar statt. Dazu luden ein: Fastré, Driessen, Speckheuer, und Joh. Goor. Leute, die sich später alle in der neuen Zeitung betätigten. In dieser Versammlung wurde neben anderem für die neue Zeitung auch von Seiten der Geistlichkeit geworben. Diese Werbung schien noch nötig zu sein. Die Zeitung hatte versprochen, ab 7. August regelmäßig zu erscheinen. Man wartete aber die Versammlung, die am Sonntag am 8. August stattfand noch ab, und die Zeitung erschien ab 14. August mit der Nummer 4 regelmäßig. Ihre Haltung war wie versprochen konsequent katholisch und das verlangte in der damaligen Zeit eine kämpferische Haltung zur Regierung. „Hanns und Fritz unterhalten sich über die religionslose Schule"; hieß der erste Aufsatz, der der Schriftleitung den Besuch des Gendarmen eintrug. Am 18. September, also nach 6 Wochen ihres Bestehens, rühmt sie sich, bereits 400 zahlende Bezieher zu haben.

Bei diesem Anlaß betont sie, daß es ihr Ziel sei, den Leser noch mehr zufrieden zu stellen, besonders durch eine günstigere Regelung in der Zustellung und durch eine noch größere Lebendigkeit auf dem Gebiete der politischen und geschäftlichen Mitteilungen. Die Anzeigen waren reichlich und auch das Papier wurde verbessert.

So hielt sich die Zeitung bis zum Jahre 1872. Die Bezieherzahl stieg noch etwas, aber dann gingen die Anzeigen aus. Welche Gründe da maßgebend waren, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Wenn J. Wehren 1870 noch eine große geschichtliche Arbeit mit 7 Fortsetzungen über „Eupen und das Limburger Land zur Zeit der französischen Revolution" brachte, so

füllten sich späterhin seine Zeilen immer mehr mit scharfer Polemik gegen die katholikenfeindliche Regierung. Auch seine ehrliche Begeisterung über die deutschen Siege im Kriege 70/71 konnte manche Leser nicht über seine regierungsfeindliche Einstellung hinwegtäuschen. So brachte er z. B. unter der Überschrift „Norddeutsche Gymnasiastenverse" folgendes Spottgedicht auf die Pariser Hungersnot:

Viele Dinge sind auf is
Längst verschwunden in Paris.
Panis, piscis sind am finis
und von canis blieb nur crinis.
Selbst die saure cucumis
fehlt schon längst auf mugilis.
Und etwas ganz Rares ist
felis, Katz und Ratte glis.
Doch Paris, was ist dein finis?
ignis, lapis, pulvis, cinis.

Wehren ging soweit, daß er einen Kriegssonderbezug den Monat zu 5 Silbergroschen eröffnete. Allein die Anzeigen gingen von Ende 1871 an zurück. Vielleicht waren wenige evangelische Tuchfabrikanten daran schuld; denn Anfang 1872 behandelten 65 % der Zeitung nur den Kulturkampf. Mit der Nummer vom 26. September 1872 ging das Blatt ein. Aber am 12. 10. 1872 erschien schon wieder eine Probenummer einer neuen „Eupener Zeitung". Sie hate gleiches Format, allerdings trug sie nicht mehr den Untertitel: „Organ für Politik, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft". In der Einladung zum Bezug heißt es: „Die „Eupener Zeitung" wird, nachdem das von Jak. Wehren unter demselben Titel redigierte Blatt seit dem Schluß des vorigen Quartals zu erscheinen aufgehört hat, vorläufig wöchentlich einmal jeden Samstag herausgegeben werden. Treu der römisch-katholischen Kirche in allen religiösen Fragen wird sie in politischen Dingen frei und unabhängig die Gleichberechtigung aller vor dem Gesetze verteidigen und für die Erhaltung und Entwicklung bürgerlicher und kirchlicher Freiheit eintreten. Sie wird den lokalen Angelegenheiten ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und aufrichtig und loyal die Interessen der Gesamtheit vertreten. Bei Beurteilung aller aber sollen nicht die äußere Macht, noch der Erfolg, sondern die Grundsätze christlicher Moral leitend und maßgebend sein.

Indem sie ihre Anschauungen mit aller Bestimmtheit und Festigkeit zur Geltung zu bringen sich bestreben wird, wird sie dem ehrlichen Gegner die volle Achtung und Anerkennung nicht versagen.

Eupen. den 12. 10. 1872.

Die Redaktion."

Als Herausgeber zeichneten Eucharius Cormann, derselbe gleichzeitig auch als Verleger. Gedruckt wurde die Zeitung bei der Buch- und Steindruckerei C. Julius Mayer in Eupen. Der Preis betrug 10 Silbergroschen. Ab Januar 1873 erschien sie dann 2 mal wöchentlich. Die zweite Eupener Zeitung tritt in die Fußstapfen ihrer Vorgängerin. Auch sie nimmt den scharfen Kampf gegen die Regierung auf. Klugerweise hält sich der Herausgeber Cormann

aber einen Scheinredakteur, einen armen Weber, namens Leo Müllender, der des Lesens und Schreibens kaum fähig war. Am Samstag, den 27. 12. 1873 stand Müllender zum ersten Mal vor den Schranken des Aachener Gerichtes wegen Widergabe des im „Mainzer Journal" erschienen „Briefes an den Kaiser". Müllender wurde zu 50 Thalern Strafe verurteilt. Am 24. 1. 1874 also kaum 4 Wochen später wurde er wegen eines Satzes („Ein solches Verfahren ist nur unserer Zeit, wie es scheint, vorbehalten und es empört sich das Rechts- und Freiheitsgefühl eines jeden rechtlich gesinnten Staatsbürgers um so mehr, als niemand seiner persönlichen Freiheit mehr sicher sein kann, wenn es dem Untersuchungsrichter freisteht, den Staatsbürger ohn weiteres einzusperren, bis er sich bequemt auf beliebige Fragen Rede und Antwort zu stehen.") zum zweiten male bestraft. Am 6. 3. erfolgt die dritte Bestrafung wegen persönlicher Beleidigung des Fürsten Bismarck. So gings in einem fort. Die Eupener Zeitung nahm am 1. Januar 1875 Berliner Format an. Das Impressum rückte in den Kopf. Dazu wurde sie dreispaltig. Die Bezieher nahmen sehr schnell an Zahl zu. Am 18. Juni 1875 erreichte die Auflagenziffer 1000. Am 11. März jedoch wurde Leo Müllender wegen Abdrucks der päpstlichen Enzyklica zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Sein Schicksal teilten die „Schriftleiter" der „Koblenzer Volkszeitung", der „Deutschen Reichszeitung", des „Düsseldorfer Volksblatts", des „Westfälischen Volksblatts", der „Schlesischen Volkzeitung", de „Wipperfürter Volksblatts", der „Neuß-Grevenbroicher Zeitung", der „Niederrheinischen Volkszeitung", des „Niederrheinischen Volksboten", der „Ermländischen Zeitung", der „Gladbacher Volkszeitung" und der „Dürener Zeitung". Notgedrungen mußte jetzt ein neuer Name ins Impressum. Da sich aber keiner fand, der nicht, wenn er schon verantwortlich sein sollte, auch selbst bestimmen wollte, was in die Zeitung hineinkam, so übernahm von der Nummer 43 am 29. Mai 75 Josef Menniken aus dem Vorstand der Partei Constantia die Leitung. Der Vorsitzende der Partei von Grand Ry war der eigentliche geistige Lenker. Kurze Zeit später übernahm auch die Partei das Verlagsrecht. Gedruckt wurde das Blatt weiter bei C. Jul. Mayer. Am Samstag, den 3. Juli 75 übernahm dann der bedeutendste Eupener „Journalist", Wilhelm Rosenstein, die Schriftleitung. Das Format ging wieder auf 28 mal 34 zurück, ebenso wurde die Erscheinungsweise wieder einmal wöchentlich.

Wilhelm Rosenstein entstammte einer kleinbürgerlichen Familie, die dem talentvollen Sohne eine höhere Schulbildung versagen mußte. Er mußte sich frühzeitig dem fast in Eupen einzig vorkommenden Gewerbe, dem Textilfach zuwenden. Er betätigte sich rege im katholischen Vereinsleben, dessen Führer bald seine besonderen Fähigkeiten entdeckten. 1875 berief man ihn dann als verantwortlichen Schriftleiter an die Eupener Zeitung. Er durchfocht denn nun auch in aller Öffentlichkeit den Kulturkampf, während die eigentlichen Leiter der Partei im Hintergrunde die Entwicklung der Dinge abwarteten. Bis 1889 blieb die „Eupener Nachrichten" Eigentum der Partei Constantia. Als die Wogen des Kulturkampfes sich glätteten, verging auch die Teilnahme der Partei an der Zeitung. Sie verkaufte sie an den Trierer Buchdrucker Hermann Heinrichs. Der kaufte aber auch bald die „Mayener Volkszeitung", die ebenso wie die „Eupener Zeitung" von der katholischen

Partei aufgegeben wurde, und führte diese Mayener Zeitung mit einem Schriftleiter namens Schlicker selbst weiter, während er die „Eupener Zeitung" zu verpachten suchte. Nachdem sich lange kein Pächter gefunden hatte, übernahm sie Rosenstein am 1. Juli 1890 selbst und zahlte dafür jährlich 1200 Mark an Heinrichs. Die „Mayener Volkszeitung" ging aber nicht so recht. Hermann Heinrichs verkaufte sie und wollte nun selbst den Verlag der „Eupener Zeitung" übernehmen. Rosenstein sollte Schriftleiter bleiben. Da Heinrichs ihm aber nur die Hälfte seines bisherigen Einkommens zahlen wollte, trat er am 26. Juni 1891 von der Redaktion zurück. Als Schriftleiter nahm Heinrichs wieder Josef Menniken. Rosenstein hatte schon in der Kulturkampfzeit zur Sicherung seines Unterhalts im Falle einer Bestrafung einen kleinen Buch- und Schreibwarenladen eröffnet. Den führte er jetzt weiter. In seinem Abschiedswort an die Leser in der Nummer vom 26. Juni 1891 betont er seine Hoffnung mit seinen Mitbürgern weiter durch sein Geschäft verbunden zu bleiben. Einige Monate später schloß er seinem Geschäfte noch eine kleine Akzidenzdruckerei an, in der er sich auf Gelegenheitsdrucke verlegte. Die dazu notwendigen Kenntnise hatte er sich als Schriftleiter in der „Eupener Zeitung" erworben. Es gelang ihm aber nicht, vielleicht wollte er es auch nicht, seine Person aus dem öffentlichen Leben der Stadt Eupen auszuschalten. Im Nachruf nach seinem Tode heißt es in der Bürgerzeitung vom 2. August 1910:

„. . . in dieser seiner Tätigkeit fand sich für ihn reiche Gelegenheit, sich im öffentlichen Leben unter steter Hintenanstellung seiner eigenen Vorteile zu betätigen. Es existiert nicht mancher Verein, der ihn nicht als schätzenswertes Mitglied kennen gelernt hat. Bei fast allen die Öffentlichkeit interessierenden Angelegenheiten war er stets ein Berater, aber auch im Stillen hat er manchem mit Rat und Tat zur Seite gestanden . . ."

Das vielgestaltige, zum Teil auch stark verfahrene und übertriebene Eupener Vereinsleben drängte um die Jahrhundertwende zu einer Klärung. Besonders die konfessionell, das heißt in diesem Falle, die kath. und kirchlich ausgerichteten Vereine stritten sich und quälten sich miteinander so herum, daß einsichtigere Bürger den Plan faßten, einen Verein zu gründen, der zwar nach katholischen Grundsätzen geführt werden sollte, der aber nicht den Katholizismus als Vorspann zu Interessen der Geistlichkeit oder anderer Persönlichkeiten dienen lassen wollte. Gemeinsam mit dem Uhrmacher und Rechtskonsulenten Jakob Reip gründete Wilhelm Rosenstein 1901 den „Bürgerverein" und gab am 1. April 1902 die erste Nummer der „Eupener Bürgerzeitung" heraus. Rosenstein hatte bei dieser Zeitung das Amt des Schriftleiters, des Verlegers und des Druckers. Sie hatte Berliner Format, erschien einmal wöchentlich Samstags und kostete 20 Pfennig für den Monat. Das Blatt hatte gleich durch die Mitglieder des Vereins etwa 400 feste Bezieher. Der Anzeigenteil war unverhältnismäßig groß. Die Zeitung bestand meist aus einem Bogen zu vier Seiten, wovon anderthalbe mindestens Anzeigen waren. Sie widmete sich fast ausschließlich der Lokalpolitik. Eine beliebig herausgegriffene Nummer (3. Mai 1903) bringt aus „Aller Welt" 6%, aus der „Chronik Eupens" 21%, 18% Roman, „Aus Stadt und Kreis" 24%. Der Rest sind Anzeigen. Rosenstein verkrachte sich bald mit dem Rechts-

konsulenten Reip, wahrscheinlich waren es weniger grundsätzliche als geschäftliche Streitigkeiten, und Jakob Reip gründete eine „Bürgerzeitung". Am 28. Oktober 1909 kommt die erste Nummer der Bürgerzeitung heraus. Sie erschien Mittwochs und Samstags und kostete frei ins Haus gebracht monatlich 30 Pfennig. Verlegt wurde sie bei der „Eupener Zeitungsgenossenschaft", einer Gründung Reips. Ihr Schriftleiter war Anton Abels aus Eupen, der aber mehr die technischen Sachen wie Umbruch und Vertrieb betrieb, denn den Hauptinhalt, nämlich die Polemik gegen die „Eupener Bürger Zeitung" und Rosenstein, schrieb Reip selbst. Das war so recht ein Blatt für die männlichen und weiblichen Klatschbasen Eupens. Die Auflagenziffer muß verhältnismäßig hoch gewesen sein, denn Anzeigen hatte die Zeitung nur wenige. Nummer 1 bis 10 wurde bei H. Waldeyer in Welkenraedt gedruckt, dann schaffte sich die „Eupener Zeitungsgenossenschaft" eine eigene Schnellpresse an. Reip schreibt dazu in der Nummer 6 vom 13. November 1909:

„An unsere werten Leser, Gönner und Förderer.

Es war uns bis jetzt durch sich uns in den Weg stellende technische Schwierigkeiten leider mit dem besten Willen nicht möglich, unsere Zeitung zur rechten Zeit herauszugeben. Wir haben diese Schwierigkeiten sofort erkannt und auf Abhülfe gedrängt. Die Genossenschaft hat daher in ihrer Sitzung vom 6 cr, beschlossen, eine mit allen Neuerungen versehene Doppelschnellpresse anzuschaffen, die in unserer Druckerei, Klötzerbahn 12 aufgestellt werden wird. Bevor aber diese Maschine zum Druck fertig montiert ist, werden noch circa 14 Tage verstreichen.

Sollten während dieser Zeit noch weitere kleine Störungen eintreten, so bitten wir höflichst um Entschuldigung und Nachsicht. Wir werden nach Kräften bemüht sein, nach Fertigstellung der Montage unsere werten Leser zu entschädigen.

Gleichfalls bitten wir um Entschuldigung, wenn der bis jetzt gebrachte Stoff noch nicht allen Wünschen entsprochen hat. Wir sind leider gezwungen, bis jetzt noch einen großen Teil unseres kostbaren Raumes zur Abwehr und Rechtfertigung des von den „Eupener Nachrichten" gleich nach dem Erscheinen unseres Blattes gegen uns heraufbeschworenen Kampfes zu verwenden. Da man uns aber ohne jedwede Veranlassung in den Kot gezogen, sind wir es uns selbst, wie auch unseren werten Gönnern schuldig, so lange zu kämpfen, bis die ungerechten Angriffe abgeschlagen sind; denn wer uns sucht, der wird uns finden.

Redaktion und Verlag."

Die hier erwähnten „Eupener Nachrichten" waren die vertragsmäßigen Nachfolger der „Eupener Bürgerzeitung". Rosenstein war der so vielseitigen Arbeit in Verlag, Schriftleitung und Druckerei müde geworden und hatte seine Zeitung am 12. April 1909 an die Firma Esch & Co. in Eupen verkauft. Die „Eupener Bürger Zeitung" erschien zum letzten Mal am Samstag, den 17. April 1909. Rosenstein schrieb ihr die Leichenrede:

„An unsere Leser!

Mit der vorliegenden Nummer wird die „Eupener Bürgerzeitung" aufhören zu erscheinen. Sie ist verkauft an ein sofort hier ins Leben tretendes Zeitungsunternehmen, der im Verlage der Herren Esch & Cie. erscheinenden „Eupener Nachrichten", Volkszeitung für Stadt und Land.

Dieses neue Organ, von welchem bereits eine Probenummer unserer heutigen Nummer beiliegt, wird wöchentlich dreimal erscheinen und das offizielle Organ der Zentrumspartei für Stadt und Kreis Eupen sein. Mit dem dreimaligen Erscheinen wird einem Wunsche entsprochen, der sehr häufig aus unserem Leserkreise auch an uns gerichtet worden ist, dem wir aber schon aus Gesundheitsrücksichten nachzukommen uns nicht befähigt fühlten. Daß ein offizielles Organ der Zentrumspartei zu noch stärkerer Festigung gereichen muß, kann nicht abgeleugnet werden, und so dürfen wir denn hoffen, daß diese Neugründung auch der Partei zum Vorteile gereichen wird.

Indem wir nun in dieser Weise von unserem bisherigen Leserkreise Abschied nehmen, verfehlen wir nicht allen unseren verehrten Abonnenten und Inserenten unseren tiefempfundenen Dank auszusprechen für die wohlwollende Unterstützung, die sie uns in guten wie in bösen Tagen zu Teil haben werden lassen, und erlauben uns, an sie die Bitte zu richten, daß uns bis heran bewiesene Wohlwollen jetzt auf das neue Organ übertragen zu wollen, dem wir in Zukunft auch ein tätiger Mitarbeiter sein und bleiben werden. Unsere Buchdruckerei werden wir nach wie vor beibehalten und halten dieselbe allen Freunden und Gönnern bestens empfohlen.

In der Hoffnung, unseren bisherigen Lesern auch in dem neuen Organ, wenn auch in indirekter Weise, noch manches bieten zu können, zeichnet

Mit vollkommenster Hochachtung
Redaktion und Verlag der „Eupener Bürgerzeitung"
Wilhelm Rosenstein."

Die „Eupener Nachrichten" schrieben über ihre erste Nummer am 17. April 1909:

Zur gefälligen Beachtung!

Mit dem heutigen Tage lassen wir für Stadt und Kreis Eupen eine neue Zeitung erscheinen, deren Grundsätze die der bewährten Zentrumspartei sind. Wir werden ernstlich bestrebt sein, den Anforderungen zu entsprechen, welche die starke Zentrumsorganisation zu fordern in unserem Kreise ein Recht hat. Die neue Zeitung stellen wir der Partei zur Verfügung, zur Vertretung energischer Zentrumspolitik in Staat und Gemeinde sowie zur tatkräftigen Förderung christlicher Sozialpolitik. Unter dieser Voraussetzung hat sich der Vorstand des Kreiskomitees der Zentrumspartei im Kreise Eupen bereit erklärt, unsere Zeitung als sein

offizielles Organ

zu betrachten und ihm tatkräftige moralische Unterstützung angedeihen zu lassen. Über mißliche Presseverhältnisse ist sowohl auf den letzten Parteitagen wie in manchen Sitzungen des Kreiskomitees und bei vielen anderen Gelegenheiten oft und lebhaft geklagt worden. Wir dürfen annehmen, daß

durch Herausgabe der neuen Zeitung nunmehr zu berechtigten Ausstellungen keine Veranlassung mehr geboten wird.

In den letzten Tagen haben wir den Verlag und das Eigentumsrecht der bisher in Eupen erschienen „Eupener Bürgerzeitung" erworben. Damit stellen diese ihr Erscheinen ein. — Die neue Zeitung führt den Titel:

„Eupener Nachrichten, Volkszeitung für Stadt und Land". Und gelangt wöchentlich dreimal zur Ausgabe, Dienstags, Donnerstags und Samstags. Der Sonntagsausgabe liegt das illustrierte Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen" bei, worauf wir besonders die Frauenwelt aufmerksam machen. — Der Abonnementspreis beträgt nur 50 Pfennig monatlich einschließlich Trägerlohn, für Bezieher durch die Post kostet die Zeitung pro Vierteljahr 1,50 Mark.

Den bisherigen Abonnenten der „Eupener Zeitung" wird das neue Organ bis zum Ende des laufenden Monats zum früheren Bezugspreise zugestellt. Außerdem erfolgt Zustellung von Probenummern in der ganzen Stadt und im ganzen Kreise Eupen. Wir bitten die Bezieher und Inserenten der „Eupener Bürgerzeitung", auch unserer Gründung ihre Gunst zuzuwenden. Ganz besonders richten wir die Bitte um Unterstützung des neuen Organs an alle Anhänger der Zentrumspartei. Namentlich in den Mittelstands-, Arbeiter- und Handwerkerkreisen ist die Neugründung — wo sie bekannt war — sympathisch begrüßt worden. Möge diese gute Aufnahme ebenfalls den Probenummern zuteil werden und sich bekunden in zahlreichen Abonnementsanmeldungen. Diese werden entgegen genommen in der Expedition Gospertstraße 76, ferner bei den Herren Aug. Voß, Kirchstraße 16, Wilhelm Rosenstein, Bergstraße 61 und Küster Weißhaupt, Haasstraße. Dort liegen auch Probenummern zum Abholen bereit, falls Interessenten durch die Träger nicht bedient werden konnten. Wir empfehlen unser Unternehmen allen Bewohnern der Stadt und des Kreises sowie allen denjenigen, die ein Interesse für die Vorkommnisse in unserem Kreise haben.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Der Verlag der Eupener Nachrichten
Esch & Co Inhaber Heinr. Esch und Peter Michels.

Die Schriftleitung
Peter Michels.

Bemerkungen: Herr Wilhelm Rosenstein, bisher Verleger und Redakteur der Bürgerzeitung, wird auch für das neue Organ Beiträge liefern, die der Tendenz unserer Zeitung entsprechen."

Damit waren die „Eupener Nachrichten" gegründet. In sehr kurzer Zeit erreichten sie eine Bezieherzahl von fast 2000. Die „Bürgerzeitung" Jakob Reips übertrug auf das neue Blatt den Zorn, den sie gegen Rosensteins Eupener Zeitung hatte und es kam zu einem merkwürdigen Zeitungskriege. Die Spalten vor allem der Bürgerzeitung füllen sich mit Berichten über die Straßenschlachten der feindlichen Zeitungsträger. Ein Zeitungsträger, Jak. Dütz, kehrt, nachdem er sich von der Konkurrenz hatte einfangen lassen, reumütig wieder zur Bürgerzeitung zurück und erklärt weitläufig seine

Gründe. Bei einer Tanzsaalschlägerei in der Faschingszeit verirrt sich Jakob Reip, der langsam mit allen Mitmenschen und der Behörde in Streit lebte, etwas in einer übertriebenen Berichterstattung zum Nachteil der Polizei. Die „Eupener Nachrichten" fühlten sich zu Wächtern der staatlichen Autorität berufen und machen Reip mit harten Worten Vorwürfe, die er seinerseits als Beleidigung auffaßt. Er geht zu Gericht. Am 1. August endet dann die Sache mit einem Vergleich, ohne aber dadurch in den beiden Blättern ein Ende zu finden. Lange konnte sich die Bürgerzeitung nicht halten. Sie stellte im April 1911 ihr Erscheinen ein.

Der Verlag der „Eupener Nachrichten" ging immermehr an den Teilhaber Michels über, der ihn dann auch ohne besondere Erscheinungen bis 1914 führte. Als er ins Feld mußte, übernahm seiner Frau die Leitung, die sie nach seinem Tode 1916 bis heute beibehalten hat. Die Familie Rosensteins ist heute noch durch seinen Sohn mit dem Betriebe der „Eupener Nachrichten" verbunden. Er selbst starb am 2. August 1910. Er war es eigentlich, der als erster in Eupen neben dem Korrespondenzblatt ein Zeitungsunternehmen schuf, das fähig war, weiteren Kreisen zu dienen, als nur persönlichen Ansprüchen. Eine große Leistung, wenn man bedenkt, daß er außer der Volksschule keine andere Schule besucht hatte und daß die damaligen Mittel zu einem Selbstunterricht nicht so ausgebaut waren wie heute.

## III. DIE PRESSE MALMEDYS.

### La Semaine.

Die Entwicklung des Pressewesens im Kreise Malmedy nimmt kaum einen wesentlich anderen Verlauf als im Nachbarkreise Eupen, wenn auch die französische Sprache dort eine wichtige Rolle spielt; ist sie doch und war sie vor 100 Jahren noch viel mehr die gehobene Umgangssprache der gebildeten Bevölkerung.

Das Druckergewerbe läßt sich in Malmedy ebenfalls weiter zurück verfolgen als in Eupen. Der Fürstabt von Stablo zog 1703 den Lütticher Drucker Lambert Thonon nach Stablo, der aber nicht lange in Stablo blieb, sondern nach wenigen Monaten bereits nach Malmedy zog; hier blieb er aber auch im Dienste des Fürstabtes von Stablo. Er übergab seine Druckerei einem P. N. Gerlach, der 1771 einen „Almanach du pays de Stavelot" herausbrachte, der bis zur französischen Zeit (1793) regelmäßig jedes Jahr erschien. Die Franzosen lösten die Druckerei auf.

1825 gründete Stephan Schmitz eine neue Druckerei, in der er auch ein kleines Wochenblatt herausbrachte, das er ähnlich wie Johann Heeren in Eupen führte und „Korrespondenzblatt des Kreises Malmedy" nannte. Es unterschied sich vom Blatte Heerens nur dadurch, daß es zweisprachig, französisch und deutsch, herauskam. Ein gewisser W. A. Birnbach war ursprünglich der Geldgeber und Teilhaber von Stephan Schmitzens Blatt, aber wenig später gab er ein eigenes Blatt in nur französischer Sprache heraus, das er „La Feuille de correspondance administrave du cercle de Malmédy" nannte.

Aber auf Befehl des Landrates mußte es auch bald die deutsche Sprache als zweite Sprache einführen. Von diesen Zeitungen sind keine Stücke mehr erhalten. Schmitz konnte sein Korrespondenzblatt nicht sehr lange halten. 1834 verkaufte er seine Druckerei an Hubert Scius, der das Korrespondenzblatt fortsetzte, jedoch nur bis 1837. Von 1837 bis 1848 erschien dann nur allein „La Feuille de corespondance administrative du cercle de Malmédy" von Birnbach. Da brachte am 4. Juni 1848 Hubert Scius ein Wochenblatt heraus, daß er die „Semaine" nannte. Das Blatt besteht ohne Unterbrechung bis heute. Seine Haltung war damals durchaus deutschtreu, es betonte lediglich die Belange der wallonischen Kultur und Sprache gegenüber der deutschen und französischen. „La Feuille de correspondance administrative du cercle de Malmédy" wurde 1849 mit der „Semaine" zusammengelegt. Hubert Scius starb am 4. März 1869. Sein Sohn Hubert Scius-Stouse führte das Geschäft weiter. 1874 versuchte er, die Druckerei zu vergrößeren und ihr neue Einnahmen zuzuführen dadurch, daß er ein neues Blatt herausbrachte, das er sich als Mitteilungs-, Anzeigen- und Unterhaltungsblatt für die ganze umliegende Gegend gedacht hatte. Er nannte es „Anzeiger des Kreises Malmedy, Montjoie und Schleiden". Es erschien im Berliner Format in nur deutscher Sprache. 1878 ging es dann wieder ein, ohne eine besondere Bedeutung erlangt zu haben. Es verkörperte nie eine besondere Haltung, als daß es im Grundton katholisch war, ohne aber im Kulturkampf besonders energisch Stellung zu nehmen wie in Eupen zum Beispiel die „Eupener Zeitung" unter Rosenstein.

Seit 1882 gab Scius-Stouse dann in Fortsetzung des vor 90 Jahren von den Franzosen verbotenen „Almanach du pays de Stavelot" regelmäßig Jahr für Jahr den „Armonac wallon do l'Samène" heraus. Der Almanach ist, wie in der Überschrift erkenntlich, wallonisch in Form so auch in Inhalt. Die Bezieher der „Semaine" erhielten ihn unentgeltlich.

Die Haltung der „Semaine", die vom ersten Tage an bewußt wallonisch war, und wallonisch sein heißt hier nicht deutschfeindlich, sondern auf die Erhaltung der eigenen Kultur bedacht, wurde in den Jahren des Kulturkampfes und der darauf folgenden Zeit immer bewußter. Sie ist eine Vorkämpferin für die Erhaltung und die Rechte der französischen Sprache geworden. Das Gegenstück zur „Fliegenden Taube", die für die Rechte der deutschen Sprache in Belgien eintritt. So schreibt die „Semaine" am 30. März 1889:

„Tous les vrais Wallons (il aurait pu ajouter, même les illetrés, qui n'ont jamais appris à lire) comprennent le français et les Français, après quelques efforts comprennent le wallon, sauf peut être quelques expressions pittoresques et dont l'origine est douteuse."

Oder am 12. Juni 1890 schreibt sie:

„Il est donc bien certain, que la langue française est notre langue maternelle."

1880 brachte sie im Juli folgendes Gedicht, dessen Abdruck Scius-Stouse eine strenge Zurechtweisung eintrug.

„C'est des canayes, Mâm' diyins
Qui uné v'let a nosse wallon;

C' est des mâ ⊢d' vinte, des fâs tchins
Et one bâne du tos capons."

Da es sich nur schwer ins Deutsche übersetzen läßt, folge die französische Übersetzung:

„Ce sont des Méchants, Malmédiens
Qui en veulent â notre wallon;
Ce sont des jaloux, des faux
Et une bande de vaurieus."

In der gleichen Zeit erschien folgendes Gedicht:

On lait chanter les ouhês
Come lu bèlche lè est crèhon,
Nossen wallon est-i pu laid
Quu l' tchanson do ptit coucou?

Mu grand-mêre nu pàrla môy
Quu l' wallon avou m' grand-père.
Et nu-mème, dju mours d' anôy
Quand dju n' ôs pus l' langue du m' mère.

Què nom vôront-is don d' ner
A nos vôyes ès lèû djârgon?
S' is l' fusel, d' vins que' ques ânées
On n' rutroûvret pus s' manhon!

In der französischen Übersetzung heißt das:

On laisse chanter les oiseaux
Comme leur bec leur a grandi
Notre wallon est-il plus vilain
Que la chanson du petit coucou?

Ma grand' mère ne parla mie
Que le wallon avec mon grand-père
Et moi-même, je meurs d' ennui
Quand je n' nentends plus le langage maternel.

Quel nom voudront-ils donc donner
A nos chemins, dans leur jargon?
S' ils le font dans quelques années
On ne retrouvera plus sa maison!

Die Semaine hat sich über die schwere Zeit des Krieges einigermaßen gut erhalten. Nach dem Tode des H. Scius-Stouse führte erst seine Witwe, dann sein Schwiegersohn Müller den Betrieb fort. Sie hat Berliner Format und erscheint wöchentlich samstags. Ihre Haltung hat sie auch in der belgischen Zeit nicht geändert. Sie hat auch heute keine deutschfeindliche

Haltung. Ihr liegen heute wie vor 50 Jahren die Aufgaben der wallonischen Sprache und Kultur ebenso am Herzen, vielleicht heute noch mehr, da sie durch die Belgier mehr gefährdet sind als einst durch die Preußen.

Die Auflageziffer beträgt heute etwa 1500 Stück.

**L' Organe de Malmédy und Petit Journal.**

In der Zeit des Kulturkampfes erwuchs der „Semaine" ein Gegner. Eine weitere Druckerei wurde durch eine Aktiengesellschaft gegründet, die dann auch bald (1881) eine Zeitung herausbrachte. „L' Organe de Malmédy". Ihr Schriftleiter war F. L. Lemoine. Er schreibt:

„; . . . Ce ne fut pas pour faire mieux ou même autrement [als die „Semaine"], mais uniquement pour des raisons personnelles se rattachant à la fameuse question de la bascule des tonneurs."

Das Blatt war bedeutend belgienfreundlicher als die „Semaine", vielleicht war das eine Folge des Kulturkampfes, zu dem die Zeitung sehr scharf Stellung nahm. Die Druckerei wurde 1891 von H. Dehez gekauft, der 1 Jahr lang eine weitere Zeitung erscheinen ließ, das „Petit-Journal". Er hatte aber keinen Erfolg damit. Das Petit Journal wurde nachher zweisprachig, konnte sich aber auch so nicht halten und ging Ende 1892 wieder ein. Es ist ein Stück davon im Zeitungsmuseum in Aachen erhalten. Die Zeitung hatte ebenfalls Berliner Format und erschien wie die Semaine einmal wöchentlich. Die Anzeigen sind meistens deutschsprachig.

Lemoine gründete aber 1891, nachdem die Aktiengesellschaft die Druckerei an Dehez verkauft hatte, selbst eine Druckerei, und nur mit kurzer Unterbrechung erschien „L' Organe de Malmédy" weiter. Es ging erst 1916 im Weltkriege ein. Eine eigentliche Bedeutung hat es nie erlangt.

**St. Vither Volkszeitung,** (Kreisblatt für den Kreis Malmedy).

**Kreisblatt für Malmedy,** (Schneidersche Zeitung).

Die erste deutschsprachige Zeitung im Kreise Malmedy, die eine amtliche Art hatte, wurde nicht in Malmedy, sondern in dem etwa 25 km südlich gelegenen St. Vith gedruckt. Im Jahre 1866 gründete der Vater des jetzigen Verlegers, Hermann Doepgen die „Malmedy-St. Vither Volkszeitung" Sie war ländlicher Art, brachte kurze Nachrichten, Heimatgeschichte, Lokales und Anzeigen. Sie erschien dreispaltig im Format 28 mal 46 cm zweimal wöchentlich, mittwochs und samstags. Der Malmedyer Landrat benutzte sie auf ein Gesuch Doepgens hin als amtliches Nachrichtenblatt für seine Bekanntmachungen. Sie führte deshalb bald den Untertitel: „Kreisblatt für den Kreis Malmedy". Für die amtlichen Mitteilungen und Bekanntmachungen erhielt der Verleger jährlich 100 Mark. In der Kulturkampfzeit enthielt er sich einer besonders betonten Stellungnahme, obschon das Blatt seine katholische Herkunft auch nicht verleugnete. Als aber kurz nach der Jahrhundertwende die amtlichen Meldungen des Landratamtes immer umfangreicher und zahlreicher wurden und der Landrat verlangte, daß gewisse schwer und zeitraubend zu setzenden Tabellen mit aufgenommen würden, bat Doepgen um eine Erhöhung der jährlichen Pauschale auf 300 Mark. Das war im Februar 1906. Er erhielt aber nicht einmal eine Antwort auf sein Gesuch. In

Malmedy selbst wurde eine Zeitung gegründet, die sich „Kreisblatt für Malmedy" nannte. Den Druck und Verlag übernahmen die Gebrüder Schneider aus Daun in der Eifel. Der Landrat und seine Frau warben selbst für das Blatt. Doepgen wußte diesem dadurch zu erwidern, daß er von nun an seine „Malmedy-St. Vither Volkszeitung" dreimal wöchentlich erscheinen ließ und den unterhaltenden Lesestoff besonders in der Samstagnummer stärker auf die bäuerliche Bevölkerung ausrichtete, die auf ihren schwer zugänglichen, weitauseinanderliegenden Einzelhöfen nach einer ihr angepaßten Unterhaltung und Ablenkung verlangte. Die Zeitung erreichte dann auch vor dem Kriege eine Auflageziffer von 2600 Stück. Sie kostete vierteljährlich eine Mark. Die Gebrüder Schneider setzten ihre Zeitung nun fort. Sie hatte ein wenig anderes Gesicht als die „Malmedy-St. Vither Volkszeitung", etwas mehr Anzeigen und war im Format um eine Kleinigkeit größer. Sie erschien zuerst zweimal, dann aber durch den Druck Doepgens Zeitung, die dreimal wöchentlich erschien, ebenfalls dreimal. Das Kreisblatt für Malmedy hatte für gewöhnlich 4 Seiten. Davon fast immer zwei mit Anzeigen. Politisches und Nachrichten, die keine rein örtliche Bedeutung hatten, brachte es kaum mehr als die „Malmedy-St. Vither Volkszeitung". Die Schneidersche Zeitung ist die Vorläuferin des „Landboten" und hielt sich bis zu dessen Gründung im Jahre 1919.

## IV. DIE PRESSE ALTDEUTSCHBELGIENS

### Einleitung.

Bei einer Betrachtung der Presse Eupen-Malmedys ist es unerläßlich, auch die Presse des deutschsprachigen Gebietes Altbelgiens zu behandeln, da diese Gebiete durch die Verknüpfung ihrer gemeinsamen Geschichte so miteinander verbunden sind, daß ihre Zeitungen wechselseitig ausgetauscht und im ganzen deutschsprachigen Bezirk Alt- wie Neubelgiens gelesen werden. Altbelgien, also Belgien ohne Eupen-Malmedy, hat zwei Hauptgebiete, in denen die deutsche Sprache vorwiegt. Das ist im Norden das Dreieck Montzen-Lontzen-Aubel, das nach der Zählung von 1919 17 512 Einwohner hatte. Davon sprachen damals 13 700 Deutsch. Also 78,2 %. Daran schließt sich gleich Moresnet mit seinen drei Gemeinden an: 5,5 qkm mit 3500 Einwohnern. Das zweite Hauptgebiet ist das Land um Arel (Arlon) an der Westgrenze Luxemburgs, das 1910 unter 39 657 Einwohnern 31 340 deutschsprechende zählte, das sind 79,1 %. Wenn man es als drittes Hauptgebiet bezeichnen wollte, könnte man das kleine Stück um Bocholts dazurechnen, das 1016 Deutschsprechende unter 1474 Einwohnern hat; das wären 71,9 %. Daß sich die deutsche Sprache in diesen Gebieten erhalten konnte, ist nicht zuletzt ein Verdienst der deutsch geschriebenen Zeitung gewesen.

### Die Fliegende Taube.

Die erste deutschsprachige Zeitung in Belgien überhaupt ist die „Fliegende Taube" in Aubel. Sie wurde Ende September 1848 von Johann Heinrich Willems, der in Aubel eine kleine Druckerei besaß, gegründet. Er druckte, verlegte und leitete sie selbst. Sie nannte sich genau: „Die fliegende

Taube, Wochenzeitung". In einem Schnörkel stand unter dem Kopf „Politik, Geschichte und Verkehr". Sie erschien dreispaltig im Format 25 mal 40 cm.

> „Die fliegende Taube erscheint jeden Freitag und kostet für ganz Belgien 1 Franken (0,80 RM nach der damaligen Währung); für Holland 1 Franken 30 Centimen, für Preußen incl. der Stempelsteuer 10 Silbergroschen. Man bittet Briefe und Gelder franco einzusenden. Inserate jeder Art, die nicht gegen die Tendenz des Blattes verstoßen, werden bis spätestens Donnerstag Abends erbeten und die Zeile oder deren Raum mit 10 Centimen berechnet. Im Wiederholungsfalle ist der Insertionspreis nur die Hälfte."

Die Haltung des Blattes war bewußt katholisch. Das Wort Politik schien für sie nur in der Überschrift vorzukommen. Politische Nachrichten brachte sie in den ersten 10 Jahren ihres Bestehens fast garnicht. Eine beliebige Nummer (Freitag, den 8. August 1856) beginnt auf der ersten Seite mit einem frommen Gedicht: „Der rechte Schlosser". Wie denn überhaupt jede Nummer mit einem religiösen Vorspruch begann. Dann schließt sich gleich folgende Nachricht an:

> „In England erhängte sich ein Henker. Das Todtengericht erklärte: Dies sei kein Selbstmord! Der Mann sei in seinem Berufe gestorben."

Dergleichen Kuriositäten füllen die erste und halbe zweite Seite. Dann folgen eine halbe Seite lokale Nachrichten und Berichte aus den umliegenden Dörfern. Den Schluß bildet eine Meldung über einen furchtbaren Vulkanausbruch: 3000 Todesopfer. In aller geographischen Ausführlichkeit wird der Unglücksort erst geschildert und fast blutrünstig über das eigentliche Geschehen berichtet. Anderthalb Seiten Anzeigen füllen die letzten Spalten. Die Anzeigen sind zu 80 % deutschsprachig, der Rest ist halb französisch und brabantisch (das ist die flämische Mundart der Gegend). Die Auflagenziffer war bis 1852 im steten Ansteigen. Ebenso nahmen die Anzeigenaufträge immer mehr zu, sodaß sich Willems 1852 entschloß, das Format seines Blattes zu vergrößern. Er wählte das Berliner Format. Das hat die Zeitung dann auch bis heute beibehalten. Sie blieb ständig in Familienbesitz. Es mag sich auch daher erklären, daß nie ein Wechsel in ihrer Haltung eintrat. Sie war stets katholisch, belgien- und königstreu. Bis zum Kriege betonte sie ständig die guten Beziehungen zu Deutschland. In kämpferischer Form ist sie vor dem Kriege eigentlich wenig für die Erhaltung und Pflege der deutschen Sprache eingetreten. Der damalige Führer der deutschsprechenden Altbelgier, Professor Bischoff, bediente sich des in Welkenraedt erscheinenden „Grenz-Echos". Das ging jedoch nach dem Kriege ein, und die „Fliegende Taube" nahm bewußt für das Deutschtum Stellung. Die Zeitung wurde sehr stark von einem Verwandten des Verlegers, einem Redemptoristenpater, Edmund Willems, beeinflußt, der seinerseits in engster Beziehung zu Professor Bischoff stand. Fortlaufend berichtete die „Fliegende Taube" von den Veranstaltungen, Leistungen und Fortschritten des Bundes Der Deutsch-Belgier. Fast regelmäßig brachte sie Aufsätze und Leitartikel, in denen sie für die Erhaltung der deutschen Kultur und Sprache scharf gegen den belgischen Chauvinismus Stellung nahm. Ein Beispiel dafür sei ein Aufsatz der am 3. 5. 1933 erschien.

„Zur Sprachenfrage.

Es steht nun einmal fest in den Köpfen der Grenzbewohner, daß es für ihre Kinder notwendig ist, Französisch zu lernen.

Erstens weil die Kenntnis einer zweiten Sprache den Menschen mehr zum Menschen macht. Man ist soviel mal Mensch, sagt das Sprichwort, als man Sprachen spricht.

Zweitens weil unsere deutschsprechenden Menschen, die an der Sprachscheide wohnen, in ständigem Verkehr mit ihren wallonischen Nachbarn in Familien oder Handesbeziehungen kommen.

Drittens weil unsere deutschsprechenden Kinder, wenn sie zwei Sprachen sprechen, Anspruch erheben können auf manche Beziehungen.

Von diesem Blickpunkte aus befinden sich unsere Landsleute in einer bevorzugten Stellung, da sie leicht günstige Gelegenheit finden, Deutsch und Französisch zu lernen.

Unbegreiflich ist es deshalb, daß unsere Landsleute von diesen günstigen Verhältnissen keinen Gebrauch machen, um ihren Kindern die beiden Sprachen beizubringen.

Es steht also fest, daß unsere Kinder gut daran tun, Französisch zu lernen. Jedoch müssen sie zuerst Deutsch kennen und folglich gründlich deutsch lernen.

Warum? Weil die Zeiten sich geändert haben. Früher war es in unserm Land so, daß man mit dem Deutschen nicht zurechtkam, das Französische war notwendig, um seinen Weg zu machen. Und manche haben noch diese rückständige Meinung ; ; ; ; Wollen wir Deutschsprechenden nicht hinten anstehen in unserem eigenen Vaterlande, dann müssen wir in erster Linie Deutsch lernen.

Es gibt noch einen besonderen Grund, weswegen wir in erster Linie Deutsch lernen müssen. Wollen wir, daß unsere Kinder gut Französisch lernen, dann müssen sie zuerst und vor allen Dingen ihre Muttersprache gründlich lernen.

Es ist ausgemacht, daß um eine zweite Sprache ordentlich zu lernen, man an erster Stelle seine Muttersprache gründlich kennen muß. Auf die Muttersprache baut man die zweite Sprache oder die dritte auf, wie man ein Haus auf Grundmauern aufbaut. Französisch lernen zu wollen, ohne seine Muttersprache gründlich erlernt zu haben, heißt soviel als ein Haus ohne Unterlagen bauen. Die tägliche Erfahrung ist da, dieses zu bekräftigen. Sieh die elenden Ergebnisse der totalen Französierung der Schulen in Aubel, Homburg und Kapell und anderen Orten, wo viele Kinder die Schule verlassen ohne weder Französisch noch Deutsch ordentlich lesen noch schreiben zu können. Vor zwanzig bis dreißig Jahren brauchten unsere Kinder nicht nach Aubel, Visé oder Warsage zu gehen, um Französisch zu lernen. Sie lernten es in der Schule am Orte selbst. Aber die Kinder lernten Französisch zur passenden Zeit, nachdem sie ihre Muttersprache gelernt hatten, das Deutsche. Bleibende Zeugen hiervon sind diejenigen, die als Schullehrer einen Franssen, Poussard, Kevers, Hoebanx gehabt haben."

Nach 1933 ist in der Haltung des Blattes eine Wandlung eingetreten insofern, als es nicht mehr deutschfreundlich über die Vorgänge im Deutschen

Reich berichtet. Seine Haltung ist vom politischen Katholizismus und von den belgischen katholischen Kreisen, besonders der „Union" beeinflußt. Es sind da Schwankungen und Spannungen eingetreten, über die noch später zu sprechen sein wird.

### Das Grenzecho und Kelmiser Nachrichten.

Bis 1870 war die „Fliegende Taube" die einzige deutschsprachige Zeitung auf belgischem Boden. Ihre Bedeutung hat auch keine andere erreicht. Da erschien plötzlich in Welkenraedt ein neues Blatt, das durch sein Riesenformat auch heute noch Aufsehen erregen würde. Es war dies das Blatt des Welkenraedter Dorforiginals Fritz Koenigs. Das „Grenzecho". Koenigs war Buchdrucker und hatte als solcher auf dem Dorfe von 3000 Einwohnern nicht besonders gute Einnahmen. Seine häufigen Fahrten nach Lüttich und Brüssel hatten ihn wahrscheinlich auf den Gedanken gebracht, eine Zeitung zu drucken, mehr oder weniger, um seiner Druckerei Beschäftigung zu verschaffen. Er brachte dann auch ein Blatt heraus, das er zweimal wöchentlich im Format 52 mal 68 cm sechsspaltig erscheinen ließ. Fritz Koenigs holte eigenhändig am Abendzuge in Herbesthal seine Brüsseler und Lütticher Zeitungen ab und übersetzte getreulich alles, was ihm reizvoll genug für seine ländlichen Leser schien. Selbst den Roman übersetzte er aus einem Unterhaltungshefte. Das alles druckte er dann auf die erste, höchstens noch halbe zweite Seite ab. Der Rest der vierseitigen Zeitung wurde dann durch die zahlreichen Anzeigen ausgefüllt, deren Raum er den Inserenten sehr billig überließ. Er brachte es auf diese Art auf knappe 3000 Bezieher (1906). Was den Erfolg dieser Zeitung ausgemacht hat, läßt sich heute nur noch schwer feststellen. Wahrscheinlich waren es die politischen Nachrichten, die er einfach aus den Brüsseler und Lütticher Zeitungen übernahm, die aber gerade in dieser Zeit, in der die politische Teilnahme auch der Landbevölkerung jener Gegend zu erwachen begann, größere Aufmerksamkeit fanden. Ende der achtziger und in den neunziger Jahren liebte er es auch, sozialpolitische Nachrichten und Fragen zu übernehmen. Auch dafür bestand schon stärkere Anteilnahme. Es ist nicht ganz unwahrscheinlich, daß auch das große Foramt auf dem papierhungrigen Lande manche Bauersfrau anlockte. Wie dem auch sei, Professor Bischoff beobachtete den Weg dieses Riesenkindes, erkannte in seiner verhältnismäßig weiten Verbreitung eine Möglichkeit, auf die Bewohner Welkenraedts und seiner Umgebung im Sinne einer die deutschen kulturellen Belange vertretenden Haltung einzuwirken. Er bestimmte eine Zeitlang die Richtung des Blattes, in ihm veröffentlichte er die ersten Aufsätze über die Rechte und Forderungen der deutschsprachigen Belgier. Für das Blatt war die Folge davon, daß ein Teil der alten Kunden ging, aber neue hinzukamen. Koenigs wollte aber beide haben, die alten und die neuen. Er ließ deshalb sein Grenzecho so, wie Professor Bischoff es gemacht hatte, und gab in Neutral-Moresnet ein neues Blatt heraus, das er unter dem Titel „Kelmiser Nachrichten" erscheinen ließ. Es hatte dasselbe Format, einen Teil der Nachrichten und vor allem sämtliche Anzeigen des Grenzechos. Wenn diese Zeitungen auch keinen besonderen

Wert hatten, außer der Mitarbeit Professor Bischoffs, so war doch allein die Tatsache, daß überhaupt eine deutschsprachige Zeitung erschien, nicht ohne besondere Bedeutung.

Sie sind beide 1916 durch die Wirren des Krieges eingegangen.

### „Das freie Wort" und die „Moresneter Nachrichten".

In Welkenraedt selbst erwuchs Fritz Koenigs ein starker Wettbewerb. Es war dies der Druckereibesitzer W. Waldeyer aus Welkenraedt-Herbesthal, derselbe, der auch die ersten 10 Nummern der Bürgerzeitung für Jak. Reip in Eupen druckte. Er gründete 1911 im August eine Zeitung, die er „Das freie Wort" nannte. Sie erschien Mittwochs und Samstags im Format 47 mal 58 cm vierspaltig. Die Haltung war bewußt katholisch und belgienfreundlich. Er bringt fast nur Nachrichten aus Belgien und untersteht ganz dem Einfluß der katholischen Partei. Nachrichten aus Deutschland stehen unter den übrigen Auslandsnachrichten. Auch er hat viele Anzeigen. Durchschnittlich von 4 Seiten sind 2 Seiten Anzeigen. Ab und zu sogar bringt er kleine Beilagen im Format 45 mal 35 cm für Anzeigen heraus. Auf der ersten Seite stehen dann entweder parteipolitische Aufrufe (Wahlen) oder anekdotenartige kleine Notizen aus aller Welt. Alle 14 Tage legte er dann eine Sonntagsbeilage im Format 29 mal 21 bei, die mit ihren Bildern für seine Zeitung werben sollte.

Ab 1. Januar 1913 gab er dieselbe Zeitung in Moresnet unter dem Titel „Moresneter Nachrichten" als Kopfblatt heraus. Er führte da noch den Untertitel: „Allgemeines Publikationsorgan mit der illustrierten Beilage Sonntagsblumen". Auch Waldeyers Zeitungen gingen während des Krieges ein.

Genauer mag die Bezugseinladung in einer Nummer (6. Juni 1914) die „Moresneter Nachrichten" kennzeichnen:

„B e z u g s e i n l a d u n g ! Die belgischen Kammerwahlen sind vorüber. Eine Verschiebung zu Gunsten einer Partei liegt nicht vor. Die Katholiken haben ihren Besitzstand so ziemlich aufrecht erhalten, trotzdem jubelt das Zentralorgan der deutschen Sozialisten der „Vorwärts" von einem charakteristischen Zug nach links. Das Resultat bedeute eine Niederlage der Klerikalen und einen Sieg der Wahlreform. Wir wollen nicht weiter auf das Geschreibsel des sozialistischen Blattes eingehen, da unsere Freunde bereits von dem Gegenteil unterrichtet sind. Wir wollen heute nur einmal untersuchen, woher die Sozialdemokratie, sowohl die inländische wie die internationale ihre Macht und Stärke nimmt.

Neben einer kolossalen Verhetzung der Massen, sowie einer unglaublichen Lüge und Verdrehung ist es vor allen Dingen die sozialistische Presse, welche zu den Erfolgen beigetragen hat. Angesichts einer solchen Tatsache muß es für uns Katholiken eine Ehrenpflicht sein, an der Verbreitung der katholischen Presse mitzuarbeiten. In erster Linie kommt es darauf an, daß man selbst Abonnent eines Parteiorgans ist. Aber nicht nur selbst Abonnent soll man sein, nein auch Werber und Kämpfer für eine gerechte Sache. Leider sieht man noch häufig in gut katholischen Familien Blätter aufliegen vom Schlage der Generalanzeigerpresse. Es ist dies eine farblose Presse, die sich

angeblich neutral hält und mit allen liebäugeln möchte. Die farblose Presse ist indessen nicht neutral, sondern unser schlimmster Feind, sie regt zur Lauheit an und trägt das schleichende Gift der Gleichgültigkeit in unsere Reihen. Deshalb weg mit der farblosen Presse. Welches ist dann die Presse, welche allein für uns Katholiken in Frage kommen kann? Es sind die „Moresneter Nachrichten". Nur diese allein kann in Frage kommen, da nur diese allein deine Interessen nach jeder Richtung vertritt. Wir laden daher zu einem Abonnement freundlich ein. Die „Moresneter Nachrichten" erscheinen wöchentlich zweimal und zwar Mittwochs und Samstags und kosten pro Quartal Fr. 1,25.

Unsere Zeitung enthält reichhaltige und spannende Feulletons aus Federn erster Autoren. Ausgedehnte Lokalnachrichten. Außerdem erscheint mit der Sonntagsnummer die illustrierte Gratisbeilage „Sonntagsblumen". Als Insertionsorgan ist dieselbe sehr beliebt und haben Inserate wegen der großen Verbreitung beste Wirkung.

Die Redaktion und Verlag."

**Die Grenz-Zeitung.**

Das Neutrale Gebiet Moresnets brachte eine recht eigenartige und man könnte fast sagen einzig darstehende Zeitung hervor. Die „Grenz-Zeitung". Nach dem Siebziger Krieg war es etwas bekannter geworden, daß in der Ecke zwischen Preußen, Holland und Belgien ein 3,5 qkm großes Ländchen liege, das eigentlich gar keinem gehöre. Dessen Bewohner keine Steuern zahlten und das eine Selbstverwaltung habe, allerdings unter der Aufsicht eines preußischen Landrats und eines belgischen Kommissars. Da es dazu noch ein immer bekannter werdender Gnadenort war, wurde es stärker von Fremden besucht. Die Einwohner, meist Arbeiter bei der belgischen Bergwerksgesellschaft und wenige Gewerbetreibende und Bauern, nutzten das aus und suchten nun auch ihrerseits die Fremden, besonders die aus Deutschland, anzulocken. Der Bürgermeister J. Kohl ließ eigene Freimarken drucken, die aber vom Weltpostverein nicht anerkannt wurden, und ein Carl Thumm brachte eine eigene Zeitung für Kelmis heraus. Die Grenzzeitung nannte sich „Wochenschrift für Neutral-Moresnet (Kelmis) und Umgegend". Die verantwortliche Redaktion, den Druck und Verlag besorgte Carl Thumm, Neutral-Moresnet. Sie kostete für Kelmis pro Quartal 1. Fr. oder 8 Silbergroschen, Belgien und Preußen 1. Fr. 13 Cts. oder 9 Silbergroschen, durch die Post 11 Silbergroschen.

Sie erschien im Format 25 mal 40 cm. mit drei Spalten und 4 Seiten. Auf der ersten Seite brachte er einen „Wochenbericht", den er mit souveräner Hand von der Warte eines überstaatich neutralen Gebietes schrieb. Nicht genug kann Carl Thumm immer wieder betonen, daß man in Kelmis in einem neutralen Lande lebe. Er mißt den kleinsten Vorkommnissen größte Bedeutung bei, wenn sie nur irgendetwas mit Kelmis zu tun haben. Für große politische Dinge hat er kaum einen Blick. Der Wochenbericht füllt meistens eine knappe Spalte, wobei die Hälfte mindestens im Lexikontone geschichtliche oder geographische Aufklärung ist. Dann folgen Anekdoten aus aller

Welt, mit Vorliebe aber solche über die kleinen Fehler der Nachbarn Preußen und Belgien. Die Holländer dagegen machen alles recht und sind ein Mustervolk. Auf drei Seiten hat er unter dem Strich einen Roman, dann folgen anderthalb Seiten „Amtliche Bekanntmachungen", die in einem grotesken ausführlichen Stile wie Gesetze abgefaßt sind. Dazwischen verstreut sind wenige Anzeigen. Über die Auflage des Blattes ließ sich nichts Bestimmtes feststellen, ebenso nicht über die Zeit seines Endes. Gegründet wurde es am 1. Januar 1872, am 12. August 1876 erschien noch eine Nummer, im November war es schon eingegangen.

## V. DIE PRESSE EUPEN-MALMEDYS IN DER ZEIT DER BELGISCHEN VERWALTUNG

### Allgemeines.

Als nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges die deutschen Truppen zurückkehrten, wurden sie von den Bewohnern der Kreise Eupen und Malmedy mit derselben wehmütigen Trauer und stillen Freude empfangen wie im übrigen Rheinland, und das Los der Besatzung wurde ebenso in bitterem Trotz ertragen wie in Aachen und Köln. Die Franzosen besetzten den Kreis Eupen und die Engländer ließen sich in Malmedy nieder.

Da tauchte plötzlich ein Gerücht auf, daß im Namen der Bevölkerung der Kreise Eupen und Malmedy eine Bittschrift an den König der Belgier gerichtet worden sei des Inhalts, die Bevölkerung der Kreise habe den Wunsch, „sich wieder im belgischen Staatsverband eingereiht zu sehen." Niemand konnte das glauben. Die Empörung des Volkes war ungeheuer, man dachte an eine belgische Unterschiebung. Aber bald stellte sich die Wahrheit heraus. In der „Denkschrift Baltia" findet man wie auch im Archiv für Politik, Berlin 1927, Heft 2 näheren Aufschluß:

In der „Denkschrift Baltia" heißt es: „Der Waffenstillstand rief eine gewisse Bewegung in den Kantonen (Eupen Malmedy) hervor. Es genügt hier, an die vom wallonischen Verein in Malmedy (Club Wallon) an den König der Belgier gerichteten Gesuche, an die der Friedenskonferenz unterbreitete Eingabe des Gemeinderates von Malmedy zu erinnern." (pag. 7).

Im Archiv für Politik heißt es unter anderem: „In Malmedy sei von einem Gesuch des wallonischen Vereins nichts bekannt. Dieser Club Wallon, der während des Krieges eingeschlafen war, wird vielleicht das eine oder andere Mitglied besessen haben, das sich mit einer privaten Schrift an irgendeine belgische Stelle wandte. Jedenfalls war es eine Eingabe ohne irgendwelche Bedeutung."

Die Einverleibung der Kreise war eine längst beschlossene Sache. Belgien reizte der reiche Wald und Holzvorrat, und strategische Gründe verlangten die neue Grenze. So hielt denn am 4. August 1919 der Oberkommandierende der belgischen Besatzungstruppen seinen Einzug in Malmedy und begann seine Rede wie folgt:

„ Meine Herren!

Nach Beendigung eines langen und unerbittlichen Krieges, durch welchen es beinahe zugrunde gerichtet worden wäre, sieht Belgien nunmehr mit großer Freude Landesteile, welche ihm vor mehr als einem Jahrhundert entrissen wurden, an das Mutterland zurückkehren.

Unter diesen befindet sich der Kreis Malmedy, dessen Einwohnern ich heute einen brüderlichen Gruß entbiete. Der Festtag, den wir heute begehen, ist der freudenvollen Rückkehr zum Vaterlande gewidmet.

Kurz nach der soeben erwähnten, durch nichts berechtigten Trennung erhielt das endlich unabhängig gewordene Belgien seine Verfassung, welche stets als eine der liberalsten der ganzen Welt anerkannt worden ist.

Unsere Konstitution stützt sich auf zwei Hauptprinzipien:

1. Die Gleichheit der Bürger, nach welcher alle Belgier vor dem Gesetze gleich sind;

2. die staatsbürgerlichen Grundfreiheiten, ohne welche die Untertanen eines wirklich freien Landes nicht leben können. Es sind dies: die Vereinigungs-, Religions-, Presse- und Unterrichtsfreiheiten . . . . Sie können sich daher mit vollem Vertrauen an die Vertreter wenden, welche meine Regierung Ihnen entsandt hat und noch entsenden wird. Letztere werden bemüht sein, stufenweise und auf rein sachlichem Wege die gesetzmäßige Herrschaft sicherzustellen, welche in Belgien vom Volke ausströmt und somit jegliche Willkür ausschließt . . . ."

Ein Gesetz vom 15. September 1919 nahm schon vor der Ratifikation des Friedensvertrages Besitz von Eupen-Malmedy. Die Gebiete sollten nicht sofort in die belgische Verwaltung übernommen werden, sondern eine längere Übergangszeit sollte den Bewohnern den Schritt ins neue Vaterland erleichtern. Eupen-Malmedy sollten in dieser Zeit zu einem besonderen Verwaltungsbezirk vereint werden, der einem eigenen Gouverneur unterstehen sollte. Für diesen Posten fand man den geeigneten Mann in der Person des Kommandeurs der 9. Division, Generalleutnant Baltia. Ihm zur Seite stand für jede Abteilung (Finanz, Schule, Justiz usw.) ein Hoher Rat, der durch einen Direktor, der den Titel Rat führte, geleitet wurde. Am 10. Januar 1920 besetzte Baltia mit seinem Stabe das Landratsamt in Malmedy, und damit begann die unglückliche Zeit seiner Diktatur. Der Artikel 34 des Versailler Vertrages bestimmte:

„Deutschland verzichtet außerdem zu Gunsten Belgiens auf alle Rechte und Ansprüche auf das gesamte Gebiet der Kreise Eupen und Malmedy. Während 6 Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages werden von der belgischen Behörde in Eupen und Malmedy Listen ausgelegt; die Bewohner sind berechtigt darin schriftlich den Wunsch auszudrücken, daß diese Gebiete ganz oder teilweise unter deutscher Souveränität bleiben. Es ist Sache der belgischen Regierung, das Ergebnis dieser Äußerung zur Kenntnis des Völkerbundes zu bringen, dessen Entscheidung Belgien anzunehmen sich verpflichtet."

Am 11. Januar erfolgte ein Erlaß Baltias, das den Beginn der Abstimmung ankündigte und am 26. Januar erfolgte die Verkündung der Abstimmungsbestimmungen.

Im Artikel 2. dieser Abstimmungsbestimmungen hieß es:

„Register werden auf den Destriktskommissariaten in Eupen und Malmedy von 9—12 Uhr vormittags und von 14—16 Uhr nachmittags offenliegen . . . ."

Die Listen lagen aber nicht in den angegebenen Stunden auf, sondern nur etwa eine Stunde um die Mittagszeit, sodaß die Bewohner, die von weither zum Teil gekommen waren, oft nicht Gelegenheit fanden, sich einzutragen. War aber glücklich jemand in die Räume eingedrungen, dann wurde er dort sehr lange mit Erklärungen und Zurechtweisungen aufgehalten, sodaß sich nur wenige Leute eintragen konnten. Die Bevölkerung schlug deshalb einen anderen Weg ein, um ihren Protest kund zu tun: sie stimmte überhaupt nicht ab. Von den

19 751 Stimmberechtigten des Kreises Malmedy trugen sich ein 64 Personen.

Von den

13 975 Stimmberechtigten des Kreises Eupen trugen sich 207 Personen ein, darunter waren 121 Beamte.

Am 23. Juni 1920 wurden die Register geschlossen und am 20. September wurde durch den Völkerbund Eupen-Malmedy endgültig angegliedert. Die Bevölkerung versuchte sich in Proteststreiken zu wehren. Aber die Fabriken in Eupen und Malmedy wurden mit Waffengewalt offen gehalten. Das deutsche Geld wurde als wertlos erklärt, obschon noch kein belgisches in Umlauf gebracht wurde. Verhaftungen und Ausweisungen waren an der Tagesordnung. 435 Deutsche wurden in dieser Zeit gezwungen, das Land zu verlassen. Belgische Provokateure mit gefälschten Pässen horchten die Bewohner aus oder suchten sie zu unvorsichtigen Äußerungen zu verleiten, worauf dann bald eine Strafe, wenn nicht gar die Ausweisung drohte. Unter dem Vorsitze Bertrands wurde dem Gouvernement Baltias eine Propagandastelle angegliedert, die sich zuerst darauf beschränkte, die Bewohner in allen Fragen amtlicher Art (Paßfragen, Steuerfragen usw.) zu beraten. Bald aber erschienen auch Flugblätter und Broschüren des unglaublichsten Inhalts, um sie glaubhafter zu machen stand oft auf dem Titelblatt: „von einem Deutschen". Die Bevölkerung verhielt sich aber diesen Schriften gegenüber gefühlssicher sehr abgeneigt. Bald erschien auch eine Zeitung die „Warche" genannt nach einem kleinen Vennflüßchen. Sie wurde in Verviers gedruckt, da sich in den Kreisen kein Drucker bereit fand, sie herzustellen. Sie hing sich zu Beginn den Deckmantel einer rein wallonischen Vorkämpferin um, der es nur darum zu tun sein, das Wallonentum zu erhalten. Aber bald ließ sie diese Tarnung fallen. Gegen Mitte und Ende der Abstimmungsperiode trug sie auf ihrem Kopf den Satz „Boches, votez pour votre Vaterland." Feste Abonnenten hatte sie nur unter der jetzt langsam eindringenden altbelgischen Beamtenschaft. Sie wurde bis Ende 1925 in viele Häuser umsonst hineingeschickt, dann ging sie, weil die Unterstützung des Gouvernements aussetzte, ein. Sie fand dann aber bald eine Nachfolgerin im „Grenz-Echo", von dem noch zu berichten sein wird.

In dieser Zeit des Durcheinanders ist es zu bewundern, daß sich Männer fanden, die den Kampf nicht verloren gaben, sondern zielbewußt und plan-

mäßig den Kampf aufnahmen, um zu retten was zu retten war, vorläufig und um dann in Zeiten größerer Ruhe wieder aufbauen zu können.

## Der Landbote.

Im Herbst 1920 wurde in verschiedenen großen Versammlungen, die in Malmedy selbst und in größeren Ortschaften des Kreises Malmedy stattfanden, der „Landwirtschaftliche Verband des Kreises Malmedy" gegründet. Außer rein wirtschaftlichen Fragen der Erzeugung und besonders bezüglich des jetzt nach Deutschland hin abgeschnittenen Absatzes, stellte sich der Verband auch kulturelle Aufgaben, die Erhaltung der deutschen Art und Sprache. Es war eine Art getarnter Gegenmaßnahme gegen die Diktatur Baltias. Die Schneidersche Zeitung wurde eingestellt und innerhalb des Landwirtschaftlichen Verbandes entstand eine Malmedyer Verlagsgesellschaft, der der Bürgermeister, ein Rechtsanwalt, Schneider und bald auch Josef Dehottay angehörten. Diese Malmedyer Verlagsgesellschaft brachte bald als Pflichtorgan für alle Mitglieder des Landwirtschaftlichen Verbandes eine Zeitung heraus, den „Landboten". Die Auflage betrug infolge dieser Maßnahme (Pflichtorgan) gleich 3000 Stück. Sie erschien 2 mal wöchentlich im Format 500 mal 320 mm. Ihre Stellungnahme im Beginn ihres Erscheinens konnte wegen Baltias Gewaltherrschaft natürlich nicht offen gegen Belgien oder auch nur gegen Maßnahmen des Gouvernements Stellung nehmen. Sie mußte sich ebenso vorsichtig und zurückhaltend verhalten wie die übrigen Zeitungen auch. Ein Federstrich des allmächtigen Gouverneurs genügte auch im Lande, dessen Verfassung „als eine der liberalsten der ganzen Welt anerkannt worden ist", um eine unbeliebte Zeitung verschwinden zu lassen. Und doch gelang es dem Landboten unter der klugen und zielbewußten Führung seines Verlegers, Josef Dehottay und seines Schriftleiters Fritz Breyre, die Heimatpresse in ihrer Haltung zu einen und sie geschlossen zu führen. Ein Beispiel dafür ist das geschlossene Eintreten am 15. November 1924, als Baltia die „Malmedy-St. Vither Volkszeitung" auf 14 Tage verbot. Die sämtlichen übrigen Zeitungen Malmedys wie Eupens einschließlich der „La Semaine", erklärten einen einstimmigen Protest und drohten ebenfalls ihr Erscheinen auch einstellen zu wollen, wenn das Verbot über die Malmedy-St. Vither Volkszeitung nicht aufgehoben würde. Baltia mußte nachgeben, das Verbot wurde, nachdem es drei Tage bestanden hatte, wieder aufgehoben.

Josef Dehottay stammte aus einem kleinen Dörfchen in unmittelbarer Nähe Malmedys. Während des Krieges übernahm er eine Postagenturstelle auf dem Lande. Sein Wissen, das weit über das Wissen eines Malmedyer Bauern hinausragte, hatte er durch fleißiges Selbststudium erworben. Er wurde Gemeindeschreiber in seinem Heimatorte und kam als solcher bald mit der lokalen Politik in Berührung. Der landwirtschaftliche Verband und die Malmedyer Verlagsgesellschaft gaben ihm dann nach dem Kriege im „Landboten" die Gelegenheit, sein Können und Wissen in den Dienst an der Heimat zu stellen.

Fritz Breyre war ursprünglich Bürovorsteher bei einem Rechtsanwalt. Hier eignete er sich juristische Kenntnisse und die Fähigkeit, seine Gedanken

in klarer und geschliffener Form auszudrücken so an, daß er, der wegen seiner kleinen buckligen Figur nicht an die Front brauchte, nicht nur während des Weltkrieges den Rechtsanwalt vertrat, sondern auch noch selbst bei Versammlungen privater und politischer Art das Wort ergriff. Er war es dann auch, der im „Landboten" die journalistisch ausgefeilten und juristisch so einwandfreien und klaren und nirgendwo einen Angriffspunkt bietenden Leitartikel schrieb. Er war den Belgiern ein Dorn im Auge. Mit allen Mitteln suchte man ihn zu beseitigen. Als alles nichts half, konstruierte man gegen ihn eine Anklage wegen Sittlichkeitsverbrechen. Dehottay erfuhr aber rechtzeitig von dem Plan und schaffte Breyre nachts mit einem Kraftwagen über die Grenze. In Deutschland verschaffte er ihm dann eine Stelle als Verwalter des Gerolsteiner Schloßbrunnens, den Dehottay vor kurzer Zeit gekauft hatte. Das war 1928. Der in Bonn Rechtswissenschaft studierende Sohn Josef Dehottays, Josef Dehottay, übernahm dann die Schriftleitung in den weiteren Jahren des Kampfes. Beiträge lieferten Dehottay selber, dann der Pressereferent des Heimatbundes, Josef Kriescher aus Moresnet (früher Büroangestellter in Aachen), Kriescher, der später Abgeordneter im Provinzialrat in Lüttich wurde, schrieb hauptsächlich über die Innenpolitik. Breyre lieferte weiterhin aus Gerolstein außenpolitische Beiträge. 1930 übernahm der Sohn Dehottays die Zügel ganz in der Hand, und Dehottay widmete sich ganz dem Verlag, der auch bald seine ganze Kraft beanspruchte. Am 31. Dezember 1927 war bereits der erste Schlag gegen den „Landboten" geführt worden. Es war in Belgien kaum üblich gewesen, daß eine Zeitung Eigentum einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung war. An diesem Tage nun wurde in Belgien jede G.m.b.H. aufgelöst. Dehottay entschloß sich noch in der gleichen Nacht nach einer kurzen Besprechung mit dem Bürgermeister und dem Rechtsanwalt (Schneider war aus persönlichen Gründen schon 1923 ausgetreten), den Verlag und den Druck auf seinen Namen zu übernehmen. Am 29. März 1928 wurde sie dann auch rechtlich sein persönliches Eigentum.

In der Zeit Baltias schon hatte (1925) der „Landbote" Sätze geprägt wie: „Genug Altbelgier schämen sich, daß man in der bekannten Weise die Leute gefragt hat, und sie wünschen, daß dieses besudelte Blatt der belgischen Geschichte durch eine korrekte zweite Abstimmung wieder gereinigt wird. Schlechte Schulverhältnisse, Erdrosselung der Wirtschaft, Erbitterung des Alltags lassen das Verlangen nach der Rückkehr nach Deutschland nur noch stärker hervortreten. Die Abstimmung ist von unserer Diktaturregierung unterschlagen worden."

Nach dem Ende der Diktatur Baltias aber wurde der Ton schärfer und schärfer. Unter Baltias Einfluß standen noch die ersten Wahlen, zu denen die Eupen-Malmedyer zugelassen wurden. Am 5. 4. 1925 wurde die Kammer gewählt, am 8. 4. 1925 der Provinzialrat in Lüttich. Baltias Regime fand am 1. Juni 1925 sein Ende. Baltia stellte sich selbst noch auf die Liste für die Provinzialratswahl, er erhielt auch eine Stimme.

Am 10. 10. 1926 wurden dann die 30 Gemeinderäte gewählt.

Eine Wahlpropaganda durften die Zeitungen zu den Kammer und Provinzialratswahlen nicht machen. Es sei denn im probelgischen Sinne. Der

Ausfall der Wahlen ist deshalb noch nicht so, wie es sich die Heimattreuen eigentlich gewünscht hätten, wenn sie auch in stillschweigendem Vereinbaren in der „Mundpropaganda" aufforderten, überhaupt nicht zu wählen, sondern einen weißen Zettel in die Wahlurne zu werfen, so stand dem gegenüber ein Aufruf des Bischofs von Lüttich, der die Katholiken aufforderte, die katholische Partei zu wählen.

Der Ausfall der Wahl sah so aus:

7978 katholisch,
3026 sozialdemokratisch,
946 liberal,
105 neutral (nur in Eupen),
3339 weiß, davon 1271 in Eupen, 953 in St. Vith und 1115 in Malmedy.

Nach Kreisen getrennt sieht das Ergebnis so aus:

| | kath. | soz. | lib. | neutr. | weiß |
|---|---|---|---|---|---|
| Eupen: | 3117 | 1484 | 244 | 105 | 1271 |
| Malmedy u. St. Vith: | 4861 | 1542 | 702 | — | 2068 |
| Neubelgien: | 7978 | 3026 | 946 | 105 | 3339 |

Diese Zahlen sollen nur zeigen, wie sich in dem Ausfall der späteren Wahlen die Arbeit der Presse bemerkbar macht.

Der „Landbote" zeichnete sich durch seine besonders scharfe und zielbewußte Haltung aus. Bei den nächsten Wahlen griff er ganz entschieden ein. Darauf soll im Einzelnen in einem anderen Kapitel eingegangen werden. Die Folge davon war, daß von belgischer Seite eine scharfe Gegenpropaganda einsetzte. Die Ausnahmegesetze Baltias bestanden nicht mehr, und das belgische Pressegesetz bot keine Möglichkeit, gegen die mißliebige Zeitung vorzugehen. Jetzt setzte ein wirtschaftlicher Druck ein. Beauftragte der belgischen Richtung in Malmedy selbst beobachteten aufmerksam den Anzeigenteil, und wehe dann der altbelgischen Firma, die es gewagt hatte, im „Landboten" Anzeigen aufzugeben. Sie wurde nicht nur in Eupen-Malmedy, sondern auch in Altbelgien bei Aufträgen nicht berücksichtigt. Aufrufe, besonders der kath. Union, forderten die Bevölkerung dazu auf. Aber auch eingesessene Eupen-Malmedyer Geschäfte konnten sich nur schwer dem Einfluß dieser Beobachtung entziehen. Malmedy mit seiner großen Leder- und Papierindustrie war stark auf Ausfuhr nach Altbelgien angewiesen. Und eine große Anzahl kleinerer Geschäftsleute stand wieder in Abhängigkeit von dieser Industrie. Anzeigenaufträge blieben immer mehr und mehr aus. Die Einnahme durch Anzeigen im Jahre 1929 betrug 190 000 Franken. Sie sank auf rund 50 000 Franken im Jahre 1936. Der Bezugspreis konnte die Zeitung nicht halten. Er betrug durch die Post jährlich 37,50 Franken. Die Verbandsmitglieder des „Landwirtschaftlichen Verbandes des Kreises Malmedy", und das waren ¾ der Bezieher, genossen dazu eine Ermäßigung um ⅓, zahlten also jährlich 25 Franken, davon wurden 5 Franken an die Post abgeliefert, blieben also 20 Franken jährlich, das sind nach deutscher Währung nicht einmal 2 Mark.

Einen weiteren Druck übte der belgische Boerenbond aus, eine landwirtschaftliche altbelgische Genossenschaft. Der „Landbote" führte ein landwirtschaftliches Fachblatt mit, der „Bauer" genannt, das vom „Belgischen Boerenbond" herausgegeben wurde. Dieses Blatt wurde im Verlag des „Landboten" gedruckt. Es war ein Pflichtblatt für die Mitglieder des „Landwirtschaftlichen Verbandes des Kreises Eupen", nachdem sich dieser auf Druck Baltias der Dachorganisation der belgischen Bauernverbände, dem „Belgischen Boerenbond" anschließen mußte (Das Blatt „Der Bauer" erschien im Format 25 mal 37 cm und war vollkommen unpolitisch.) Als nun der „Landbote" aus seiner wahren Gesinnung nach dem Abtritt Baltias keinen Hehl mehr machte, übte der belgische Minister Poullet einen solchen Druck auf den Boerenbond aus, daß er seinen „Bauer" ab 1. Juli 1926 in der Druckerei der „Fliegenden Taube" in Aubel drucken ließ. Die damals geplante technische Vergrößerung des „Landboten" mußte wegen dieses Ausfalls unterlassen werden.

Heute erscheint der „Bauer" wöchentlich einmal bei H. Braun in Eupen. Die Schriftleitung sitzt in Herbesthal, seine Haltung ist vollkommen unpolitisch. Außer ein wenig Unterhaltung bringt er nur Fachschrifttum.

Den dritten Schlag, zu dem die Belgier ausholten, wußten sie zeitlich so klug zu führen, daß dem „Landboten" im Frühjahr 1936 seine wohlvorbereitete Wahlpropaganda zu den neuen Wahlen fast unmöglich gemacht wurde. Eisenbahn und Post verhängten ein Beförderungsverbot über den „Landboten". Sie selbst und die genehmigten Kraftwagenlinien durften ihn nicht mehr befördern. Ohne Rücksicht auf die Kosten unternahm Dehottay zuerst den Versuch einen Privatzustelldienst aufzubauen. Aber das war fast unmöglich. Die ungünstige Lage der vereinzelten Dörfer und die Vielzahl der einsamen Einzelhöfe ließen diesen Plan scheitern. Ebenso brachte der Gedanke, die Zeitung durch die Milchwagen des Landwirtschaftlichen Verbandes befördern zu lassen nicht den erwarteten Erfolg, Unregelmäßigkeiten in der Zustellung einerseits und ein Verbot des Boerenbondes andererseits brachten auch diesem Vorhaben ein Ende.

Dazu kam von deutscher Seite der letzte Schlag gegen den „Landboten". Am 5. 12. 1936 erschien eine neue völlig unpolitische deutschsprachige Bauernzeitung: „Die Rundschau". Sie tat dem „Landboten" und manchen anderen Zeitungen einen gewaltigen Abbruch. Sie war das landwirtschaftliche Pflichtorgan für die Mitglieder des Landwirtschaftlichen Verbandes des Kreises Malmedy. Sie erschien einmal wöchentlich im Berliner Format. Sie nennt sich bis heute: „Die Rundschau, Organ des Landwirtschaftlichen Verbandes des Kreises Malmedy und der 63 Lokalvereine, der landwirtschaftlichen Verbandszentralkasse und der angeschlossenen 29 Genossenschaftskassen, der An- und Verkaufsvereinigung, der landw. Verbandsmolkerei Büllinger mit den angeschlossenen Rahmstationen. — Der Genossenschaftsmolkereien, der Landwirtschaftsschule, der Gesellschaft ohne Erwerbszweck, des Vereins ehemaliger Landwirtschaftsschüler, des Pferdezuchtvereins, der Geflügelzüchter usw." Sie trägt als Leitsatz den Spruch:

„Du bist mit Deinem Stand unlösbar verbunden.
Dies soll Dein Stolz und eine Mahnung sein:

Hier gibts kein Abseitsgehen und kein Stehen,
Dein Schutz gebietet es:
Herein in unsere Reihen."

„Die Rundschau" erscheint seit 1937 zweimal wöchentlich mit ungefähr 3000 Stück bei Tilgenkamp im Verlag der „Eupener Zeitung". Sie brachte in ihrer ersten Nummer am 11. 10. 1936 folgenden Leitspruch, der ihr Programm bis heute geblieben ist:

„Die Liebe zum heimatlichen Boden, den schon eine unabsehbare Reihe von Geschlechtern unserer Vorfahren bebaut hat, immer wieder zu vertiefen und zu beleben, soll eine ganz besondere Aufgabe eines Blattes sein."

Es ist unwahrscheinlich, daß mit der Gründung dieses Blattes eine Schädigung der anderen Presse geplant war, aber die Wirkung auf den „Landboten" war nicht zu unterschätzen. Es war überhaupt eine Frage, ob der „Landbote" sich noch weiter halten könne, da traf den „Landboten" der Todesstoß von belgischer Seite. Auf schwer zu klärende Art und Weise gelangten wichtige Schriftstücke Dehottays und seiner Freunde in die Hände des belgischen Staatsanwaltes. Die Vermutungen, um was es sich handelt und wie diese Schriftstücke in die Hände des Staatsanwaltes gelangt sind, gehen so weit auseinander, daß es heute sehr schwer ist, irgend einer Meinung recht zu geben. Die Folge davon war jedenfalls, daß man Dehottay, seinen Sohn und zwei andere Bürger und belgische Staatsangehörige des Landes verweisen wollte. Da das nun aber nach der belgischen Verfassung nicht möglich war, mußte erst ein Gesetz geschaffen werden, das den Gerichten die Handhabe zu einer Ausweisung bot. Das Gesetz wurde auch von der Kammer am 30. 7. 1934 unterzeichnet. Über die Stimmen der heimattreuen Presse soll an anderer Stelle berichtet werden. Am 19. 12. 1935 erfolgte dann die Ausbürgerung Dehottays und seiner Getreuen, obschon es dem belgischen Staatsanwalt in der ganzen Verhandlung nicht gelungen ist, einen einzigen Leitartikel oder Satz anzuführen, der sich gegen die belgischen Pressegesetze verstoßen hätte. Am gleichen Tage der Ausbürgerung übergab Dehottay seinem technischen Betriebsleiter die Zeitung in Pacht. Dieser führte sie fort bis zum September 1937, dann ließ sich die Zeitung nicht mehr halten. Dem Heimatbund konnte sie auch nur noch wenig Nutzen bringen, da sie durch das Beförderungsverbot zu sehr belastet war. An ihre Stelle sollte einige Monate später schon ein neues Blatt treten. Der neue Wurf gelang. Der „Landbote" fand eine Nachfolgerin in der „Malmedyer Zeitung".

### Malmedyer Zeitung.

Am 8. September 1937 erschien die „Malmedyer Zeitung" zum ersten Mal. Sie nannte sich im Untertitel: „Heimatblatt für die Gebiete Malmedy, St. Vith". Sie kommt genau wie der „Landbote" an jedem Mittwoch und Samstag heraus. Aus dem Geleitwort der ersten Nmmer seien folgende Sätze zitiert:

„Die „Malmedyer Zeitung" soll ein Heimatblatt im vollen Sinne dieses Wortes sein. Dieses Wort allein bedeutet schon ein klares und eindeutiges

Programm. Ein Heimatblatt sein heißt: Dienst an der Heimat leisten, Woche für Woche, Monat für Monat, Jahr für Jahr. Dienst an der Heimat wird für uns die Aufgabe sein, der wir uns mit ganzer Seele und leidenschaftlicher Hingabe widmen wollen. Zu diesem Dienst gehört sicher in erster Linie, zu allen Fragen, die unsere Heimat berühren, in entschiedener Weise Stellung zu nehmen. Es gehört dazu, die Belange der Heimat auf den verschiedenen Gebieten mit Nachdruck zu vertreten. Zu diesem Dient an der Heimat gehört eine entschlossene wachsame und eifrige Verteidigung der politischen, kulturellen und sozialen Rechte der Bevölkerung. Eine unserer vornehmsten Aufgaben werden wir darin sehen, an unserem Teil dazu beizutragen, die Heimat vor dem verderblichen Gift des Bolschewismus und verwandter Lehren zu bewahren. Die „Malmedyer Zeitung" wird das Blatt der Volksgemeinschaft sein . . . Heimatliche Geschichte, heimatliche Überlieferung, heimatliches Brauchtum sollen in unserem Blatte eine Pflegestätte finden. Es versteht sich von selbst, daß wir dem gesamten Gebiet der inneren und äußeren Politik, den politischen, den großen kulturellen und wirtschaftlichen Fragen, die die Welt bewegen, einen angemessenen Raum gewähren. Niemand wird es uns versagen können, wenn wir die Entwicklung in Deutschland, unserem alten Vaterlande, nicht nur mit aller Aufmerksamkeit, sondern mit innerster Teilnahme verfolgen."

### Grenzecho.

Nach dem schmählich mißlungenen Versuch Bertrands unter Baltia mit einer Zeitung wie die „Varche" einen Einfluß auf die heimattreue Bevölkerung der abgetretenen Gebiete zu gewinnen, versuchten die Belgier 1927 einen zweiten Wurf. Am 29. Dezember 1926 entstand eine Gesellschaft ohne Erwerbszweck, die sich „Union" nannte. Sie gab bekannt, daß ihr Ziel sei, eine Zeitung gleichen Namens zu gründen, „zur Wahrung der religiösen, moralischen, patriotischen und wirtschaftlichen Interessen. Dieses Blattorgan wird zweisprachig sein, alle Artikel erscheinen in zwei Sprachen. Es vermeidet jede Polemik und wird sich bemühen, die Bande zu verstärken, die die wiedergefundenen Brüder mit der Hauptstadt verbinden. Schon haben Großindustrielle und Kaufleute, Notare, Anwälte, Publizisten und andere einflußreiche Personen ihre Unterstützung zugesagt."

Aus diesem Plan wurde nun am 1. Juni 1927 folgendes. Es erschien eine Zeitung, die sich „Grenzecho" nannte. Sie kam einsprachig nur in deutscher Sprache heraus, zu Anfang zweimal wöchentlich im Format 39 mal 54 cm. Ihre Auflageziffer gab sie stolz mit 5000 an. Das mag wohl auch gestimmt haben, denn lange Zeit wurde sie vielen Leuten umsonst ins Haus geliefert. Wenige Tage vor ihrem Erscheinen ahnten die Eupener noch nicht, daß in ihrer Stadt eine neue Zeitung erscheinen werde. Es hatte lediglich geheißen, daß in der Klosterstraße ein öffentliches Reise- und Verkehrsbüro eingerichtet würde. In aller Heimlichkeit hatten die Belgier aber eine vollständige Druckerei geschaffen. Die Eupener Bürger trauten ihren Augen kaum, als sie plötzlich in den Schaufenstern anstatt der gedachten Reiseprospekte eine neue Zeitung fanden, die sich verheißend: „Grenzecho, katholisches Volksblatt für die neubelgischen Gebiete Eupen-Malmedy-St. Vith, sowie Organ

der katholischen Partei Eupen-Malmedys-St. Vith" nannte. In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" vom 27. 1. 1929 Nr. 49 a schreibt Bernhard Brück:

„An der Spitze dieses deutschfeindlichen Blattes (Grenz-Echo) steht als Strohpuppe ein Mann, namens Michel, der sein eigenes Vaterland in gemeinster Weise verraten hat, ein Mensch, der mit dem bezahlten Lumpenpack der Aachener Separatisten unter einer Decke stak. Die führenden Mitarbeiter, ja die Seele des „Grenzecho" sind belgische und probelgische Geistliche, die den katholischen Glauben als Vorspann für den gallischen Nationalismus mißbrauchen. Persönlichkeiten, die sogar persönlich nicht mit reiner Weste dastehen."

Der Abgeordnete David der belgischen katholischen Partei ist der Gründer und geistige Oberleiter. Es ist sehr schwer etwas über das Blatt, seine Geldgeber und Mitarbeiter zu erfahren. Verlag und Redaktion hüllen sich in tiefstes Schweigen. Und beim „Heimatbund" weiß man auch nicht viel mehr, als daß man am besten nicht über die Zeitung spricht. Man nennt nicht einmal gern ihren Namen. So braucht man mit Vorliebe Ausdrücke wie „Das gewisse Blatt", „Grunzecho", „Spinne", „Gratisblatt", „Das billige Blatt" usw. Nicht einmal die Auflageziffer läßt sich genau feststellen. Sie dürfte nach den Papierlieferungen und nach Berücksichtigung ihres Formates und der Stärke etwa 1500 betragen. Diese Zahl gilt für heute, wo die Zeitung täglich erscheint. Es gilt in den Kreisen des Heimatbundes als sicher, daß der Anstaltsgeistliche des Krankenhauses in Bütgenbach, Pater Busch, der aus der Baltiazeit her bekannte Pfarrer Cafiz aus Rocherath, der Abbé Bastin aus Malmedy, der einmal in einem offenen Brief bekannt hat, er empfinde seine Geburt als Preuße als eine angeborene Schmach, und der Oberlehrer Xhayre aus Eupen die eifrigsten und einflußreichsten Mitarbeiter sind. Der lokale Hüter und Beschützer ist der Rechtsanwalt van Werveke.

Gleich nach seinem Erscheinen suchte das Blatt sich durch eine gut gemachte neutrale und sachliche Haltung in das Vertrauen der Bevölkerung einzuschleichen. Bald aber gewann seine wahre Haltung sichtbar zu werden. In den schärfsten und zum Teil gelogenen Artikeln griff das Blatt unter dem Deckmantel des Katholizismus alles an, was nur irgendwie nach deutscher Herkunft und deutscher Überlieferung aussah. Die „Saarbrückener Landeszeitung" vom 1. Juni 1928 schreibt:

„Das „Grenzecho" war eines Tages da und wurde in einer mit allen notwendigen Maschinen ausgestatteten Lohndruckerei hergestellt — und nur über die Geldgeber hört man kein Sterbenswörtchen. Natürlich sitzen diese Leute in Brüssel, und man braucht keine Namen zu nennen. Nur selten zeigt das Organ der Probelgier offen sein Gesicht — so aus Anlaß der Eupener Bürgermeisterfrage —, sondern durchweg finden sich „Heimatstimmen", die bisweilen mit blasphemisch anmutender Bigotterie durchschossen sind, und, sorgfältig verkapselt, stets einen Passus enthalten, der das wahre Heimatgefühl der Bevölkerung, die deutsche Kultur in den Schmutz zieht. Ein Vergleich mit gewissen, sehr geschickt aufgemachten deutschen Sonderbündlerblättern läßt sich ohne Schwierigkeit ziehen, besonders, wenn man das wütende Geschimpfe auf die Sozialdemokraten ins Auge faßt. Aber in Wirklichkeit betreibt dieses mit belgischem Chauvinistengeld ausgetattete „Grenz-

Echo" natürlich keinen Autonomismus, sondern, und das scheint den Kern zu treffen, geht es darauf aus, die Bevölkerung vorsichtig einzuschläfern, sie willenlos und gleichgültig zu machen ihren deutschen Kulturfragen gegenüber und so den Boden vorzubereiten für jene Verwelschung, wie sie eine kleine aber mächtige Clique in Brüssel seit Jahr und Tag anstrebt."

### Die „Arbeit".
### Die „Volksstimme".

In Eupen erschien als Blatt der freien Gewerkschaften wöchentlich einmal die „Arbeit". Das Blatt hatte Berliner Format und war trotz seiner hohen Auflage (3000) sehr stark von der sozialdemokratischen Partei abhängig. Es hatte verhältnismäßig wenig Anzeigen. In seinem Ton war es auf die Arbeiterbevölkerung der Textilstadt Eupen abgestimmt.

Die Haltung des Blattes war bis 1933 durchaus deutschtreu. Immer wieder trat es in der gleichen Front mit der übrigen deutschtreuen Presse für eine Revision der Abtretung und für eine neue freie und unbeeinflußte Abstimmung ein. So schrieb es z. B. noch am 16. Januar 1932 in seiner Nr. 3:

„Zur Wahrung unserer Sprachrechte!

Der Bund der Deutschbelgier wird sich nicht damit begnügen dürfen, im Namen der deutschsprachigen Bevölkerung den maßgebenden Stellen höfliche Bittgesuche zu unterbreiten. Er muß Versammlungen organisieren und Radau machen, damit die Wünsche der Bevölkerung in Brüssel etwas deutlicher werden."

Ob diese deutschtreue und heimattreue Haltung nicht eine kluge Politik war, um die Arbeiter überhaupt gewinnen zu können oder ob es wirkliche Gesinnungstreue war, läßt sich nur sehr schwer feststellen. Auf jeden Fall ist das Blatt nie von seiner Richtung abgewichen, bis 1933 die weltanschaulichen Gründe es verleiteten, der deutschen Sache untreu zu werden. Aber damit grub es sich sein eigenes Grab. Wenn auch ein gewisser Teil der Eupener Arbeiter in der freien Gewerkschaft stand, so ging den meisten doch die Liebe zur Heimat und zum Deutschtum über das Parteiprogramm. Die Leser wurden weniger und weniger, und die von der Lütticher Parteizentrale geforderten Zuschüsse wurden höher und höher. Die Zeitung stellte im Juli 1936 ihr Erscheinen ein. Das „Echo aus Eupen-Malmedy-Monschau", die Zeitschrift der im Reiche wohnenden Eupen-Malmedyer, schreibt dazu in seiner Nummer vom August 1936:

„Aus Eupen kam die Nachricht, daß die sozialdemokratische Zeitung die „Arbeit" aus finanziellen Gründen ihr Erscheinen einstellen mußte. Die Abonnenten waren ihr ausgegangen, und eben das kennzeichnet die Entwicklung, die das besagte Blatt dem verdienten Ende entgegen führte. Ihr kläglicher Gesinnungswandel hatte ihr auch die letzten Leser genommen. So richtete sie sich selbst zu Grunde, als sie Heimats- und Volkstumsverrat beging und sich der deutschfeindlichen Hetze verschrieb. Als nach den letzten Wahlen offenbar wurde, daß die Sozialdemokratie in den Kreisen vor dem Zusammenbruch stand oder gar schon mitten drin stand, war auch

das Dasein des „Organs der Werktätigen" besiegelt. Subventionen von Brüssel gab es keine mehr . . ."

Die „Volksstimme" ist das kommunistische Organ für die Kreise Eupen-Malmedy. Es wurde im Frühjahr 1937 gegründet. Es wird an Lesern wohl die Reste der Bezieher der eingegangenen Arbeit übernommen haben. Seine Auflage dürfte etwa (nach der Schätzung der unterrichteten Kreise des Heimatbundes) 500 Stück betragen. Das Blatt erscheint einmal wöchentlich im Berliner Format. Die Schriftleitung sitzt in Verviers. Gedruckt wird das Blatt in Eupen bei Braun.

Inhaltlich beschäftigt sich die Zeitung fast ausschließlich mit weltanschaulicher und politischer Propaganda, allerdings begeht sie seltener den Fehler wie die „Arbeit" in der letzten Zeit ihres Bestehens: sie berührt nur sehr ungern die Frage Eupen-Malmedy. Sie bringt die übliche bolschewistische Propaganda und nicht besonders viel aus Deutschland. Es hütet sich wohl, allzulaut in den Ton der übrigen Emigrantenpresse mit einzustimmen, da es am Beispiele der „Arbeit" gesehen hat, zu welchen Auswirkungen das führen kann. In den Meldungen aus Deutschland ist die Zeitung deshalb sehr vorsichtig und beruft sich auf größere Blätter oder bringt gleich deren Artikel mit Quellenangabe. So zitiert es in den Monaten Juli bis November 1938 aus P. Muckermanns „Deutschem Weg", aus dem Blatt, das in Basel, Paris und Prag erschien, dem „Proletarischen Vorwärts", „Dem Neuen Vorwärts", und aus der „Hamburger Seemanskorrespondenz".

Die „Volksstimme" wird schon wegen der geringen Anzahl kommunistischer Arbeiter kaum eine Bedeutung erlangen können.

### Die Rexzeitung.

Jeden Samstag erscheint im Großformat die deutsche Ausgabe von „Rex", der Zeitung der Rexbewegung Léon Degrelles. Sie wurde am 1. April 1934 gegründet. Nicht allein wegen ihrer auffallenden Aufmachung (Große Schlagzeilen, Zweifarbendruck), sondern auch wegen der weltanschaulichen Ähnlichkeit mit dem Nationalsozialismus versprach man sich, nachdem sie sofort eine verhältnismäßig große Beachtung gefunden hatte, viel von ihr. Aber bald mußte man in heimattreuen Kreisen einsehen lernen, daß diese Zeitung für die Belange der deutschen Belgier nur dann einzutreten bereit war, wenn es galt, Stimmen zu fangen für die der Rexbewegung manchmal ungelegenen Wahlen. Die Zeitung entwickelte sich gerade in den Zeiten vor den Wahlen 1936 zu einer der schlimmsten Hasserinnen des Heimatbundes. Sie versuchte bewußt, mit unklaren Versprechungen die „Heimattreue Front" zu schwächen. Als Beispiel mögen einige Stellen aus einer einzigen Nummer, der des 24. Oktober 1936 dienen. Diese Numme wurde gerade herausgegriffen, weil es die letzte vor dem berühmten Marsch auf Brüssel ist und sich gerade in ihr mit unverhüllter Schärfe das wahre Gesicht von „Rex" zeigt.

„Eine große Rexversammlung in Kettenis".

Bereits gegen 7 Uhr war der Saal im Lokale Liebertz mit einer stattlichen Anzahl Zuhörer gefüllt. Unter anderen war auch die Heimattreue

Front mit ihrem bekannten Brüllkommando vertreten."

„Wenn wir Neubelgier das Gefühl haben, bei unserem neuen Vaterlande die tatsächliche Anerkennung unserer Gleichwertigkeit und Gleichwertung gefunden zu haben, wird Belgien auch in unseren Herzen Liebe und Treue finden."

„Für den heiteren Teil der Versammlung sorgten dann die drei Diskussionsredner, die sich zu Wort gemeldet hatten. Neues brachte die Diskussion nicht, nach Heimattreuen Mustern verfiel man in der Hauptsache auf persönliche Angriffe . . ."

Oder aus einem Aufsatz über

„Belgien und die Kreise Eupen-Malmedy-St. Vith.

Die alten Parteien haben nicht verfehlt, die wunderbarste Versprechungen zu machen, wenn sie von den drei deutschsprachigen Kantonen etwas wünschten. Mit dem Brustton der Überzeugung schworen sie, für deutsche Sprache und deutsche Kultur voll und ganz einzutreten. Nichts lag ihnen mehr am Herzen, als die heiligen Belange der deutschsprachigen Bewohner unserer drei Kantone. Und was hat sich von all den Versprechungen erfüllt? Herzlich wenig. Heute ist diese Politik leerer Versprechungen abgetan, unsere Bevölkerung kennt seine Pappenheimer und glaubt ihnen nichts mehr.

Dies kam am besten bei den letzten Wahlen zum Ausdruck, wo die alten Parteien eine wohlverdiente, schwere Niederlage erlitten haben. Diese Tatsache steht fest und wenn unsere Rexbewegung nicht dazwischen gefahren wäre, hätten die Heimattreuen noch mehr Zulauf gehabt . . ."

„Wir haben die feste Überzeugung, daß „Rex" in den hiesigen drei Kreisen nicht in die Fußstapfen einer vergangenen Zeit treten, sondern neue Wege beschreiten wird. So wird Rex nicht nur eine Überbrückung und einen Zusammenschluß sämtlicher sozialen Schichten verwirklichen, sondern auch friedliches Nebeneinander der drei Kulturen. Und hieraus ein gedeihliches Zusammenarbeiten aller Stände, aller Kulturen zum Wohle der Allgemeinheit und unseres Landes . . ."

Bei Gelegenheit des Pressegesprächs, das Reichsminister Dr. Goebbels mit einem Vertreter des „Vingtième Siècle" hatte, versuchte die Rexzeitung, daraus einen Verzicht auf Eupen-Malmedy zu konstruieren. Der „Landbote" antwortete darauf:

„Wer nach den Auslassungen des „Pays Réel" (die französische Ausgabe von Rex) und der „Deutschen Rexzeitung" noch nicht begreift, daß Rex in Eupen-Malmedy-St. Vith nichts anderes will, als die Bekämpfung der Heimattreuen Front, dem ist nicht mehr zu helfen."

Im August 1936 (am 21.) schrieb die heimattreue Presse in einem gemeinsamen Leitartikel:

„Die heimattreue Bevölkerung hat nicht bei den Wahlen die gründliche Abkehr von den belgischen Parteien vollzogen, um sich hinterher irgendeiner altbelgischen Bewegung in die Arme zu werfen, unter welcher Flagge sie auch segeln mag.

Wenn vor den Wahlen an dieser Stelle betont worden ist, daß wir keinerlei Anlaß hätten, belgischen Faschismus oder Halbfaschismus nur zu unterstützen, so gilt diese Binsenweisheit heute und morgen nicht minder.

Ob diese Bewegungen sich Légion Nationale, Rex oder anderswie nennen, ist einerlei. Sie sind und bleiben uns wesensfremd. Sie können uns nicht das Heil bringen und nicht das Licht.

Sie wie alle anderen belgischen Parteien sind Irrlichter, die uns vom rechten Weg abdrängen. Lassen wir uns von dem falschen Schein nicht blenden."

Mit dem „Marsch auf Brüssel" am 23. Oktober 1936 erreichte die Rexbewegung ihren Höhepunkt. Das Unternehmen war ein Fehlschlag. Seit der Zeit ist es sehr ruhig um Degrelle und um die „Deutsche Rexzeitung" geworden.

## VI. DER KAMPF DER PRESSE EUPEN-MALMEDYS UM DAS DEUTSCHTUM

Wenn die Arbeit bisher zeigen wollte, unter welchen Voraussetzungen, unter welchen Bedingungen sich die Presse zu ihrer heutigen Gestalt und Macht entwickelt hat, so soll in diesem Schlußteil versucht werden, aufzuzeigen, wie diese Presse bisher für das Deutschtum eingetreten ist und was sie in diesem Kampfe bisher geleistet hat.

Schon von den Anfängen an stand sowohl in Eupen wie auch in Malmedy die Entwicklung des Pressewesens unter dem Zeichen des Kampfes und des Streites. Gerade die Entwicklung der „Eupener Nachrichten" zeigt, wie sehr man in Eupen darauf bedacht war, seine Meinung kund zu tun, und wie man zu diesem Zweck nicht scheute, Unternehmungen wirtschaftlicher Art zu gründen, ohne die genaue Gewißheit zu haben, ob diese Unternehmungen überhaupt wirtschaftlich tragbar und gesund sein konnten. Einen Ausdruck seiner Meinung zu finden und andere Menschen von der Richtigkeit seiner Gedanken überzeugen und zu ihnen überreden zu müssen, war stets die erste Triebfeder, die zur Gründung und zur Führung einer Zeitung Veranlassung gab. Es sah in den geruhsamen Vorkriegsjahren oft so aus, als ob das Zeitungsmachen eine Art von Leidenschaft sei. Die Sachen, um die man doch stritt, waren oft so kleinlich und unwichtig, daß sie wirklich nicht den Aufwand an Mitteln und Geist rechtfertigten. Es sei nur an den Zeitungsträgerstreit zwischen der „Bürgerzeitung" und der „Eupener Bürgerzeitung" erinnert. Es sieht fast so aus, als ob man nutzlos Kräfte verbraucht hätte, als ob das Ganze sinnlos gewesen sei. Gewiß, in seiner Zeit war es vielleicht auch, an seiner Zweckmäßigkeit gemessen, sinnlos. Aber die Geschichte hat dieser kindlichen Spielerei einen Sinn gegeben. Gerade in diesen aufgebauschten Fechtereien übte sich der Eupen-Malmedyer publizistische Geist, schliffen sich die Waffen blank und lernten die Menschen in Schriftleitung und Verlag jene Klugheit, mit der sie dann, als man der Presse nach der Abtretung an Belgien eine wirklich ernsthafte Aufgabe sah, den Kampf aufnehmen konnten für einen höheren Zweck, als sie früher zu vertreten gehabt hatten. Die Anpassungsfähigkeit an die gegebenen Möglichkeiten, das Seiltanzen auf der haarscharfen Schneide zwischen dem gerade noch

Erlaubten und Verbotenen, das hätte die deutschtreue Presse alles noch lernen müssen, hätte sie darin nicht schon die Erfahrung gehabt. Kostbare Zeit wäre verloren gegangen, um diese Erfahrungen zu gewinnen, denn es ist zu bedenken, daß die Leute, die verantwortlich den Kampf übernahmen, keinerlei besondere Ausbildung oder Schulung besessen hatten. Was sie konnten, hatten sie in der Praxis, im eigenen Betriebe gelernt. Dazu kam, daß keine Hilfe von außen zu erwarten war. Hier galt zuerst immer einmal der Grundsatz, daß die Zeitung ein wirtschaftliches Unternehmen sei, das zu erhalten die Hauptaufgabe ist. Denn, wenn die Zeitung nicht mehr lebt, ist es auch unmöglich, noch mit ihr zu arbeiten. Von nirgendwoher konnte eine Rettung kommen, wenn nicht aus der eigenen Kraft. Und gerade hier zeigen die Zeitungen der Gebiete am besten, was sie geleistet haben. Bis auf den „Landboten", der durch unfeine Mittel gezwungen wurde, und bis auf die „Arbeit", die ihren Untergang ihrem Verrat verdankte, sind die Zeitungsverlage, wirtschaftlich gesehen, gesunde Unternehmen. Die Auflageziffern sind, an den Verhältnissen gemessen, sehr hoch. Die Gesamtauflage der heimattreuen Presse dürfte ungefähr 11 000 Stück betragen. Sie setzt sich ungefähr wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Eupener Zeitung über | 3000 |
| Eupener Nachrichten | 3000 |
| Malmedyer Zeitung | 2000 |
| Malmedy-St. Vither Volkszeitung | 3000 |

Eupen-Malmedy hat dazu etwa 17 000 Familien, von denen man 3000 französisch sprechende aus der Wallonie abrechnen kann. Ebenfalls muß man die altbelgischen Beamtenfamilien abrechnen, sodaß man sagen kann, auf drei Familien von vier kommt eine Zeitung der Heimattreuen Front. Es war unmöglich zu erfahren, in welcher Höhe genau die einzelnen Zeitungen in den Ortschaften verkauft werden. Man spricht aus erklärlichen Gründen nicht darüber, aber ungefähr dürfte die Berechnung stimmen.

In der Zeit Baltias war es der Presse, wie bereits gesagt, unmöglich, überhaupt das geringste der Regierung Mißliebige zu schreiben. Das Beispiel der „Malmedy-St. Vither Volkszeitung" hatte das zur Genüge bewiesen. Ihre Hauptaufgabe und ihr Hauptverdienst während dieser Zeit beruht schon allein darin, daß sie sich trotz der ungeheuren Schwierigkeiten lebensfähig hielten. Und nicht zum mindesten ist das auch ein Verdienst des Eupen-Malmedyer Zeitungslesers, der mit fast fanatischer Treue seinem Blatt zur Seite steht. Es ist eine seltsam enge Verbundenheit zwischen Leser und Zeitung immer schon da gewesen. Wenn das sich in den ruhigen Jahren vor dem Kriege vielleicht auch nur in den vielen „Eingesandtes" zeigte, so hat diese Verbundenheit sich in den schweren Jahren der Diktatur glänzend bewährt. Die Auflageziffer der Zeitungen hat sich in den Nachkriegsjahren kaum geändert.

Nach dem Ende der Diktatur Baltias aber ging ein Aufatmen durch die Kreise Eupen-Malmedy. Am 7. Juli 1924 hatte die belgische Gesamtregierung, das heißt alle Minister, den Entwurf zum Angliederungsgesetz der Kantone Eupen-Malmedy-St. Vith unterschrieben. Baltia begann planmäßig mit den Vorbereitungen zur Durchführung dieses Gesetzes. Am 1. Juni 1925 war es

dann soweit. Baltias Aufgabe war beendet. Die neuen Kantone gehörten zum belgischen Staat. Die Ausnahmegesetze der Übergangszeit waren aufgehoben, die belgischen Gesetze waren in Kraft getreten. Die großen Freiheiten, die die liberale Verfassung gerade der Presse gab, wußte diese bis ins letzte auszunutzen. Wie sie das machte und welche Erfolge sie damit erzielte, mögen Beispiele zeigen, die noch um viele vermehrt werden könnten. Nur die wichtigsten und bedeutungsvollsten wurden herausgegriffen. Als Maßstab dafür diente die Bedeutung, die man heute in den Kreisen des Heimatbundes diesen Arbeiten beimißt; denn einen wirklich unbeeinflußten Wertmaßstab anzulegen dürfte heute noch fast unmöglich sein, da unser Abstand von den Dingen noch viel zu klein ist.

## Der Heimatbund.

Gleich nach dem Abtritt Baltias begann man mit den Vorbereitungen zur Organisation der Heimattreuen. Die Kräfte, die bisher zersplittert sich für das Deutschtum und ihr wertvollstes Kulturgut, die deutsche Sprache, einsetzten, sollten in einem Lager gesammelt werden. Gewiß, der „Landwirtschaftliche Verband des Kreises Malmedy" und der des Kreises Eupen vereinigten deutschbewußte Kräfte, aber doch nur in einer Standesauswahl. Außerdem war ihre Arbeit unter die Aufsicht des „Boerenbondes" gestellt worden. Dazu kam natürlich, daß diese Art der Tarnung vor einem Baltia nicht mehr notwendig war. Man unterstand von jetzt an der belgischen Verfassung, die ausdrücklich „die staatsbürgerlichen Grundfreiheiten, ohne die die Untertanen eines wirklich freien Landes nicht leben können", gewährleistet. Und wie der Oberkommandierende der belgischen Besatzungstruppen den Bewohnern Malmedys am 4. August 1919 erklärte, sind dies die „Vereinigungs-, Religions-, Presse- und Unterrichtsfreiheiten."

Die Vorbereitungen zur Zusammenfassung aller deutschtreuen Kräfte waren im Frühjahr 1926 soweit gediehen, daß nach einer Zusammenkunft der Verleger und Schriftleitung der Zeitungen mit wenigen führenden Männern, soweit sie nicht selber in den Zeitungen saßen, am 27. März 1926 in der heimattreuen Presse folgender Aufruf erschien.

„Fast in allen Kulturstaaten Europas haben sich die sogenannten Volksminderheiten zusammengeschlossen, um ihre Güter in Muttersprache, Kultur und Sitten vor der Entfremdung und schließlichem Verschwinden zu schützen. Es ist dies ein heiliges und unantastbares Recht solcher Volksteile. Dieses ist auch von allen Staaten anerkannt und deshalb unter den Schutz des Völkerbundes gestellt worden. Einen solchen Zusammenschluß erstreben auch die heimattreuen Männer des vorbereitenden Heimatbundes, dessen Form und unter dem Namen eines Heimatbundes, dessen Satzungen und Handlungen auf dem Boden unserer Landesgesetzes stehen. Er muß alle Angehörigen der Kantone Eupen-Malmedy-St. Vith umfassen, ohne Ansehen der Person, der Konfession und der Partei, kurz, er soll nur aus Eupen-Malmedy-St. Vithern bestehen, alles gleichberechtigte Angehörige eines und desselben Bundes, mit dem einzigen Ziele, unsere von den Vätern ererbten unschätzbaren Werte an Muttersprache und heimischen Sitten auch unseren Kindern

ungeschmälert zu vererben. Wir wollen damit durchaus nicht den Bestrebungen zur Erlernung der französischen Sprache und der flämischen Sprache entgegenarbeiten, im Gegenteil: es ist für uns alle vorteilhaft und deshalb angebracht, auch die Kenntnis dieser Sprachen zu fördern; indes darf dies durchaus nicht auf Kosten der Muttersprache geschehen; denn nur in dieser können wir unseren heiligsten Gefühlen und tiefsten Empfindungen Ausdruck gben. Nur in ihr können wir unserem Schmerz und unserer Freude, unserer Liebe und Sehnsucht diejenige Deutung geben, die unserem Empfinden und unserer Eigenart entspricht.

Der vorbereitende Ausschuß, ladet daher alle Bewohner des Kantons (St. Vith), Männer und Frauen, ergebenst ein, sich an der auf nächsten Sonntag, den 28. März, nachmittags 2½ Uhr, im Saale Genten in St. Vith anberaumten Gründungsversammlung möglichst vollzählig zu beteiligen.

Der vorbereitende Ausschuß."

Diese Gründung erregte in Belgien beträchtliches Aufsehen. Die „Libre Belgique" nannte diese Gründung in ihrer Nummer vom 29. 3. 1926 in der Schlagzeile auf der ersten Seite: „Pangermanistisches Unternehmen in den Kantonen Eupen-Malmedy-St. Vith." Man versuchte besonders im Kreise Malmedy, eine Spannung in die Bevölkerung selbst hineinzutragen, indem man sagte, die Gründung des neuen Bundes richte sich vor allem gegen die wallonische Bevölkerung. Dies Gerücht konnte aber nie Boden fassen, da die Tatsachen die Wallonen bald lehrte, daß der Heimatbund den Schutz auch ihrer Sprache gegen die belgischen Chauvinisten verteidigen mußte. Nach dem Verlauf eines Jahres gab es in den Kreisen kaum noch ein Dorf, in dem nicht eine Ortsgruppe des Heimatbundes bestand. Bereits im Dezember wurde ein „Gegenheimatbund", ein „Belgischer Bund zur Wahrung der Interessen Eupen-Malmedys" gegründet. Der Volksmund nannte ihn „Bem." Sein Aufruf an die Bevölkerung, seinen Reihen beizutreten fand kaum einen Widerhall. Im März 1928 löste er sich infolge Mangels an Mitgliedern auf.

Der Heimatbund fand in allen Kreisen der Bevölkerung größte Aufmerksamkeit. Das erregte den Zorn der Belgier so, daß der Bischof von Lüttich in einem Erlaß vom 11. März 1927 den Geistlichen verbieten mußte, dem Heimatbund beizutreten. Es heißt da:

„Zu unserem größten Bedauern fühlen wir uns gezwungen, dem Hochwürdigen Klerus mitzuteilen, daß bei uns Klagen einlaufen über die belgienfeindliche Propaganda, welche fortdauernd in den Kreisen Eupen, Malmedy, St. Vith getrieben wird. Verhüllt tritt sie zur Zeit unter verschiedenen Gestalten hervor und gibt sich den Anschein, die Beibehaltung der Landesbräuche und der deutschen Sprache zu fördern, wogegen sie in Wirklichkeit die Wiederangliederung der genannten Kreise an Deutschland sich zum Ziele setzt. Dies betrifft insbesondere den Heimatbund, den man in der ganzen Gegend unter augenfälliger Mitwirkung Deutschlands zu verbreiten sucht . . .

. . . 3. Untersagen wir allen Geistlichen, den Heimatbund zu unterstützen, oder demselben als Mitglied beizutreten."

Die Arbeit des Heimatbundes ging so weit, daß schon kurz nach seiner Gründung und nicht ganz ohne seine Schuld zwischen Deutschland und

Belgien Rückgabeverhandlungen einsetzten. Der Stadtverordnete Weiss aus Eupen konnte folgenden Antrag an den Bürgermeister und das Schöffenkollegium stellen:

„Gemäß Artikel 4 der Geschäftsordnung und Artikel 63 § 4 des Gemeindegesetzes beantragt der Unterzeichnete, folgenden Antrag als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetensitzung zu setzen: Im Namen der Allgemeinheit eine Bittschrift auszuarbeiten und zur vorigen Information des Gemeinderates am 10. Oktober 1926 eine geheime Volksbefragung über die Rückgabe der Stadt Eupen an die deutsche Republik einzurichten."

Der Antrag wurde vom Bürgermeister zweimal abgelehnt.

Die aufklärende und erziehende Arbeit des Heimatbundes wurde häufig durch die belgischen Behörden gestört. Diese Arbeit übernahmen dann die Zeitungen, da die Pressefreiheit in Belgien mehr Möglichkeiten bot als die Versammlungsfreiheit. So brachten die „Eupener Nachrichten" zum Beispiel am 8. Dezember 1931 in Nr. 283 einen Vortrag von Frau Prof. Dr. Wingeratht über das Thema: „Frauendienst an Familie und Heimat", den sie am 29. November 1931 im Eupener Heimatbund halten wollte, aber nicht halten durfte, da „die belgische Behörde davon eine Erschütterung der staatlichen Grundlagen befürchtet. Der Leser wird sich leicht überzeugen, daß das Verbot jeder Berechtigung entbehrt" (So hieß es im Kommentar der „Eupener Nachrichten.")

Oder die „Malmedy-St. Vither Volkszeitung" Nr. 80 am 7. Oktober 1931 brachte ebenso einen Vortrag von Dr. Kuske, Köln, über die „Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft", der auch verboten worden war.

Die Sprachenfrage ist wohl das Hauptthema der heimattreuen Presse. Es gibt fast keine Nummer, in der nicht zum mindesten in Form einer kleinen Anspielung oder eines Witzes über die Sprachverschandelung des Deutschen wie des Französischen die Sprachenfrage erwähnt wird. Beispiele mögen die Art und Weise zeigen:

„Bekanntlich regelt die Kgl. Verordnung vom 4. 10. 1929 die Sprachenfrage für die Kantone Eupen-Malmedy-St. Vith. Das Bestreben, hinsichtlich der Verwaltungssprache über dieses Gebiet, die Zweisprachigkeit und sogar die Dreisprachigkeit zu verhängen, um der Bevölkerung in späterer Zeit das Schicksal unserer altbelgischen Volksgenossen bereiten zu können, leuchtet deutlich daraus hervor . . . Wir halten grundsätzlich an der Einsprachigkeit fest, wobei selbstverständlich den individuellen Rechten zugewanderter Anderssprachiger und den besonderen Verhältnissen in der Malmedyer Wallonei Rechnung zu tragen ist. Das ist ein unanfechtbarer Standpunkt, von dem wir unter keinen Umständen abgehen werden." (Landbote 17. März 1931).

oder:

„In Verviers tagte die Vervierser Anwaltskammer, um zu neuen, von der Regierung gemachten Vorschlägen in Sachen des Sprachgebrauchs im Gerichtswesen Stellung zu nehmen. Es liegen zwei Entwürfe vor, von denen einer die jetzige gesetzliche Lage im Allgemeinen beibehält und der auch

schon in der Kammer einer Abstimmung unterworfen ist, und ein zweiter Entwurf, der eine Reihe von Zusätzen vorsieht. Von 33 anwesenden Anwälten sprachen sich 22 für das jetzige Regime aus, und zwar durch Annahme einer Entschließung, in der es wie folgt heißt:

> In Anbetracht dessen, daß alles verhindert werden muß, was der nationalen Einheit schaden kann, vor allem das Eindringen deutscher Kultur als Bemühungen zu einer Germanisierung.
> In Anbetracht dessen, daß die Interessen der Gerichtsuntertanen genügend gesichert sind, protestiert die Anwaltkammer mit aller Energie gegen den Gesetzentwurf hinsichtlich des Gebrauchs der deutschen Sprache.
> Sie ist der Ansicht, daß im Arrondissement Verviers der jetzige Zustand bestehen bleiben muß und daß es gefährlich sein würde, ein Regime einzuführen, das unvermeidlicherweise eine Stärkung des germanistischen Prestige bedeuten würde.

Diese Entschließung zeigt deutlich, welche Überlegungen bei der Mehrzahl der Anwälte des Vervierser Bezirkes ausschlaggebend sind. Es ist bedauerlich, daß man eine deutschsprachige Bevölkerung, zu der neben 60 000 Neubelgiern auch noch sehr viele Bewohner des benachbarten altbelgischen Grenzbezirkes gehören, in einer solchen Weise brüskiert und die Politik mit Fragen vermengt, die absolut nichts mit Politik zu tun haben."

(Eupener Zeitung, 12. Februar 1935).

Oder:

„Wir haben den Sprachenkampf im altbelgischen Grenzgebiet niemals als teilnahmslose Zuschauer verfolgt. Im Gegenteil: Die Bemühungen unserer altbelgischen Stammesgenossen um die Erhaltung der deutschen Muttersprache, ihr Kampf gegen eine zunehmende Verfolgung, mußte unsere Anteilnahme finden. Wir haben deshalb von allen wichtigen Vorkommnissen auf diesem „Kriegsschauplatz" Kenntnis genommen und haben uns gefreut, feststellen zu können, daß der bisherige Kampf nicht ohne Erfolg geblieben ist. Rein äußerlich betrachtet mag dieser Erfolg noch nicht sehr groß sein, aber zweifellos ist in den letzten Jahren neues Leben entfacht worden, manches hat sich wieder gehoben, was bereits tief verschüttet zu sein schien."

(Die gesamte Heimatpresse zum Aufruf des Bundes der Deutschbelgier zur Verteidigung der deutschen Sprache im September 1934.)

Oder ein Artikel, der sich ebenfalls mit Altdeutschbelgien und seinen sprachlichen Belangen befaßt:

„Den Schulkindern der Areler Gegend wurde am 27. 5. von den Lehrpersonen im Auftrage des Ministeriums für Wissenschaft und Künste ein Zettel in die Hand gedrückt, der folgenden Wortlaut hatte:

Erklärung des Familienvaters:

> Ich verlange, daß mein Kind auf Französisch, auf Deutsch oder in beiden Sprachen unterrichtet werde.
>
> Unterschrift.

N. B. Man möge streichen, was nicht gewünscht wird.

Der Gemeinderat von Arel beschloß, wie wir der „Fliegenden Taube" entnehmen, noch am gleichen Tage, den Auftrag des Ministers nicht auszuführen, was ihre Gemeindeschulen angeht. Ein kath. Mitglied des Rates soll es übernommen haben, bei der Verwaltung der Schulen im gleichen Sinne zu wirken. Diese Herren wollen bekanntlich nicht davon abgehen, daß Arel eine rein französische Stadt sei. Das Aubeler Blatt macht dazu noch folgende Bemerkungen: „Nur Geduld, seit anderthalb Jahren ist in Arel schon manches anders geworden, wenigstens bei der öffentlichen Meinung; es wird noch besser kommen. Der Bund (gemeint ist der Bund der Altdeutschbelgier) wird auch Arel erobern. Aber keine Angst er wird es nicht verbrennen, wie die Franzosen es schon des öfteren getan haben, er wird auch nicht die französische Sprache auszurotten versuchen . . . Uns führt nicht blinder Haß gegen ein Volk, noch Liebäugeln mit einem anderen: uns gilt nur das Wohl unserer Leute und unsere Muttersprache."

In den Landgemeinden führte man auch den Befehl des Ministers aus, jedoch größtenteils so, daß der Lehrer auf eigene Faust (vielleicht auch nach eigenem Wunsch und Können d. Schriftl.) für die Eltern die Zettel ausfüllte." („Eupener Zeitung" 29. Mai 1933.)

Aus diesem Beispiel geht besonders deutlich die Zusammenarbeit der Presse auch mit der deutschsprachigen Presse Altbelgiens hervor.

Im Jahre 1933, im Jahre der nationalozialistischen Revolution, fürchteten die Belgier besonders stark ein Erwachen der deutschbewußten Kräfte in den Kreisen. Kein Wunder, daß gerade auch in diesem Jahre die Unterdrückung der deutschen Sprache schärfere Formen annahm. Die Presse weiß darauf zu antworten:

„Vielfache Versprechungen aber ausgebliebene Taten.

Am 11. 1. 1920 hat es angefangen durch die Worte des Proklamateurs, des Generals Baltia: „Euer Sprachwesen wird unberührt bleiben. Die französische Sprache und die deutsche Sprache werden auf gleichen Füßen stehen, schenkt uns Euer offenherziges Zutrauen."

Damit war die Grundlage gegeben, für die Volksbefragung war den Bewohnern von Eupen-Malmedy-St. Vith zugesichert, daß die Muttersprache Fortbestand haben würde, daß aus der Tatsache der anderen Sprache des neuen Vaterlandes keinem Neubelgier Schwierigkeiten erwachsen würden.

Der Mann, der den König vertrat, hat feierlich versprochen, daß die Muttersprache bleiben würde. Und was ist aus diesem — man möchte sagen königlichem — Versprechen geworden?

Wer die Zeitungen in Neu- und Altbelgien verfolgt hat bis in die Gegenwartstage hinein, wer die Interpellationen Sommerhausen-Esser und die Antwort Jaspers gelesen hat, weiß es: Versprechungen, sonst nichts.

Belgien, in dessen Volksgemeinschaft uns der Versailler Vertrag hineinzwang, hat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten mit uns übernommen, bezüglich der Sprache und gegenüber denen, die bereits früher Angehörige dieses Staates waren, weitaus größere Pflichten.

Nicht erst heute, schon in Zeiten Baltias, später aber bei der endgültigen Angliederung, mußte das feierliche Versprechen in einem Gesetzestext festgelegt werden und verwirklicht werden.

Durch den Versailler Vertrag sind auch wir deutschsprechenden „Untertanen" des Königreiches Belgien geworden, der neue Staat kann von uns „Neuen Untertanen" Gehorsam, Steuern und alles mögliche verlangen, aber nur dann, wenn er uns die Möglichkeit gibt, seine Gesetze zu verstehen. Letzteres ist nicht der Fall. Das was versprochen wurde ist nicht gehalten worden. Das Versprechen lautete dahin, daß die dritte Landessprache deutsch sein würde, aber es gibt bis heute nur zwei. Es stellt sich nun die Frage, haben wir ein Recht darauf, die völlige Gleichberechtigung unserer Sprache mit der französischen, flämischen in allen Zivil-Straf-Handelssachen, in den Schulen und in der gesamten Verwaltung zu fordern oder müssen wir es als ein Geschenk erbitten, bis die belgische Regierung ihr durch den königlichen General gegebenes Versprechen einlöst."

(„Eupener Zeitung", 22. November 1933).

Die Schärfe des Tones, die hier von der „Eupener Zeitung" angewandt wird, zeigt wie große die Empörung über die belgischen Übergriffe war. Die „Eupener Zeitung" zeichnet sich sonst durch vornehmere Zurückhaltung aus.

Besonders die Handhabung des französischen Unterrichts in den Volksschulen machte der heimattreuen Presse viel zu schaffen,

„Ein Anschlag auf die deutsche Sprache.

Um es vorab zu sagen, es handelt sich um die Anwendung des Gesetzes vom 14. Juli 1932 betr. die Regelung der Sprachenfrage im Unterrichtswesen in unseren Volksschulen. Nach den früheren Bestimmungen durfte mit dem französischen Unterricht nicht vor dem 5. Schuljahr begonnen werden. Es waren ihm wöchentlich 5 Stunden zu widmen. Selbstverständlich hatte das Deutsche die alleinige Unterrichtssprache (Leitsprache des Unterrichts) zu sein. Das Gesetz vom 14. Juli 1932, von seinen Urhebern als ein Gesetz des Friedens und der Beruhigung auf dem Gebiet der Sprache gedacht, bestimmt im Artikel 1, daß im flämischen Sprachgebiet, das Flämische, im wallonischen Sprachgebiet oder Gegend das Französische und in den Gemeinden deutscher Sprache das Deutsche die Unterrichtssprache sein muß, das heißt mit anderen Worten, daß der gesamte Unterricht in unseren Volksschulen in deutscher Sprache zu erteilen ist. . . . Es wird ferner bestimmt, daß der Minister auf Antrag von Familienhäuptern, die je 25 Kinder für eine Stufe vertreten, einen freiwilligen Kurs in einer zweiten Sprache einrichten wird. Auf diesen Sprachunterricht dürfen in der dritten Stufe (5. und 6. Schuljahr) nicht mehr als wöchentlich 3 und auf der 4. Stufe (7. und 8. Schuljahr) nicht mehr als wöchentlich 6 Stunden verwandt werden.

Was ist nun geschehen? Gewisse Leute, die dazu sicher keinen Auftrag hatten, die aber am liebsten die deutsche Sprache ganz aus unserem Gebiet verdrängen möchten, haben den Herrn Minister des öffentlichen Unterrichts veranlaßt, die Frage der Erteilung des französischen Sprachunterrichts in den deutschsprachigen Gemeinden zu prüfen. Der Herr Minister des öffentlichen Unterrichts veranlaßt, die Frage der Erteilung des französischen Sprachunterrichts in den deutschsprachigen Gemeinden zu prüfen. Der Herr Minister hat dann mit dem Schreiben vom 13. Juni des

Jahres dem Herrn Hauptinspektor Collette mitgeteilt, daß nach seinem Dafürhalten, die Frage einheitlich so zu regeln ist, daß in den Volksschulen der französische Unterricht vom 3. Schuljahr an erteilt werden soll und zwar wöchentlich 3 Stunden in der zweiten Stufe (3. und 4. Schuljahr), wöchentlich 5 Stunden in der dritten Stufe (5. und 6. Schuljahr), wöchentlich 6 Stunden in der vierten Stufe (7. und 8. Schuljahr). Der zuständige Schulinspektor ersucht alsdann die Gemeinden, diesbezügliche Gemeinderatsbeschlüsse herbeizuführen. Es ist nun folgendes festzuhalten: Der Minister trifft keine Anordnung, denn er weiß, daß er dazu kein Recht hat, da Abweichungen von dem Gesetz nur durch einen königlichen Erlaß bestimmt werden können. Es steht also jedem Gemeinderat frei, die Beschlußfassung im Sinne der Empfehlung des Ministers abzulehnen. Zweitens wird nichts geändert in Bezug auf die Leitsprache des Unterrichts, diese ist nach wie vor ausschließlich das Deutsche.

(„Eupener Zeitung", 14. August 1933).

Die Folge dieser Aufklärung war nicht zuletzt der Beschluß des Eupener Stadtrats, daß in dieser Frage in Eupen alles beim Alten bleiben solle.

Beinahe feuilletonistisch wirken manchmal die Glossen der heimattreuen Presse über die Sprachverschandelung. Dadurch, daß die Kinder zu Hause eine Abart des Aachener Dialekts sprechen, lernen sie in der Schule eigentlich zwei Sprachen. Das Hochdeutsch, das ihnen natürlich nicht allzu schwer fällt und das Französische. Die deutschen Lehrer wurden mit den übrigen Beamten 1920 und 1921 fast alle ausgewiesen, sodaß heute viele Lehrer in deutscher Sprache unterrichten, ohne sie selbst zu beherrschen. So ist es denn nicht verwunderlich, daß 1936 in Malmedy ein Lesebuch zur Beurteilung dem Stadtrat vorgelegt wurde und auch die Billigung des Schulschöffen fand, das geradezu die unglaublichsten Fehler zeigte. Es hieß darin zum Beispiel:

„Du sprechst, das Draht, gebe, Die Küche liegt auf den Boden (auch man kann Erdgeschoss sagen) wir mussen über dem Bach, usw."

Über Fähigkeit der Schulkinder, die deutsche Sprache zu beherrschen, gibt ein Brief Auskunft, den ein Schüler an Dr. Julius Boehmer schrieb. (Echo aus Eupen-Malmedy-St. Vith-Monschau Nr. 6. 1933). Boehmer betont, daß es sich hierbei um einen überdurchschnittlich begabten Jungen handelt.

„Eynatten, den 17. Dezember 1930

Geehrtr Herr Pfarrer

Ihren lieben brief sowie das schöne buch als Weihnachsgeschenc, dancend erhalten. Ich habe chon in das buch gelesen. In unsere chule geht es noch gut, bin nämlich eine classe gestiegen, bin jets in 5ten chuljahr. Wir sind zu 34 chüler, deutsche und belger Knaben u. Mädchen es commen immer noch neu Kinder chinzu betreffs dem Kollege Patronné wird deutsch und Französisch in allen classen gelernt. In Eupen tagt das Radfahrer regiment. Die Officires haben Wohnungen in der Stadt. Habe meine Werien in Verviers u. in Bruxelles zugebracht. Auch Grossmutter und Grossvater sind gesund. Dence auch dasselbe von ihnen Herr Pfarrer.

Es grust ihnen gerzlich Willi D."

Meist bringen die Zeitungen diese Beispiele ohne weiteren Zusatz, sie überlassen die Tatsachen ihrer eigenen Lächerlichkeit. Zum Schluß sei der „Landbote" angeführt, der eine Werbung der Légion Nationale Belge abdruckt. (18. Oktober 1933).

„Wollen Sie später Ihre Heimat, das Erdreich Ihrer Voreltern durch die von Osten Horde zertreten? So bleiben Sie träge verleben Sie ruhig Ihre Tage und erwarten Sie den schauderhaften Wecker, welchen Ihre Gleichgültigkeit nicht vermeiden wollte. Aber wollen Sie Ihre Zukunft sowie Ihre Heimat retten und freier Belgier bleiben? Dann ohne Unterschied von Stände und philosophische Meinungen stellen Sie sich zusammen und setzen Sie sich der unseligen Doktrine der Belgierfeinden und deren politischen Zeitungen Verbreitung entgegen. Kommen Sie zu uns, versterken Sie unsere Bewegung, lassen Sie sich in die Beljie Nationale Legion aufnehmen."

Jede weitere Bemerkung erübrigt sich, da man durch jedes Wort den Heiterkeitserfolg abschwächen würde.

Wie bereits in dem Abschnitt über die „Fliegende Taube" bemerkt wurde, übernahm den Kampf um die Erhaltung der deutschen Sprache in Altdeutschbelgien der „Bund der Deutsch-Belgier" unter der Führung des Professors Bischoff.

Der Verlag der „Fliegenden Taube", Inhaber Josef Willems, gab in Form von billigen Flugschriften eine Reihe von Aufsätzen heraus, die in der „Fliegenden Taube" bisher erschienen. Die erste Flugschrift nannte sich „Die deutsche Sprache in Belgien." Im Vorwort heißt es:

„Der Bund der Deutsch-Belgier gibt hiermit als erste einer geplanten Reihe von Flugschriften Aufsätze heraus, die in der „Fliegenden Taube" erschienen. Wie die dort regelmäßig veröffentlichten Leitartikel dürften diese Aufsätze aus der Feder des Hochw. Herrn Paters Edm. Willems herrühren.

Den Mitgliedern des Bundes werden die Flugschriften kostenlos zugestellt."

Auf 23 Seiten setzt sich dann Edm. Willems mit den Rechten der deutschen Sprache und mit dem Verhalten der belgischen Regierung dazu auseinander. Er schreibt:

„Ein sehr interessantes Thema!
Das viel Stoff zur Behandlung bietet.
Vergangenheits und Gegenwartsgeschichte fallen darunter.
Keine gerade ruhmvolle Geschichte allerdings. Die manche am liebsten ganz totgeschwiegen wissen möchten.

In gewissen Kreisen dürfte ja überhaupt die Auffassung herrschen, daß es das garnicht mehr gibt und auch garnicht mehr geben darf, eine deutsche Sprache in Belgien.

Nach dem Einfall der Deutschen in unserem Vaterland.
Nach dem tief eingewurzelten Abneigungsgefühl gegen alles, was deutsch heißt.
Aber vor Tatsachen und geschichtlichen Überlieferungen, vor hinreichend vorhandenen Resten eines deutschsprachigen, wenn auch rein

belgischen Volkstums müssen Antipathien doch einmal zum Schweigen kommen.

Oder es werden wenigstens Stimmen laut, die der Wahrheit zu ihrem Rechte verhelfen. . . ."

Unter den Überschriften: „Die Lage vor dem Kriege", „Die grundsätzliche amtliche Unterdrückung der deutschen Sprache bis um 1900", „Deutsch-Belgien besinnt sich auf seine Rechte und auf das ihm angetane Unrecht", „Die Lage nach dem Kriege", „Nachträgliches", setzt er die Lage auseinander und folgert: „Belgien ist wie die Schweiz eine Stammesnation, keine Staatsnation, ein Nationalitätenstaat, kein Nationalstaat", kämpft er für die Rechte der deutschsprachigen Belgier. Er schreibt:

„Das Ideal eines solchen Staates muß nicht Aufgeben der Sonderart, Unterdrückung der Verschiedenheiten sein, sondern volle Auswirkung der individuellen Fähigkeiten jedes einzelnen und jedes Volksstammes zu gegenseitiger Ergänzung und Einigung.

Dazu gehört, daß kein Volksstamm vor dem anderen bevorzugt wird, und dies gilt besonders bezüglich der Sprache.

Wie die Schweiz muß Belgien zugleich mit drei Zungen sprechen."

Die „Fliegende Taube" veröffentlichte gleich mit dem Erscheinen dieses Flugblattes einen Aufruf zum Beitritt zum Bunde der Deutsch-Belgier und brachte dessen Satzungen:

„Zweck und Aufgabe des Bundes der Deutsch-Belgier.

1. Der Bund der Deutsch-Belgier bezweckt die Förderung aller kulturellen Belange der deutschredenden Belgier und Pflege ihrer Muttersprache und deren gesetzliche Gleichberechtigung mit den beiden anderen Landessprachen.
2. Er bedient sich dazu aller geeigneten Mittel: Versammlungen der Deutsch-Belgier, Veranstaltungen, Gründung von Volksbüchereien, Herausgabe von Flug und anderen Schriften, Eingaben an die Regierung und die gesetzgebenden Kammern.

Äußere und innere Einrichtung.

3. Der Bund besteht aus Mitgliedern und Ehrenmitgliedern. Mitglied kann ein jeder werden, der einen Jahresbeitrag von 5 Franken (etwa 50 Pfennig), Ehrenmitglied wer einen Jahresbeitrag von 20 Franken entrichtet.
4. Der Bund gliedert sich in vier Gauverbände:
   Gauverband Deutsch-Luxemburg
   Gauverband Deutsch-Limburg
   Gauverband Neubelgien
   Gauverband Brüssel für alle zerstreut in Belgien wohnende Deutschsprechende.
5. Die Gauverbände gliedern sich in Ortsgruppen, die in jeder Gemeinde, ja in jedem Ort gebildet werden können.
6. Jeder Gauverband wählt einen Vorstand bestehend aus:
   einem Vorsitzenden und Stellvertreter,
   einem Schrift- und Kassenführer und Stellvertreter,
   drei Beisitzer und deren Stellvertreter.

Jede Ortsgruppe ist befugt einen ähnlich zusammengesetzten Vorstand zu bilden.

7. Die Vorsitzenden der Gauverbände bilden den Hauptvorstand, dem die Leitung des Bundes obliegt.
8. Jeder Gauverband hält jährlich eine Generalversammlung ab.
9. Desgleichen findet jährlich eine allgemeine Bundesversammlung statt, die über alle Angelegenheiten des Bundes mit einfacher Stimmenmehrheit entscheidet und die Gauverbandsvorstände auf drei Jahre wählt. Außerordentliche Generalversammlungen können stattfinden.
10. Die deutsche Sprache ist die amtliche Sprache des Bundes. In den Sitzungen sowie in den von ihm herausgegebenen Schriften wird sie allein gebraucht.

Das Sekretariat des Bundes der Deutsch-Belgier ist in Vorst-Brüssel, Everardstr. 13."

Daß die Heimatpresse den H u m o r auch auf anderen Gebieten in den Kampf einzusetzen weiß, zeigt folgendes Gedicht, daß sie am 29. Januar 1935 brachte. Sie übernahm und übersetzte es aus der in Antwerpen erscheinenden flämischen Wochenzeitung „Het Vlaamsche Volk."

„Wer reitet so spät durch Schneenacht und Wind?
Es ist Matz Braun mit seinem Kind.
Er hat den Status quo wohl in dem Arm,
Er faßt ihn sicher, er hält ihn warm.

„Mein Sohn, was birgst du so bang dein Gesicht?"
„Siehst Vater, du den SS-Mann nicht,
Den SS-Mann mit der Knarre im Arm?"
„Mein Sohn, es ist doch ein Emigrantengendarm."

„Mein Vater, mein Vater, und siehst du nicht dort
Die blutroten Wolken am nahen Ort?"
„Sei ruhig, bleibe ruhig mein Kind,
Weils lauter Hakenkreuzfahnen sind." —

„Du liebes Kind, komm geh mit mir,
Es wohnen ja nur böse Leute hier.
In Eupen wiederholst du vielleicht mal dein Spiel
Und der Pappi kriegt belgischer Franken viel." —
„Mein Vater, mein Vater und hörest du nicht,
Was die Mariann' mir leise verspricht?" —
„Halt doch das Maul, du dummes Kind:
Aus Deutschland herüber weht Siegeswind." —

„Willst feiner Knabe, du mit nach Eupen gehen?
Die Belgier werden dich warten schön.
Meine Vasallen fallen auf alles rein
Und hoffen, sie wiegen auch die Eupener ein." —

„Mein Vater, und siehst du nicht am Wege da
Die Herren Hijmanns und Gutt aus Belgica?" —
„Mein Sohn, du irrst dich immerdar:
S' sind ein paar Juden, die fliehn von der Saar." —
„Ich brauche dich, mich reizt deine schöne Gestalt;
Und bist du nicht willig, holt der Baltia dich bald."
„Mein Vater, halt mich, ich will nicht von der Statt:
An der Saar bekam ich schon Prügel satt."

Dem Matze grausets, er reitet geschwind,
Er hält in den Armen das ächzende Kind.
Erreicht endlich Forbach mit Angst und Not.
In seinen Armen Status quo war tot.

Dr. P. van Limborgh."

Die Einstellung der Presse zum belgischen Königshause geht am besten aus einem Artikel des „Landboten" hervor, den dieser zum Tode des Königs im Februar 1934 brachte. Es heißt da unter anderem:

. . . . unsere Einstellung gegenüber Belgien ist bekannt. Sie ist oft genug an dieser Stelle umrissen worden. Die Rechnung, die zu begleichen ist, betrifft Belgien oder bestimmte Gruppen, nicht den König, dem niemand die persönliche Achtung versagen konnte. Wir haben immer darauf gehalten, dem lebenden König, dem jede Annektion im innersten Herzen widerstrebte und dessen Sinn für Recht und Gerechtigkeit nicht zu bezweifeln war, außerhalb der Erörterungen zu lassen.

Wir verbeugen uns heute vor der Majestät des Todes. Mit König Albert sinkt ohne Zweifel ein edler und guter Mensch ins Grab, eine in der Schlichtheit ihres Wesens und der Gradheit ihres Charakters sympathische Persönlichkeit. Er ruhe in Frieden."

Ein weiteres Beispiel möge zeigen, wie die Presse es verstand, auch in scheinbaren Kleinigkeiten stets den tieferen Sinn zu erkennen, wie sie sich bemüht, auch nicht in weniger wichtigen Angelegenheiten eine Verwässerung der Ansichten einreißen zu lassen. So schreibt der „Landbote" im Mai (16.) 1936.

„Berchtesgadener Jäckchen staatsgefährlich?"

Diese Ansicht scheint Madame la Directrice der Mittelschule in Malmedy zu vertreten, denn letzte Woche wurde den Schülerinnen das Tragen solcher Jäckchen verboten. Der Grund, der Madame la Directrice zu dieser unglaublichen Verfügung bewogen hat, ist uns schon zur Genüge bekannt. Wir könnten in Malmedy ein Liedchen über solche sinnlosen Schikanen und Willkürakte gewisser Personen singen. Vor wenigen Wochen nur, war es der Kriegerdank, der wegen der neuen Kopfbedeckung von einem gewissen Blättchen in der unflätigsten Weise beschimpft wurde. Unsere Hosen und Stiefel sind auch schon bekrittelt worden. Es ist doch wohl nicht ausgeschlossen, daß in Zukunft eine Ankleideverfügung herauskommt, nach der wir uns zu richten haben . . . .

Wenn Madame la Directrice für die „Pariser Mode" schwärmt, ist es selbstverständlich ihre Sache. Es ist aber auch unsere Sache, wenn wir in manchen Dingen für das bewährte und uns vertraute „Made in Germany" eine nur allzuverständliche Schwäche haben.

In letzter Stunde erfahren wir, daß mit diesem Jäckchen bekleidete Schülerinnen aufgefordert wurden, die Schule zu verlassen!"

In einem offen Brief wendet sich Hermann Doepgen, der Verleger der St. Vither-Volkszeitung an den Minister („Malmedy-St. Vither Volkszeitung" vom 25. Oktober 1937).

„Von nachstehendem Bericht bitte ich ergebenst Ew. Exzellenz Kenntnis nehmen zu wollen:

Herr Minister.

Ich befinde mich in der unangenehmen Lage, Ihnen mitteilen zu müssen, welche Übergriffe in der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober 1937 Ihre Sicherheitsorgane, drei Gendarme der Gendarmeriestation St. Vith, darunter ein Oberwachtmeister, in St. Vith, begangen haben, indem sie zwei friedlich auf dem Heimwege befindliche Söhne hiesiger Stadt ohne jede Ursache aufs schärfste mißhandelten. Der eine der Mißhandelten ist mein Sohn Hermann Doepgen, der andere ist sein Vetter Heinrich Margraff, Sohn von Ludwig Margraff."

Es folgt eine Schilderung des Vorganges.

Verleger und Redakteur der Malmedy-St. Vither Volkszeitung.

gez. Hermann Doepgen"

Eine besonders scharfe Stellungnahme brachten die Zeitungen anläßlich des Ausbürgerungsprozesses gegen Dehottay und seine Leute. Von demselben Schicksal konnte jeder Verleger und jeder Schriftleiter betroffen werden, der sich für seine Heimat einsetzte. Als das Ausbürgerungsgesetz, durch das ja erst die Ausweisung gesetzlich ermöglicht wurde, noch nicht unterzeichnet war. sondern erst im Entwurf vorlag, entbrannte ein heißer Kampf zwischen der heimattreuen Presse und verschiedenen Zeitungen Altbelgiens. So schrieb der „Landbote" am 2. Juni 1934 in seiner Stellungnahme zum „Courrier du Soir", (Verviers kath.) zu dessen Bemerkungen zu einem Aufruf der Christlichen Volkspartei (Die Christliche Volkspartei ist eine Gründung der Heimattreuen in den Kreisen Eupen-Malmedy-St. Vith. Gegr. am 16. 4. 29. Im Gründungsaufruf heißt es: „Von den Liberalen und Sozialisten trennt uns unsere christliche Weltanschauung, von der kath. Partei der von ihr vertretene Standpunkt, daß es eine Frage Eupen-Malmedy nicht gebe, wir sind katholisch und heimattreu.")

. . . Irgendeine sachliche Auseinandersetzung oder gar Widerlegung, soweit sie mehr sein will als bloße Worte und Paragraphenklauberei, wird wohl vergeblich erwartet werden (von der belgischen Presse). Immerhin wollen wir nicht verfehlen, unseren Lesern die „Stellungnahme" eines Vervierser Blattes mitzuteilen, des „Courrier du Soir", der sich bekanntlich katholisch nennt. Dieses Blatt schreibt unter dem 27. 5.:

„Die in der Christl. Volkspartei maskierten Heimatbündler veröffentlichen soeben in ihrer im deutschen Solde stehenden Presse eine Kundgebung, durch welche gegen der Kammer vorgelegten Gesetzentwurf protestiert wird, der die belgische Staatsangehörigkeit einem ihrer unwürdigen Gegner nehmen soll. Diese Kundgebung ist ein Gewebe von Heuchelei, die zu der versteckten Tätigkeit und dem Mißbrauch der Pressefreiheit des Heimatbundes gut paßt. Wir sind übrigens überzeugt, daß diese Kundgebung der Schwanengesang der Christlichen Volkspartei sein wird.

Wer den wachsenden Fanatismus kennt, mit dem dieses Blatt in Verviers den Kampf gegen die Eupen-Malmedyer führt, seit vor Jahren sein damaliger Schriftleiter Heuseux die Redaktion verließ, wird sich über diese Entgegnung nicht wundern, die nicht einmal den Versuch macht, eine Antwort zu sein, sondern nur zu schimpfen weiß. Wir hoffen demgegenüber immer noch, daß der König und seine Ratgeber, daß die Mehrheit des belgischen Volkes und seiner Vertreter aus der Liebe zum eigenen Volkstum auch das Verständnis für die Haltung der Eupen-Malmedyer finden werden."

Das Ausbürgerungsgesetz wurde dennoch in der zweiten Lesung am 30. 7. 1934 unterzeichnet. Werner Hasselblatt, der Rechtsberater der deutschen Volksgruppen, nennt dieses Gesetz in der Zeitschrift „Völkerbund und Recht": „Völkerrechtlich unzulässig". Der Staatsanwalt erhob daraufhin gleich einen Antrag auf Ausbürgerung. Der „Landbote" schreibt dazu (5. 8. 34)

„Die Staatsanwaltschaft hat gegen die vier Heimattreuen, Josef Dehottay-Cremer, Peter Dehottay, Ingenieur, H. Dehottay und Paul Foxius, Ingenieur, die Klage auf Ausbürgerung erhoben.

Damit sind die aufgefahrenen Geschütze dieses Gesetzes zum ersten Mal in Tätigkeit gesetzt worden.

Der Verlauf und das Ergebnis dieses Prozesses dürften in weiten Kreisen großes Interesse erwecken. Die in der Anklage und deren Begründung zur Last gelegten Gesetzesverletzungen sind alle der Tätigkeit um die Heimatrechte entnommen.

Die angeführten Verfehlungen stehen zu der bisherigen Gesetzgebung und Verfassung in keiner Weise in Widerspruch. Über das hier angerufene Ausbürgerungsgesetz und dessen Geist zur Verfassung hat sich die Presse schon früher ausgiebig geäußert. Ob in Belgien gleiches Recht für alle besteht, wird dieser Prozeß wohl feststellen."

Am 19. Juni 1935 stand die Ausbürgerungsklage zur Verhandlung, ohne daß die Verteidiger erschienen wären. (Dr. Jenniges-Verviers, Dr. Calozet-Eupen und Professor van Overbeke-Brüssel teilten dem Gericht mit, daß „es angesichts der Kürze der Zeit nicht möglich war, die Verteidigung in dieser ernsten Angelegenheit so vorzubereiten, wie sie der Wichtigkeit des Gegenstandes, der Würde des Gerichts und der gewissenhaften Erfüllung des ihnen übertragenen Mandates entspricht".)

Am 24. Juni ergeht schon das Versäumnisurteil auf Ausbürgerung. Am 22. September erst wird das Urteil den Beklagten zugestellt. Und am 24. Oktober entschied auch der Lütticher Appellationshof auf Ausbürgerung.

Der Heimatbund und die heimattreue Presse sandten am selben Tage noch ein Protesttelegramm an den belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland. Dieser antwortete darauf am 30. Oktober:

„. . . Es steht der Regierung nicht zu, sich über Tatsachen zu äußern, für die die gerichtlichen Behörden allein zuständig sind. Wenn der Gesetzgeber den Gerichten das Recht der Aberkennung der belgischen Staatsangehörigkeit vorbehielt, hat er jegliche Willkür zu vermeiden und die kontradiktorische Untersuchung der Tatbestände garantieren wollen.

Die Entscheidung der richterlichen Gewalt ist also souverän für die Regierung.

Seitdem Belgien die Kantone Eupen-Malmedy-St. Vith wiedergefunden, hat es nicht nachgelassen, die kulturellen Interessen derselben zu verteidigen und hat denselben sowie allen Belgiern den Genuß unserer großen Verfassungsfreiheiten gewährt. Es ist sein feurigster Wunsch, daß seine deutschsprechenden Söhne die passendste Atmosphäre zur vollständigen Entwicklung ihrer moralischen Persönlichkeit am vaterländischen Herde finden. Es hat aber auch das Recht, von allen eine aufrichtige Anhänglichkeit im Einklang mit dem Wohle des Landes und mit der wirklichen Gesinnnug der Bevölkerung der drei Kantone zu verlangen.

Durch die Inkraftsetzung solcher Maßnahmen, die verhindern, daß man sich der belgischen Staatsangehörigkeit bediene zwecks etwaiger Unruhen im Lande, hat der Gesetzgeber eine elementare Pflicht der Erhaltung erfüllt. . . ."

Die Stellungnahme der Heimatpresse darauf konnte erst am Montag, den 4. 11. 1935 erfolgen, da erst am Morgen dieses Tages die Antwort in ihren Besitz kam. Daß aber das „Grenzecho" das Schreiben des Ministerpräsidenten schon am Samstag, den 2. Oktober brachte, läßt auf bessere Beziehungen zum belgischen Ministerium schließen. Die Heimatpresse schreibt:

. . . Daß das vorstehende Schreiben am vorigen Samstag in einem gewissen Blatt veröffentlicht werden konnte, ist weiter nicht überraschend.

Die Tatsache aber, daß der Herr Ministerpräsident überhaupt geantwortet hat, wird man mit Genugtuung verzeichnen. Die große Höflichkeit des Tones, war bei Herrn van Zeeland zu erwarten. Was den Inhalt des Schreibens angeht, wird man sich einige Bemerkungen nicht versagen können.

Im Telegramm vom 24. Oktober ist nicht die Aufhebung des Urteils verlangt worden, da die Unterzeichner wußten, daß die Regierung dazu nicht in der Lage sei.

Wenn aber der Herr Ministerpräsident darauf hinweist, daß Belgien den Bewohnern der Kantone Eupen-Malmedy-St. Vith die gleichen großen Verfassungsfreiheiten gewährt habe, wie allen Belgiern, kann auf die nochmalige Feststellung nicht verzichtet werden, **daß das Ausbürgerungsgesetz vom 30. Juli 1934, auf dem das Lütticher Urteil fußt, die belgische Verfassung in manchen sehr wichtigen, grundlegenden Bestimmungen verletzt.**

. . . Auf die Annexion, ihre Geschichte, auf die Geschichte der drei Kantone bis zur Einverleibung in den belgischen Staatsverband soll hier nicht weiter eingegangen werden. In dem Schreiben des Herren Ministerpräsidenten wird betont, daß Belgien die kulturellen Interessen der drei

Kantone stets verteidige und den feurigen Wunsch hege, die deutschsprechenden Belgier zur vollständigen Entwicklung ihrer moralischen Persönlichkeit gelangen zu sehen . . . Leider hat man dauernd die Erfahrung machen müssen, daß untergeordnete Stellen entgegen den Absichten der Hohen Regierung einen anderen Standpunkt vertreten. **Die volle Entwicklung ihrer „moralischen Persönlichkeit, das heißt in diesem Falle ihrer „Volkspersönlichkeit", ist den Eupen-Malmedyern ohne die Pflege kultureller Beziehungen zum deutschen Volkstum im Reich nicht möglich.**

Über die Art und Weise, wie die Heimattreue Front und ihre Presse die Wahlkämpfe durchstand, möge folgendes Beispiel Auskunft geben:

„Fédération des Associations et des cercles Catholiques.

. . . Obwohl wir schon seit zwölf Jahren das „Glück haben, zu dem Siegerstaat Belgien zu gehören, mag es in unserem Gebiet immer noch Leute geben, die sich nicht darüber klar sind, was die Fédération des Associations et des Cercles Catholiques, die wir kurz in diesem Aufsatz die Fédération Catholique nennen wollen, eigentlich ist. Das liegt zum größten Teile daran, daß unsere Bevölkerung so wenig assimiliert ist, daß ihr belgische Dinge und belgische Verhältnisse in einem hohen Maße gleichgültig geblieben sind."

Nach einer Schilderung der Parteigeschichte fährt die Zeitung fort:

„Zwischen unserer grundsätzlich demokratisch eingestellten Bevölkerung und so durchaus friedfertigen Bevölkerung und der F. C. kann es keine Gemeinschaft geben. Nun wird man vielleicht zur Rechtfertigung der Haltung des überparteilichen Stadtoberhauptes von Eupen und der Personen, die ihm Handlangerdienste leisteten, anführen wollen, daß es sich um eine katholische Tagung handele (Die Fédération des Associations et des Cercles Catholiques hielt in Eupen eine Tagung ab.) Mit solchen Ausdrücken glaubt man möglicherweise bei unserer katholischen Bevölkerung Eindruck zu erwecken. Ja, wenn die Delegierten der F. C. nur als Katholiken zu uns kämen, wäre kein Wort zu verlieren. In dem Katholiken werden wir immer den Glaubensbruder sehen, woher er auch kommen mag. Aber die F. C. ist eine durchaus politische Vereinigung und selbst die kathol. Gesamtpartei Belgiens legt Wert darauf, trotz ihrer Bezeichnung nicht als konfessionelle Partei zu gelten. Sie will eine rein politische Partei sein und tatsächlich findet sich in ihrem Programm nichts, was sie zu einer konfessionellen, zu einer katholischen Partei stempeln könnte. Wir haben es bei der bevorstehenden Tagung mit einer rein parteipolitischen Veranstaltung zu tun. Nicht als Katholiken kommen die Delegierten nach Eupen und Malmedy, sondern als Parteipolitiker . . . Die katholischen Union für Eupen-Malmedy-St. Vith ist ein Zweig der F. C. Indem letztere die Union in ihren Schoß aufnahm, machte sie sich zum Mitschuldigen aller Taten, die diese begangen hat."

Eupener Zeitung am 22. September 1931.

Den Erfolg derartiger Arbeit vor den Wahlen zeigen am besten deren Ergebnisse:

**Wahlen in Zahlen.**

Kammerwahlen (24. 5. 1936.)

| | Eupen: | Malmedy: | St. Vith: | zusammen: | 1932: |
|---|---|---|---|---|---|
| Liberale: | 133 | 145 | 21 | 299 | 432 |
| Union (katholisch): | 1613 | 1812 | 1564 | 4989 | 5057 |
| Kommunisten: | 169 | 92 | 39 | 300 | 338 |
| Sozialisten: | 526 | 332 | 317 | 1175 | 2898 |
| | 23 | 18 | 19 | 60 | — |
| | | | | 6828 | 8725 |
| Rexisten: | 763 | 1083 | 606 | 2452 | — |
| Heimattreue Front: | 3836 | 2608 | 2438 | 8882 | 7458 |
| | Provinzialratswahlen (7. 6. 1936.) | | | | |
| Liberale: | 73 | 264 | 90 | 427 | 841 |
| Union: | 311 | 990 | 883 | 2184 | 4004 |
| Unionistische Splitterliste: | — | — | — | 1479 | — |
| Kommunisten: | 120 | 79 | 32 | 231 | 287 |
| Sozialisten: | 413 | 460 | 215 | 1088 | 3337 |
| Agrarier: | 39 | 22 | 31 | 92 | — |
| | | | | 5501 | 8469 |
| Rexisten: | 729 | 1398 | 835 | 2962 | — |
| Heimattreue Front: | 3462 | 2586 | 2628 | 8676 | 6788 |

In den Gemeinderatswahlen 1938 standen der Heimattreuen Front als Gegner die katholischen Unionisten, die Sozialdemokraten und die Kommunisten als stärkste Feinde gegenüber. Das Ziel der Gegner war, in Eupen die heimattreue Mehrheit im Stadtrat zu brechen und in Malmedy das marxistische Bollwerk Wersons zu halten. Bei den Zahlen muß man in Malmedy rund 1000, in Eupen rund 600 altbelgische Stimmen mitberücksichtigen. Das Ergebnis der Wahl war ein Sieg der Heimatttreuen. Die rote Mehrheit in Malmedy wurde gebrochen. Zum ersten Mal zogen in Malmedy 4 Vertreter der Heimattreuen ein. In Eupen hatte die Heimattreue Front noch einen besonderen Gegner, die „Vaterstädtische Wählervereinigung". Die Heimattreue Front erzielte jedoch mit 3922 Stimmen 200 Stimmen mehr als ihre Gegner insgesamt. Lediglich in St. Vith war das Ergebnis enttäuschend. Hier erhielt die Heimattreue Front mit 863 Stimmen nur 4 Sitze gegen die 5 Sitze der Gegner mit 988 Stimmen. Damit erzielte die deutschtreue Bewegung der „Heimattreuen Front" (Neuer Name für Heimatbund) die politische Übermacht in den Kreisen Eupen-Malmedy.

Der Erfolg kann nur aus einem großen Glauben an das Recht der eigenen Sache und aus der Gewißheit erwachsen, daß dieses Recht einmal zu einer besseren Wirklichkeit führen muß. So sei denn zum Schluß dieser Beispiele, die sich leicht um viele vermehren ließen, ein Aufruf sämtlicher heimattreuen Blätter gebracht, der zeigen soll, wie sehr diese Zeitungen von dem Glauben an ihre gute Sache durchdrungen sind. Dieser Aufruf erschien im September 1929. Er zeigt, wie sich die Eupen-Malmedyer an alles klammerten, was ihnen Rettung zu verheißen schien.

„Aufruf! An die Bevölkerung und Regierung Belgiens.

Die Befriedigung und die Versöhnung der Völker Europas steht vor der Türe. In diesem Augenblick schicken sich die Regierungen der am Weltkriege beteiligten Mächte an, die Reparationsfrage endgültig zu regeln und eine Bereinigung der übrigen noch offenstehenden Fragen vorzubereiten. Das ist der Zeitpunkt, an dem auch wir, gerade im Interesse einer endgültigen Befriedigung Europas, die Stunde für gekommen erachten, die Aufmerksamkeit auf das Schicksal unserer Gebiete zu lenken.

Das Ende des großen Völkerringens sollte, so war es der Wille der nach Frieden lechzenden Welt, Freiheit und Selbstbestimmung zur Geltung bringen. Nicht mehr sollten Gewalt und Zwang über das Schicksal der Völker bestimmen. Volksabstimmungen wurden abgehalten, die den Bevölkerungen ihr Los selbst in die Hand gaben. Auch Eupen-Malmedy sollte über sein zukünftiges Schicksal entscheiden. Leider haben die Verhältnisse es mitgebracht, daß, wohl unter den Einwirkungen des eben erst abgeschlossenen Kampfes, diese Volksbefragung unter einer militärischen Herrschaft in einer Weise zur Durchführung kam, die nicht als ordnungsmäßige Ausführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages gelten kann. Die Anerkennung des Ergebnisses erfolgte aufgrund des Berichtes eines Mannes, der nie in unseren Gebieten geweilt hat und durch eine Körperschaft, in der damals Parteien und Richer die gleichen waren.

Wir wenden uns an alle rechtlich denkenden Belgier, die nur zur Verteidigung ihrer Heimat und nicht um Eroberungen willen, zu den Waffen gegriffen haben. Wir sind sicher, daß der Weg, auf dem unser Gebietswechsel erfolgte, von der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung Belgiens — Wallonen oder Flamen — mißbilligt wird, denn der Sinn dieses Krieges war für Belgien ein ganz anderer, als die Annexion von Eupen-Malmedy-St. Vith gegen den Willen der Bevölkerung dieser Gebiete.

Belgien feiert im kommenden Jahr den hundertsten Jahrestag seiner Unabhängigkeit, ein Fest der Freiheit. Dazu steht im Widerspruch, daß an seiner Ostgrenze eine Bevölkerung wohnt, die dieses Fest nicht begehen kann. Es scheint uns ein Gebot der Gerechtigkeit und des Versöhnungswillens, aber auch ein Gebot der Klugheit, um Mißklang zu vermeiden, der neubelgischen Bevölkerung ihr Recht zu gewähren. Sie hegt für Belgiens Bevölkerung durchaus freundschaftliche Gefühle. Sie wünscht nichts dringender als die Brücke bilden zu können zwischen Belgien und dem deutschen Volke, mit dem sie durch unlösliche Bande verbunden ist.

Von dem lebhaften Wunsche beseelt, daß in Zukunft auf das friedliche und einträchtige Zusammenleben der beiden Nachbarstaaten kein Schatten mehr fallen möge, halten die Unterzeichneten, nachdem auch das Deutsche Reich die Markfrage in einer gerechten und billigen Weise zu regeln zugesagt hat, den Zeitpunkt für gekommen, den Gerechtigkeitssinn und den Weitblick der belgischen Staatsmänner anzurufen, damit der Bevölkerung von Eupen-Malmedy-St. Vith nunmehr endlich Gelegenheit gegeben werde, nach freiem Willen über ihr Los zu entscheiden!

„Die Arbeit" — „Eupener Nachrichten" — „Eupener Zeitung" —
„Der Landbote" — „St. Vither Volkszeitung".

## Die belgische Propaganda.

Wie in den ersten Zeiten der belgischen Diktatur die deutschfeindliche Propaganda arbeitete, sollen einige ausgewählte Beispiele zeigen. Man findet hier noch deutliche Erinnerungen an die Greuelhetze des Weltkrieges, aber auch schon einige neue Töne, die auf eine zukünftige Politik abzielen. Die Hauptträgerin dieser Propaganda ist in dieser Zeit natürlich Baltias Zeitung, die „Warche". Der rote Faden dieser Politik ist die Absicht, in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als ob die meisten Bewohner der Kreise sich als „endlich wiedergefundene Brüder" fühlten, als ob Belgien, das im Gegensatz zu dem hunnischen Deutschland ein Land der Kultur sei, sich glücklich fühle, die „wallonischen Teile Preußens" wieder in seinem Mutterschoße aufgenommen zu haben. Auf diesen Ton sind die Artikel abgestimmt. Die häufig sich zeigende widerstrebende Haltung der Bevölkerung versucht man als „von Berlin befohlene Einzelhandlungen und Sabotage hinzustellen. So schreibt die „Warche" am Samstag, den 10. Juli 1920:

„Seit einiger Zeit hört man ständig wachsende Klagen über die Art und Weise wie sich der Postbetrieb vollzieht. Nicht genug, daß ein Brief oder eine Drucksache, die in Malmedy zur Post gegeben werden, zwei Tage brauchen, um in ein Dorf zu gelangen, das im selben Kreise liegt, sondern auch Massensendungen von Zeitungen kommen überhaupt nicht an oder erst nach einer kräftigen Beschwerde seitens des Empfängers. Es liegt hier eine offenbare Sabotage des Verkehrs vor, wie es auch eine solche bei den Eisenbahnen gegeben hat, und es wäre nicht zu verwundern, wenn man in dem einen oder anderen Postbüro einen Sabotagebefehl der Berliner Zentrale vorfinden würde, wie man auf einem Bahnhof einen solchen aus Köln gefunden hat."

Wenn man sich in diesem Beispiel an die Ordnungsliebe und auch an das Ehrgefühl der Bewohner wendet, so zeigt das nächste Beispiel wie man versucht, unter dem Deckmantel einer überzeugten Religiösität einen falschen Patriotismus einzuschmuggeln. (Warche Nr. 21. August 1920).

„Warum dürfen wir nicht in der Diözese Köln verbleiben? Die Bittschrift der Pfarrer aus dem Dekanat Malmedy.

Das gemeinschaftliche Vorgehen des Malmedyer Klerus, um die Zugehörigkeit zum Erzbistum Köln beizubehalten, kann von verschiedenen Gesichtspunkten aus beurteilt werden.

Man ist geneigt, eine Art Protesterhebung gegen die durch den Versailler Vertrag vorgesehene Annexion, einen Kunstgriff in der Art desjenigen der Eisenbahner und der Lehrer, darin zu erblicken.

Vielleicht ist es nur eine Art der Ritterlichkeit gegenüber einer Diözese gewesen, der anzugehören man lange Jahre hindurch das Glück hatte, um das Bedauern beim Scheiden auszudrücken. Ein solcher Akt würde natürlich keine Feindseligkeit gegen Belgien bedeuten.

Oder ist es eine Art und Weise gewesen, um den Wunsch auszudrücken, früher oder später in die Erzdiözese Köln zurückkehren zu dürfen. Alle im Amt befindlichen Pfarrer des Kreises Malmedy sind mit Ausnahme von 4 nicht dort gebürtig; die meisten sind nur in diesen eingetreten, um ihn nach einigen Jahren wieder zu verlassen. Mehr als die Hälfte ist erst nach dem 1. August 1914 dorthin gekommen. Diese letzteren bedürfen der Erlaubnis

der neuen Regierung, um die belgische Nationalität zu erhalten. Die anderen haben noch zwei Jahre, um ihre Wahl zwischen Deutschland und Belgien zu treffen.

Die 12 oder 13 Geistlichen, die die Bittschrift an den Erzbischof unterschrieben haben, haben jedenfalls aus verschiedenen Beweggründen gehandelt.

Die Urheber des Vorgehens mögen etwas darin gesetzt haben, in der Äußerung ihrer preußischen Loyalität nicht hinter den Eisenbahnern und Lehrern zurückzustehen, ihre Mitunterzeichneten jedoch scheinen sich nichts Arges dabei gedacht zu haben, deren Zustimmung ist anscheinend aus dem Gefühl des Bedauerns über den Wechsel des Bistums entsprungen.

Man kann ja begreifen, daß ein dorthin versetzter Priester nicht gern einer Diözese unterstellt ist, in der er seine Priesterweihe nicht empfangen hat, der durch Geburt, Ausbildung und Sprache nach fremd ist. Er sieht sich beschränkt auf einen kleinen Teil der Diözese, die seine Sprache spricht, seine Lebensrichtung einer neuen Welt anzupassen und seine Staatsangehörigkeit umzuändern.

Immerhin würde das Land, in dem ein solcher Priester seine seelsorgerische Tätigkeit ausübt, für diesen einen kleinen bevorzugten Winkel bedeuten, ein Stückchen Paradies. Sein Schicksal wäre bei weitem besser im Vergleich zu dem, das zur Zeit des Kulturkampfes über deutsche Priester verhängt wurde, die ihr Vaterland verlassen mußten und in Belgien großmütige Aufnahme fanden. In der Blütezeit Deutschlands vor dem Kriege haben unsere westlichen Nachbarn nur zu rasch die ihnen durch den belgischen Episkopat erwiesenen Dienste zu genannter Epoche vergessen. Als das katholische Belgien unglücklich wurde, als es in die Hände der Räuber fiel, wie man nur zu gut weiß, da waren es nicht die Priester und Leviten Preußens, die an ihm die Rolle des Samariters ausübten.

Die Gegner unserer Annexion, die sich außerhalb der zwei Kreise befinden, werden nicht versäumen, das Schriftstück der Geistlichen, das ihnen in die Hände gespielt ist, auszunützen. Sie werden es dem Völkerbunde als Protest gegen die Annexion vorlegen, obwohl ihm garnicht dieser Sinn innewohnt, obwohl sich die Eigenschaft belgischer Bürger zu sein, sehr gut verträgt mit derjenigen, ein Diözesan der Kölner Diözese zu sein. Ganz besonders werden sie sich damit brüsten, vor dem Oberhaupte der Kirche, um zu erreichen, daß die in Frage kommenden Gebiete bei Deutschland verbleiben, wenigstens kirchlicherweise.

Das ist es jedoch, was wir nicht wollen, und was auch nicht eintreten wird. Ebenso wenig wie die belgische Regierung es zugeben wird, daß die Verwaltung von Eisenbahn und Post in den Händen von aus dem Reich hervorgegangenen Beamten verbleibe, wird sie gestatten, daß seine neuen Untertanen unter der Iurisdiktion eines deutschen Bischofs stehen.

Wenn man die Haltung, die Deutschland während des ganzen Krieges Belgien gegenüber an den Tag gelegt hat, in Betracht zieht, so muß man sagen, daß die neuen Landesteile nur zur Hälfte Belgien wieder einverleibt sein würden, wenn sie weiterhin durch geistige Banden mit Deutschland verbunden bleiben. Die Wühlereien, die daselbst seit dem Waffenstillstand

betrieben werden, dürfen nicht weiter fortgesetzt werden unter dem Deckmantel religiöser Betätigung. Wir gestatten nicht, daß unser Ländchen zum fortwährenden Schauplatz von Reibereien zwischen Staat und Kirche werde.

Wir wollen reine Bahn schaffen, ganz und gar Belgier sein, zu Belgien gehören mit Leib und Seele.

Im Laufe des Krieges ist die Vaterlandsliebe in allen Ländern zur Tugend erhoben worden. „Die Religion Christi", sagt Kardinal Mercier" macht aus der Vaterlandsliebe ein Gesetz: es gibt keinen vollkommen Christen, der nicht ganz Patriot ist."

In welche Lage würden wir geraten, wenn der Bischof, der uns seine Hirtenworte zuruft, wenn die Priester, die er mit der Seelsorge für uns betraut, ein anderes Vaterland liebten und feierten als das unsere? Wir müssen mit unseren Priestern in der Erkenntnis und Wertschätzung einer gemeinsamen himmlischen Heimat einig sein.

Wir kennen leider nicht die Motive, die man geltend gemacht hat, um das Land unter der kirchlichen Verwaltung zu Köln zu erhalten.

Es gibt aus der Geschichte und dem Gefühlsleben berechtigte Ableitung zu einer Schlußfolgerung, die wir erraten, deren Beantwortung nicht allzuschwer ist."

Die „Warche" vom 19. August 1920 erlaubt sich ein tolles „Husarenstückchen". Sie berichtet von einer großen Protestversammlung, die in Malmedy stattgefunden haben soll.

„Die eingeborenen Malmedyer und die eingewanderten Preußen.

Die Malmedyer haben in einer imposanten Versammlung die nachstehende Kundgebung gefaßt, deren Text sie dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten übermittelt haben:

Die versammelten echten Malmedyer protestieren energisch gegen die bayrischen Behauptungen von gewissen landfremden Individuen, sowie gegen alle Tendenzmeldungen der Berliner und reichsdeutschen Zeitungen und die Schliche der „Landsmannschaften" von Berlin und Köln. Sie verweigern der deutschen Regierung das Recht, sich noch in die Angelegenheiten der wieder abgetretenen Länder zu mischen, welche endgültig zu Belgien zurückgekehrt sind. Sie protestieren energisch dagegen, daß alle eingewanderten Deutschen in gleiche Reihe mit den echten Malmedyern gestellt werden und dort dieselben Rechte genießen. Sie setzen ihr ganzes Vertrauen in ihren König und die belgische Regierung, denen sie ihre aufrichtige Loyalität versichern."

Der „Aachener Volksfreund" vom 21. August schreibt unter anderem dazu: „. . . Eine unbescheidene Frage können wir doch nicht unterdrücken: In welchem Lokal hat denn eigentlich diese imposante Versammlung getagt, welche imposante Zahl „echter" Malmedyer hat daran teilgenommen, und warum werden die Namen der Unterzeichner so schamvoll verschwiegen? Sollte sich vielleicht der ganze Spuk im Hinterstübchen der „Warche" abgespielt haben. U. A. w. g.

### „Die „unechten" Malmedyer Wallonen."

Auch in die alteingesessene deutschsprachige Presse der Kreise Eupen-Malmedy wußte die belgische Regierung belgienfreundliche Artikel mit Gewalt hineinzubringen. So mußten zum Beispiel die Zeitungen Malmedys

wie Eupens wie auch die „Malmedy-St. Vither Volkszeitung" unter der Überschrift „Eine freudige Nachricht" folgendes Schreiben abdrucken:

„Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß der Herr Königliche Kommissar, Gouverneur beschlossen hat, die durch das Gesetz vom 26. Juli 1918 geschaffene Umsatzsteuer einer Prüfung zu unterziehen, und daß er weiter die maßgebenden Dienststellen beauftragt hat, zu prüfen, ob sich die völlige Abschaffung oder wenigstens eine starke Herabsetzung des Ansatzes dieser Steuer nicht durchführen läßt.

Die Steuerämter haben bereits die Anweisung erhalten, die Eintreibung der für das Fiskaljahr 1920/21 aufgestellten Beiträge aufzuschieben.

Seit langer Zeit lag es in den Absichten des Herren Königlichen Hohen Kommissars, das Gesetz vom 26. Juli 1918, welches wie so viele andere lediglich geschaffen war, um Deutschland zu erlauben, seine Eroberungsziele zu verfolgen, aus dem Fiskalwesen der beiden Kreise verschwinden zu lassen.

Es ist überflüssig, die Umatzsteuer an dieser Stelle zu bekritteln, diese Steuer ist ein Hohn auf die uranfänglichsten Prinzipien der aus- oder zuteilenden Gerechtigkeit. In der Tat wird diese Steuer nur von einer Klasse der Bevölkerung, Kaufleuten und Industriellen aufgebracht, diese müssen aber infolge ihres Berufes bereits Einkommen- und Gewerbesteuer zahlen.

In Anbetracht der Art und des Wesens dieser Steuer fällt aber die betreffende Taxe in letzter Linie tatsächlich auf den Verbraucher zurück. Diese Erscheinung ist aber keine Besonderheit dieser Steuer, sie trifft in einem mehr oder weniger wechselndem Verhältnis für jede Steuer zu. Es ist besonders in wirtschaftlicher Hinsicht, daß die Umsatzsteuer anfechtbar ist.

Sie versetzt die Kaufleute und Industriellen der Kreise in Bezug auf ihre belgischen Wettbewerber in eine ungünstige Lage, was besonders der Fall ist für den sogenannten Luxushandel und für die Luxusindustrie.

Diese letzte Erwägung hat auf den Entschluß des Herrn Gouverneurs besonders entscheidend eingewirkt, da dieser lebhaft wünschte, seine Verwaltungsuntergebenen auf gleichen Fuß mit den Einwohnern der anderen belgischen Provinzen zu setzen.

Nur Budgetfragen und Opportunitätsgründe standen einer Abschaffung ohne Einschränkung und Veränderung dieser Einkommenquellen entgegen, die für die beiden Kreise beinahe 1 Million einbrachte, deshalb hat man Mittel und Wege finden müssen, um sich gegen ein eventuelles Defizit zu decken.

Wir haben nicht genau erfahren können, ob die vollständige oder teilweise Abschaffung der Umsatzsteuer das Gouvernement in die Lage versetzen müßte, neue Einnahmequellen zu schaffen.

Wir wollen uns vorläufig damit begnügen festzustellen, daß im Falle einer vollständigen Aufhebung der Umsatzsteuer die Kreise Eupen und Malmedy das übergroße Vorrecht hätten, keiner „Kriegs- oder Nachkriegssteuer" unterworfen zu sein." (Gesamte Presse am 13. Oktober 1920).

Ebenso mußten die Zeitungen am 18. Okt. folgende Briefe abdrucken:

„Der Herr Statthalter hat vor kurzem einen Brief erhalten, wovon wir mit Vergnügen der Bevölkerung Kenntnis geben:

Gent, den 25. September 1920.

Liebe Schulfreundinnen von Eupen und Malmedy!

Dienstag, den 21. September war ein Festtag für unsere Stadt. Fröhlich flatterte unsere geliebte Fahne und schien euch ein herzliches Willkommen in unserer großen belgischen Familie zuzurufen. Künftig werden wir zusammen Freude und Leid teilen, zusammen am Wiederaufbau unseres geliebten Vaterlandes arbeiten.

Möchtet ihr das gemarterte Belgien lieben lernen und mit seinem König und seinem Volke einer herrlichen Zukunft entgegen gehen. Mit Freude begrüßen wir euch heute und werden stets liebevoll an euch denken. Wir hoffen, daß dieser Willkommensgruß euch angenehm sein wird und wir fügen ein herzliches Wort hinzu für die Schulkinder der Kreise Eupen und Malmedy.

Die Schülerinnen des 6. Jahrganges der Volksschule Meulestede.

Der Statthalter hat den Schülerinnen folgende Antwort zukommen lassen:

An die Schülerinnen des 6. Jahrganges

der Volksschule in Meulestede.

Im Namen der Schulkinder der mit Belgien vereinigten Gebiete, spreche ich Ihnen meinen besten Dank aus für den liebenswürdigen Gruß, den Sie an die Schülerinnen und Schüler aus Eupen und Malmedy gerichtet haben.

Ich werde mit Vergnügen Ihren schönen Brief, der so gut die Gefühle des ganzen belgischen Volkes gegen die Bewohner der neuen Distrikte ausdrückt, in allen Schulen vorlesen lassen.

Der Königliche Hohe Kommissar, Statthalter
gez. Baltia, Generalleutnant."

Zwischen welchen Tonarten sich die Sprache der „Warche" bewegen kann, mögen folgende zwei Beispiele zeigen. Das erste steckt voller Spott und Zynismus. Im zweiten tut sie scheinbar mit Recht entrüstet und stellt die Haltung der Malmedyer als selbstverständlich belgienfreundlich hin.

(„Warche" Nr. 41 und Nr. 51. 1920).

„Das Preußen-Peter-Begräbnis (Kriegerdenkmal).

Ohne Sang und Klang ist vorigen Mittwoch das famose Kriegerdenkmal, genannt Peter Pruss, abgeschoben worden, welches seit der Zeit, wo es Herr Lemmer aufstellte, um dafür den Kukuk vierter Güte zu erhalten, auf dem Römerplatz, als lebendes Bild die Staffage für die Festlichkeiten des Kriegervereins am Kaisergeburtstag abgab.

Um die Wahrheit zu sagen, hatte der Peter schon beträchtlich von seiner dünkelhaften Anmaßung abgegeben, seitdem die Malmedyer Jugend in der Nacht zum 1. Mai seinen so drohend ausgsetreckten rechten Arm amputiert hatte. Eher stellte er eine recht traurige Figur dar, als man ihn aus dem Bretterzaun hervorzog, hinter dem er bis dahin seinen Hereinfall verbarg.

Die Operation hatte einige Neugierige herbeigelockt, welche mit gleichgültigem, um nicht zu sagen mit spöttischen Blicken diesem Begräbnis vierter Güte zusahen.

Peter ruht jetzt auf irgendeiner Abladestelle der Stadt aus, wo er selbst den Spatzen keine Furcht mehr einjagt, und die Anwohner des Römerplatzes können ferner ohne Albdruck schlafen.

Hoffen wir, daß nun auch bald der stehen gebliebene Sockel verschwindet und einem freundlichen Kiosk Platz macht, welcher zu dem Platz und der schönen Fassade des Waisenhauses im Einklang steht. Ebenso ist auch zu erwarten, daß die Stadtverwaltung alles daransetzen wird, damit auch das herrliche Wersonprojekt eines Erinnerungsdenkmals zur Ausführung kommt, welchen den Gedanken an unsere Toten in Wahrheit ausdrücken und nicht eine rohe Herausforderung nach Art dieses Peter Pruss" (Im Original falsches Deutsch).

„Unzufriedenheit.

Die Unkenntnis, in der man die Bevölkerung hält, indem man ihnen entweder den Zeitpunkt noch die Bedingungen des endgültigen Geldumtausches bekanntgibt, die Verzögerung dieser dringenden Operation schon seit Monaten, die Gerüchte, die über die Unzulänglichkeit des Umtausches umlaufen: alles das hat in Stadt und Land eine schlechte Stimmung hervorgerufen, die sich von Tag zu Tag verschlimmert, ja sich in diesen Wochen der Arbeitslosigkeit und der fälligen Jahresrechnungen verdoppelt. Diese schlechte Laune hat sich ganz besonders in einer von den vereinigten Syndikaten am vorigen Sonntag im Saale des „Europäischen Hofes" einberufenen Versammlung geäußert, an der alle Bevölkerungsklassen teilnahmen. Im dichtbesetzten Saale war die Unruhe allgemein. Man verlangte unverzüglichen Umtausch auf den von der Ortskommission vorgeschlagenen Grundlagen, sowie Neuwahlen für den Stadtrat. Kommissionen wurden ernannt, um dem Hohen Königlichen Kommissar die Wünsche der Bevölkerung vorzutragen, und Kundgebungen wurden in Aussicht gestellt für den Fall, daß den Forderungen der minderbemittelten Klassen keine Folge gegeben werde.

Es ist tief zu bedauern, daß man den Loyalismus, von dem unsere Bevölkerung bei jeder Gelegenheit den besten Beweis geliefert, auf eine so harte Probe gestellt und daß man ihre Geduld auf die Spitze getrieben hat, indem man immer länger zögert eine unhaltbare Lage zu lösen. Der seit sechs Monaten versprochene, aber immer wieder hinausgeschobene Geldumtausch, hat bis zum heutigen Tage nicht stattgefunden. Aber man wird nicht mehr länger zögern können, wenn man bedauerliche Unruhen vermeiden will, auf die unsere Nachbarn im Osten warten."

Wie auch altdeutschbelgische Blätter wie die „Fliegende Taube" sich in die belgische Propaganda einspannen ließen, möge zum Abschluß ein Beispiel zeigen. Der Aufsatz dürfte von dem ersten belgischen Landrat von Eupen, Chafflaire, stammen. (Fliegende Taube 22. Februar 1921).

„E u p e n. Von hier ging uns folgende Zuschrift zu: Ich möchte Ihnen heute einige Zeilen zur freundl. Aufnahme schreiben und zwar über die Komödie, die im Eupener Stadtparlament spielt. Wie bereits vorher geschrieben wurde, sind noch nachträglich die Herren Berg, Bourseaux und Ganser ausgeschieden, heute liest man in den „Eupener Nachrichten" zu größten Erstaunen, daß Herr Ganser nicht zurücktritt, sondern Herr May. Dieser ist aber schon früher zurückgetreten und für ihn bereits ein neuer

Vorschlag erfolgt. Aber das schönste bei der Geschichte ist, daß Herr Ganser überall erklärt, er würde sich nicht vereidigen lassen und nur der Gewalt weichen. Glaubt denn der kleine Mann mit dem großen Mund, den er allerdings in den letzten Jahren im Stadtrat wenig gebraucht hat, die belgische Verwaltung habe nicht die Gewalt, oder sie würde vielleicht vor seiner Person haltmachen, wo er doch seine Firma bereits in Aachen hat eintragen lassen. Überhaupt erwartet die Bürgerschaft, daß endlich der Stadtrat wieder komplett und arbeitsfähig gemacht wird, dann kommen auch derartige Beschlüsse wie in der letzten Sitzung, wo man uns noch geschwind einen Kriminalwachtmeister aufgehalst hat, d. h. man hat den Polizeiwachtmeister dazu erhoben, nicht mehr vor. Brauchen wir denn überhaupt einen derartigen Posten, wir haben doch jetzt genügend Gendarmerie, die viel besser über unsere Sicherheit wacht, als der Herr Wachtmeister, der nie vor 9 Uhr morgens seine Wohnung verläßt und von 6 Diebstählen in einer Nacht im vorigen Frühjahr keinen einzigen aufgedeckt hat. Aber man höre und staune! Zarte Rücksichtnahme zeitigte diesen Beschluß! Als Kriminal geht der Herr ruhig in Zivil,. braucht also die verhaßte belgische Uniform nicht anzuziehen. Aber hoffentlich spricht Malmedy in dieser Sache noch das letzte Wort. Zum Schlusse sei überhaupt die Frage aufgeworfen: „Warum trägt die Polizei hier überhaupt keine Uniformen, nicht einmal ein Käppi? Man munkelt, man flüstert, man sagt, es wäre auch eine zarte Rücksichtnahme auf den Herrn Kommissar."

Diese wenigen Beispiele aus der ersten Zeit der belgischen Verwaltung mögen genügen. Es ist leider unmöglich, weitere Nummern der „Warche", die ja auch nicht allzulange erschien, zu erhalten. In Archiven ist sie nicht gesammelt worden. Die wenigen Blätter, die zur Verfügung standen, stammen aus Privatbesitz.

In diesem geschilderten Tone hat sich der Kampf auch nicht lange fortgesetzt. Die belgische Verwaltung mußte erkennen, daß eine solche plumpe Propaganda doch nicht die richtige Lockspeise für ein so empfindliches Volk war. Man hatte die Einwohner der Kreise unterschätzt. Man hatte keine Bergleute aus Namur vor sich oder flämische Bauern. Nach und nach verkroch sich die Propaganda in den Mantel des loyalen und jeder Obrigkeit gehorsamen Katholizismus; das wollte man wenigstens unter diesem Worte verstehen. Hierfür gründete man ja denn auch eine neue Zeitung, das „Grenz-Echo", über dessen Kampfesweise an anderer Stelle schon berichtet wurde.

## BENUTZTES SCHRIFTTUM


Bartz K.: Das Unrecht an Eupen-Malmedy. Berlin 1928.

Bischoff H.: Notre troisième langue nationale. Brüssel 1930.

— Die deutsche Sprache in Belgien, ihre Geschichte und Rechte. Eupen 1931.

Boehmer J.: Eupener Bilder unter besonderer Berücksichtigung von Deutsch-Evangelisch Belgien mit der Gemeinde Eupen und ihren Annexen. Eupen 1929.

Brüggemann F.: Der Kreis Eupen und das Herzogtum Limburg. Politisches Tageblatt, Aachen 1920 Nr. 504.

Fittbogen G.: Eupen-Malmedy im Spiegel der Wahlen. Deutsche Arbeit Nr. 1. 1927.

Hansen J.: Preußen und Rheinland von 1815—1915. Hundert Jahre politischen Lebens am Rhein. Bonn 1918.

Haushofer K.: Der Rhein, sein Lebensraum, sein Schicksal! I—II, Berlin 1928 bis 1931.

Jeukens R.: Eupener Land und Volk im Wandel der Zeiten. Aachen 1935.

Kaufmann K.: Geschichte und Kultur der Eifel. 3. Auflage Köln 1932.

Klinkenberg H.: Eupen-Malmedy. Deutsche Arbeit Nr. 8/9. 1931.

Magdeburger Generalanzeiger: Das Wachstum in Neubelgien. (Wahrscheinlich Dr. Boehmer).

Neu H.: Die Geschichte des Gebietes Eupen-Malmedy. Nachrichtenblatt für rheinische Heimatpflege V. 1933/34 S. 110.

Pirenne H.: Histoire de la Belgique. Brüssel 1929 II B.

Reiners H.: Die Kunstdenkmäler von Eupen-Malmedy. Düsseldorf 1935.

Retzlaff: Eupen und Malmedy. Der Heimatdienst 1930 Septemberheft.

Reul J.: Neutral Moresnet. Kölnische Volkszeitung Nr. 442 1919.

Ritter H.: Rheinisches Grenzland, Wanderungen durch Altluxemburger, Altlimburgerland, die Wallonie und die Stadt Aachen. Berlin 1912.

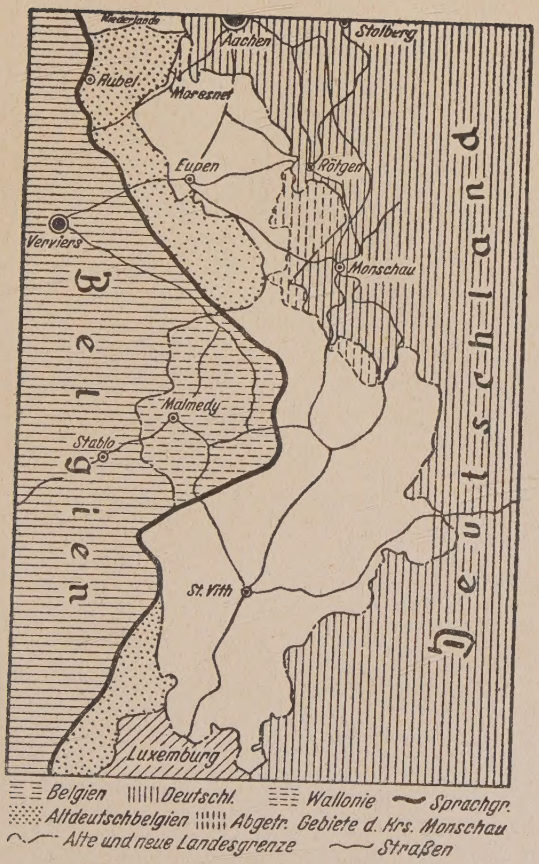
Schulte A.: Frankreich und das linke Rheinufer. Stuttgart 1918.

Spandau F.: Zur Geschichte von Neutral-Moresnet, mit besonderer Berücksichtigung des Altenberger und des Aachener Reichs. Aachen 1904.

Tuckermann W.: Eupen-Malmedy-Monschau. Berlin. Gesellschaft für Erdkunde. 1921.

Wirtz H.: Eupener Land. Beiträge zur Geschichte des Kreises Eupen. Berlin 1936.

Dazu kommen sämtliche zugänglichen behandelten Zeitungen, die sich teils im Zeitungsmuseum in Aachen, im Heimatmuseum in Eupen und bei Privatpersonen fanden. Die Jahrgänge der Zeitungen nach 1921 konnte ich bei den verschiedenen Verlagen einsehen. Die Angaben über die Geschichte des Landboten beruhen auf persönlicher Darstellung seines Verlegers Josef Dehottay, Aachen, Theresienstraße 1.


Niederlande
Aachen
Stolberg
Rübel
Moresnet
Eupen
Rötgen
Verviers
Monschau
Malmedy
Stablo
St. Vith
Luxemburg
Belgien
Deutschland
Belgien
Deutschl.
Wallonie
Sprachgr.
Altdeutschbelgien
Abgetr. Gebiete d. Krs. Monschau
Alte und neue Landesgrenze
Straßen

## LEBENSLAUF

Am 20. Oktober 1914 zu Preußisch-Moresnet im Kreise Eupen geboren, besuchte ich von Ostern 1920 die Volksschule in Bourheim, Kreis Jülich. Von 1924 bis 1934 war ich Schüler des staatlichen humanistischen Gymnasiums in Jülich. Nach bestandenem Abitur und abgeleistetem Arbeitsdienst immatrikulierte ich mich als Student der Technischen Physik an der Technischen Hochschule in München. Nach dem ersten Semester jedoch wechselte ich mein Studium und studierte die weiteren vier Semester an der Universität Freiburg im Breisgau die Fächer: Zeitungswissenschaft, Geschichte und Kunstgeschichte bei den Professoren: Prof. Dr. W. Kapp, Prof. Dr. Ritter und Prof. Dr. Bauch. Die beiden letzten Semester studierte ich wieder in München an der Ludwig-Maximilian-Universität. Auch hier belegte ich die Fächer: Zeitungswissenschaft, Geschichte und Kunstgeschichte bei den Professoren: Prof. Dr. Karl d'Ester, Prof. Dr. Karl Alexander von Müller und Prof. Dr. Jantzen.

Alfred Stommen.